Debatte um Mao in China

Seite 16

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Preis: S 10,- Redaktion: [illegible]baumg.1/2 Tel.35 55 70 Nr. 1 Februar 1981

Diskussion um Arbeitszeitverkürzung

Seite 3



Polen: Invasionsgefahr

Seite 10/11

Interview mit PAC-Vertreter

Seite 14/15

Oktoberarena/ Oktobrski Tabor

Seite 8/9

Mit dem Amtsantritt des neuen US-Präsidenten Reagan wurden jene 52 Angehörige der US-Botschaft in Teheran freigelassen, die von einer Gruppe iranischer Studenten über 14 Monate festgehalten wurden.

Drei Bedingungen mußten die USA zur Freilassung ihrer Diplomaten, die z.T. ganz einfache CIA-Agenten waren, erfüllen:

+ Die USA mußten eine offizielle Erklärung abgeben, sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Iran einzumischen,

+ sie mußten Garantien abgeben, das Vermögen des gestürzten Schah auf den US-Banken einzufrieren und

+ sie mußten jene iranischen Gelder, die sie nach der Geiselnahme im November 1979 gesperrt hatten wieder dem rechtmäßigen Besitzer, dem iranischen Staat freigeben. Diese Gelder wurden auf eine Londoner Bank als Garantiesumme für die Freilassung überwiesen.

Der Ausgang dieser ganzen Aktion, der mit Hilfe Algeriens, einem befreudeten arabischen Land ermöglicht wurde, kommt einem politischen Sieg des Iran gleich.

Zar hat dem ersten Anschein nach keine der beiden Konfliktparteien etwas gewonnen. Der Iran nicht, weil seine ursprünglichen Forderungen nach Auslieferung des Schahs, nach Aushändigung des Schahvermögens in die Hände der iranischen Regierung und nach einem Eingeständnis der US-imperialistischen Verbrechen während der beinahe 30 Jahre des Schahregimes nicht erfüllt wurden. Die USA nicht, weil es ihr nicht gelungen ist dem Iran ihre Bedingungen aufzuzwingen.

Ein Sieg des Iran

In Wirklichkeit liegen die Verhältnisse anders. Die westliche Supermacht hat eine weitere Schlappe gegen ein Land der Dritten Welt erlitten. Keine ihrer Maßnahmen - vom Wirtschaftsboykott bis hin zum blamablen Scheitern ihrer Militäraktion im vergangenen Frühjahr - konnten den Iran in die Knie zwingen.

Der Iran hat immerhin erreicht, daß die US-Imperialisten offiziell das Anerkenne mußten, was sie 30 davor Tag für Tag mit den Füßen getreten hatten: Die nationale Unahhängigkeit des Iran und das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Wenn es auch keine Garantie dafür geben kann, daß die USA diese Erklärung in Zukunft anerkennen werden- eine solche Erklärung kommt einer schweren politischen Niederlage für eine Supermacht gleich.

Für die zukünftige Entwicklung des Iran und die Länder des gesamten mittleren Ostens ist diese Lösung günstig. Für den Iran selbst, weil der Kampf gegen den US-Imperialismus zur nationalen Einheit beigetragen hat. Für das palästinensische Volk, weil es den US-Imperialisten nun nicht mehr gelingen kann, vom Kampf um die Rechte des palästinensischen Volkes mit Hinweis auf die ungelöste "Geiselaffäre" abzulenken. Für alle Länder und Völker des Nahen und Mittleren Ostens, weil die Bedrohung eines Krisenherdes beseitigt ist.

Und was noch viel wichtiger ist: Die Sozialimperialisten können diesen Konflikt nicht mehr als Vorwand für die polistische und auch eine militärische Einmischung in den Iran benützen. Wenn sie heute Angriffe gegen den Iran richten, so können sie sich nicht mehr darauf berufen, daß ihre "Interessen" im Iran angeblich durch die USA gefährdet seien. (Z-wik)

An unsere Leser

Vor fast einem Jahr wurde der Kommunistische Bund Österreichs von einer Gruppe um den ehemaligen Sekretär des KB gespalten. Zwei Monate danach trat eine weitere Gruppe von Mitgliedern aus der Organisation aus.

Für den KB war diese Entwicklung ein schwerer Schlag, von dem er sich naturgemäß bis heute noch nicht erholt hat. Diese Entwicklung brachte es u.a. mit sich, daß die politische Arbeit des KB in der Öffentlichkeit auf ein Minimum eingeschränkt wurde, was sich nicht nur am seltenen Erscheinen des "Klassenkampf" zeigte.

Umso mehr war die Arbeit der Organisation von internen Diskussionen um die Konsolidierung des KB bzw. um die weiteren Perspektiven der kommunistischen Bewegung in Österreich beherrscht. In den letzten Monaten wurden in der Organisation zwei Papieren mit Thesen ausgearbeitet, die sich mit den Fehlern der Kommunistischen Bewegung in der Vergangenheit auseinandersetzen und Überlegungen zur künftigen Entwicklung der Organisation und der gesamten kommunistischen Bewegung anstellen.

Die Ausarbeitung und die Diskussion dieser Thesen in der Organisation und unter all jenen, die an der politischen Arbeit des Kommunistischen Bundes Interesse machen es möglich, auf einer Delegiertenkonferenz erste - wenn auch z.T. noch allgemeine Festlegungen über die zukünftige Arbeit der Organisation zu treffen. Sie werden in der praktischen Arbeit der nächsten Zeit zu ergänzen bzw. zu überprüfen sein.

Neben diesen Thesen werden der DK Beschluß vorlagen über die theoretische Arbeit der Organisation, das Publikationswesen und die Schulungen der Organisation u.a. vorliegen.

Um Interessenten diese Vorlagen bekannt zu machen und damit eine breitere Diskussion zu ermöglichen werden wir diese Unterlagen und allfällige Diskussionsbeiträge dazu veröffentlichen.

Vorerst werden die beiden Thesenpapiere als "Kommunist" 3/4/1980 erscheinen.
Preis: ca. 25,- S
Erhältlich bei den Ortsgruppen des KB.

KOMMUNISTISCHER BUND ÖSTERREICHS

ORTSGRUPPE LINZ
Lokal: Schubertstr. 33
Telefon: 60 138
Journaldienst und Literaturvertrieb: jeden Dienstag und Donnerstag von 17'30 bis 19'00 Uhr

ORTSGRUPPE WIEN
Lokal: Krummbaumgasse 2
1020 Wien (Eingang:Große Schiff-Gasse)
Telefon: 35 21 76
Journaldienst und Literaturvertrieb: jeden Dienstag von 18'00 bis 20'00 Uhr

FIAT-STREIK:

Die im letzten "Klassenkampf" angekündigte Fortsetzung des Artikels mit Berichten über den Verlauf und Ausgang des Streiks sowie die Positionen in der italienischen Gewerkschaftsbewegung dazu kann - aus sogenannten technischen Gründen - erst in der nächsten Nummer unserer Zeitschrift erscheinen. Wir bitten um Ihr Verständnis.

-Red.-

Zu Jahresbeginn: viele Dinge des täglichen Lebens werden teuer

Zu Jahresbeginn wurden viele Dinge des täglichen Lebens kräftig verteuert, angefangen bei Strom über Erdgas, Bahntarife bis zu den Stempelgebühren reicht die Palette. Dabei sind einige Leistungen der öffentlichen Hand noch nicht fertig 'verhandelt', sie werden bei Feststehen der Teuerungsrate aber trotzdem rückwirkend mit 1.Jänner 81 erhöht werden.
Im Folgenden eine Übersicht über die staatlich geregelten Preise, die erhöht worden sind.

STROM
Einheitlich in ganz Österreich Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Energiestoffe von 8 auf 13%.
Je nach Bundesland verschiedene Erhöhungssätze für den Strompreis vor Steuer; in Wien beträgt dieser Satz 7,2%.
Insgesamt beträgt die Erhöhung dann in Wien über 13%. Der neue Preis beträgt 126g je KWh.

GAS
Ebenfalls Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 13%. Letzte Preiserhöhung im Oktober 198o, über die nächste wird bereits verhandelt.

BAHN
Durchschnittliche Erhöhung der Tarife um 15% bei Vergünstigungen für einige Randgruppen. Die 2oookm-Bank kostet jetzt S15oo.-

POST
Pakete bis 22% teurer.
Postkarte/Drucksache: 2,5o auf 3.-
Telefon: Grundgebühr plus 22%, bei Viertelanschluss jetzt 111.- statt 91.-
Rundfunk: Verdopplung des Anteils der Post, Erhöhung um diesen Betrag.

PARKGEBÜHREN
In Wien Verdoppelung der Gebühr fürs Kurzparken, eine halbe Stunde kostet jetzt 4.- statt 2.-

STEMPELMARKEN
Die billigste Verwaltungseingabe verteuert sich von 7o.- auf 1oo.- (vor 3 Jahren betrug die Gebühr noch 12.-!)
Das erstmalige Anmelden eines Autos wurde auf 79o.- erhöht.

Komitee für die Gleichberechtigung der ausländischen Arbeiter in Wien gegründet

Aus dem Informationsblatt des Komitees:

"Liebe Freunde, Kollegen, Genossen!

Das Komitee für die Gleichberechtigung der ausländischen Arbeiter wurde anläßlich eines Prozesses gegen zwei Arbeiter aus der Türkei gegründet, die wegen politischer Tätigkeit mit der Ausweisung bedroht worden waren. Dies ist beileibe kein Einzelfall, denn jeder Ausländer, der für die Rechte der Arbeiterklasse kämpft, kann aufgrund des Fremdenpolizeigesetzes, das Ausländern jede politische Tätigkeit untersagt, jederzeit ausgewiesen werden. (1978 wurden durch die Fremdenpolizei 968 Aufenthaltsverbote, 702 Fälle von Schubhaft und 730 Abschiebungen exekutiert.)

Nur sind ausländische Arbeiter nicht nur in ihren politischen Freiheiten derart eingeschränkt, sondern darüber hinaus aufgrund des Ausländerbeschäftigungsgesetzes, das es ihnen unmöglich macht, ihre Arbeitskraft frei und zu den günstigsten Bedingungen zu verkaufen, gegenüber inländischen Arbeitern stark benachteiligt.

Gerade wegen dieser sozialen Diskriminierung fällt es dem Kapital nicht schwer, die ausländischen Arbeiter mit einer chauvinistischen Hetze in sämtlichen Medien als Menschen zweiter Klasse abzustempeln.

Die ausländischen Arbeiter, die von den Kapitalisten in der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs herbeigeholt wurden, um einer Verknappung des Arbeitsmarktes entgegenzuwirken, müssen jetzt wieder als die Verursacher der Krise des Kapitals und die damit verbundene Verknappung der Arbeitsplätze herhalten. Fatal dabei ist, daß in dieser Frage die SPÖ-Regierung, die ja die oben angeführten ausländerfeindlichen Gesetze erlassen hat, die Arbeiterklasse hintergeht, indem sie mit 'Arbeitsplatzsicherung für österreichische Arbeiter durch Entlassung von Gastarbeitern' ins Horn der Kapitalisten bläst.

Gerade in einer Situation, wo die Hetze gegen die ausländischen Arbeiter in bedrohlichem Ausmaß von österreichischen Arbeitern übernommen wird, gilt es aufzuzeigen, daß wirtschaftliche Rezession, Krisen, und damit verbunden Lohnraub und Arbeitsplatzmangel, gerade im System des Kapitalismus liegen; daß nur in- und ausländische Arbeiter gemeinsam gegen Entlassungen und Lohnraub kämpfen können."

Als ersten Schritt, um den Kampf für die Gleichberechtigung auf eine breitere Grundlage zu stellen, lud das Komitee zur einer Diskussionsveranstaltung am 28.1.1981 im Jugendzentrum "Commune" in Wien ein. Die Veranstaltung wurde in zwei Sprachen, deutsch und türkisch, abgehalten. Berichte über die wirtschaftliche, soziale und politische Lage der ausländischen Arbeiter sollten die Grundlage liefern, um zu diskutieren, wie dieser Kampf gemeinsam weitergetrieben werden kann.

Außerdem rief das Komitee zu einer Spendensammlung für einen türkischen Arbeiter auf, der wegen Anbringung antifaschistischer Parolen auf diversen Gebäudewänden zu drei Monaten bedingter Haft und S 50.000,-- für die "Schandenswiedergutmachung" ("Erstattung der Reinigungskosten") verurteilt wurde. Spendenkonto: CA-BV 60-75493/23, Komitee für die Gleichberechtigung der in- und ausländischen Arbeiter.

Die Zeitschrift des Komitees ist in der ersten Ausgabe fertig und kann auch über unseren Vertrieb zum Preis von S 10,- bezogen werden. Inhalt: Editorial, Bericht über den Strafprozeß gegen den oben genannten türkischen Arbeiter, Artikel über die Lage der ausländischen Arbeiter in Österreich, Interview mit einem türkischen Arbeiter über seine Gründe, in Österreich zu arbeiten und sein Verhältnis zu österreichischen Arbeitern. Format A4, 24 Seiten, deutsch und türkisch.

Aktuelle Diskussion:

Arbeitszeitverkürzung

"Der Österreichische Gewerkschaftsbund hat sich am letzten Bundeskongreß grundsätzlich für eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit ausgesprochen. Der ÖGB tritt mehr für die Verlängerung des Urlaubs als für eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit ein. Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Privatangestellten und Sozialminister Alfred Dallinger schlug nun konkret sechs Wochen Urlaub nach 25 Dienstjahren 'd eine Erhöhung des Mindesturlaubs auf fünf Wochen vor." (Aus: GPA-Informationsdienst 4/80) Nach der Regierungsklausur vom 26.1.1981 kündigte Dallinger darüber hinaus an, daß ab Mitte 1981 Schwerstarbeiter - vor allem im Nachtschichtdienst - mit 57 Jahren ein sogenanntes "Sonderruhegeld" beziehen (d.h. in Frühpension gehen) können.

Diese Maßnahme soll vorerst einmal für zehn Jahre Geltung haben. Bis dahin hofft Dallinger, daß "die Gestaltung der Arbeitsabläufe" so beeinflußt werden kann, daß diese Art von Frühpensionierung nicht mehr notwendig ist - da er richtigerweise die Meinung vertritt, man könne diese Arbeiter nicht verstärkt auspowern, um sie früher zum alten Eisen zu werfen. (1) Ins Auge gefaßt sind daher auch eine Woche mehr Urlaub, eine Pausenregelung von 5 Minuten bezahlter Pause je Arbeitsstunde (wobei er allerdings eine Kompensation mit der bisher bestehenden - bezahlten - Mittagspause nicht ausschließt: per Saldo würde das 10 Minuten "Arbeitszeitverkürzung" pro Tag bedeuten) und ärztliche Untersuchungen.

All das kann nur als unzureichend bezeichnet werden, vor allem wenn "Einflußnahme auf die Gestaltung der Arbeitsabläufe" nicht explizit heißt, zumindest bei diesen Arbeiten den Akkord zu verbieten und eine weitere drastische Verkürzung der täglichen Arbeitszeit - bis zur Hälfte der Normalarbeitszeit - anzustreben. Auch gilt es die Gefahr einer Ausdehnung der Schichtarbeit, z.B. auf Vierschichtbetrieb, abzuwehren.

"NICHT UNERWÜNSCHTER NEBENEFFEKT" AUF DIE ANZAHL DER ARBEITSPLÄTZE

Ein nicht unerwünschter Nebeneffekt des "Sonderruhegeldes" für Schwerstarbeiter ergibt sich für Dallinger aus der Tatsache, daß dadurch ein Teil dieser Arbeitsplätze drei Jahre früher frei wird.

Seit der Krise 1974/75 konnte die Arbeitslosigkeit in den westlichen Industrieländern durch Wirtschaftswachstum nicht beseitigt werden. Verstärkt wurde die steigende Tendenz der Arbeitslosenzahlen darüber hinaus noch durch die technologische Entwicklung. Durch diese Situation sahen sich die Gewerkschaften in der BRD, in Schweden, Großbritannien, Frankreich und Italien veranlaßt, Arbeitszeitverkürzungen (die vorhandene Arbeit soll auf mehr Arbeitswillige aufgeteilt werden) zu fordern. Bereits 1978 forderte der Europäische Gewerkschaftsbund die 36-Stunden-Woche für seine Mitgliedsstaaten. ("International gesehen liegt Österreich mit seiner Arbeitszeit im Mittelfeld und nicht, wie immer wieder behauptet wird, an der Spitze mit der geringsten Arbeitszeit. So wird in neun OECD-Ländern weniger lang gearbeitet: in der Bundesrepublik Deutschland, den USA, Finnland, Dänemark, Belgien, Australien, Schweden, Spanien und Italien. Länger als in Österreich wird in Großbritannien, Kanada, Frankreich, den Niederlanden, der Schweiz und Japan gearbeitet." Aus: GPA-Informationsdienst 4/80)

DIE AUSWIRKUNGEN DER ARBEITSZEITVERKÜRZUNG AUF DEN ÖSTERREICHISCHEN ARBEITSMARKT IN DER KRISE 1974/75 (2)

1974 wuchs die Beschäftigung im Jahresdurchschnitt um 1,9%, die Arbeitslosenrate blieb bei 1,5%. 1975 nahm die Beschäftigung im Durchschnitt der ersten Jahreshälfte zwar noch zu, die Arbeitslosenrate stieg jedoch auf 2,1%, die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen sank in der ersten Jahreshälfte im Vergleich zum Vorjahr um über 40%. *"Die relativ günstige Arbeitsmarktlage ging 1974 noch mit einer Zunahme des Brutto-Nationalproduktes um 4% einher, 1975 jedoch entsprach sie nicht mehr der Entwicklung auf der Produktionsseite. (...) 1975 läßt sich zwischen der Entwicklung von Produktion und Beschäftigung nur noch ein sehr loser Zusammenhang herstellen. (...) Das erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg schrumpfende Brutto-Nationalprodukt wirkte sich sehr begrenzt auf den Arbeitsmarkt aus, weil er nicht nur durch die Produktionsentwicklung, sondern auch durch andere Faktoren sowohl auf der Nachfrage- als auch auf der Angebotsseite bestimmt wurde."*

1974 schaut die oben angeführte Bilanz vor allem deswegen noch gut aus, weil ein Teil des Beschäftigtenzuwachses von 1,9% statistische "Ursachen" hatte: Ca. 5.000 "mithelfende Ehegattinnen" von Unternehmern dürften zu "unselbständig Erwerbstätigen" umgemeldet worden sein, Änderungen beim Karenzurlaubsgeld bewirkten einen "positiven Effekt von schätzungsweise 2.600 Personen". Eine Verlangsamung des Beschäftigtenzuwachses ist vor allem auf die "stabilisierende Wirkung" der Ausländerbeschäftigung zurückzuführen, d.h. sie nahm um 3,6% gegenüber dem Jahr 1973 ab - durch "administrative Maßnahmen" (Kontingente wurden beschränkt und auch von den Unternehmern nicht voll ausgenützt, versteckt arbeitssuchende "Touristen" fanden sowieso keine Beschäftigungsmöglichkeit mehr vor). "Durch die Gastarbeiter wurde das Arbeitskräfteangebot so elastisch, daß sich die Verlangsamung des Beschäftigtenzuwachses auf die Arbeitslosigkeit praktisch nicht auswirkte."

Die Krise wirkte sich 1974 vor allem im Baugewerbe (- 2,2%, d.s. 6.300 Beschäftigte) und abgeschwächt in Industrie und Gewerbe aus, hingegen stieg die Beschäftigung im tertiären Sektor um 3,7%, d.s. über 48.000 Beschäftigte, an. 1975 griff der sich beschleunigende Produktionsrückgang auf die meisten Branchen über. Mitte des Jahres stieg das Angebot an inländischen Arbeitskräften durch den Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge aus 1955 - 1965 sowie durch das gleichzeitige Ausscheiden schwächerer Altersjahrgänge aus dem Berufsleben rasch (zusammen ca. 24.000), dazu kamen "Rückwanderer" aus der BRD und der Schweiz (rund 15.000), sowie runinierte, ehemals Selbständige in Landwirtschaft und Gewerbe (ca. 12.000). Dem gegenüber wurde die Ausländerbeschäftigung drastisch reduziert.

"Auf der Nachfrageseite wurde der konjunkturbedingt schrumpfende Bedarf an Arbeitskräften durch die Senkung der gesetzlichen Arbeitszeit von 42 auf 40 Wochenstunden ab Jahresbeginn kompensiert. Diese Kürzung entsprach einer Senkung des Arbeitsvolumens um 5%. (Welche allerdings wiederum eine gewisse Produktivitätssteigerung nach sich gezogen haben müßte (3)) *Unter 'normalen' Arbeitsmarktbedingungen wäre diese Verkürzung nicht sofort, sondern in einigen Etappen vollzogen worden. Angesichts der schlechten Konjunkturlage wurde jedoch die Arbeitszeit sogar noch etwas stärker reduziert* (d.h. offensichtlich durch Einschränkung der Überstunden, Red.). *Die der Industriearbeiter sank im 1. Quartal um 7,9%, im 2. Quartal um 4,9%. Da bisherige Untersuchungen zeigten, daß sich die Arbeitszeit der gesamten unselbständig Beschäftigten etwa ebenso verändert, kann man für alle Unselbständigen die gleiche Entwicklung annehmen. Als Resultat aller dieser Einflüsse wird die Inländerbeschäftigung im Jahresdurchschnitt 1975 schätzungsweise um 25.000 steigen. Der Rest des zusätzli-*

Fortsetzung auf Seite 4

(1) Dallinger leistet hier in seiner Doppelfunktion als Sozialminister und Vorsitzender der GPA dieser Gewerkschaft auch wirksame Schützenhilfe in ihrem Kampf um die Bestätigung ihrer Existenzberechtigung (die durch die - machtpolitisch - geführte Diskussion der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie über das Industriegruppenprinzip angezweifelt wird), indem er sozial-fortschrittlich vorprescht, nachdem es die Gewerkschaft M-B-E bei den Kollektivvertragsverhandlungen 1980 nicht zustandegebracht hat, für die Schwerstarbeiter Erleichterungen auszuhandeln.

(2) Quelle und Zitate aus: Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung 10/1975, S. 420-425.

(3) "Die Steigerung der Stundenproduktivität resultiert daraus, daß bei verkürzter täglicher Arbeitszeit die Leistungsfähigkeit der Beschäftigten im allgemeinen steigt (und auch von den Unternehmensleitungen erzwungen werden kann, Red.). Wie weit diese individuelle Produktivität zunimmt, hängt allerdings von verschiedenen Faktoren ab, wie etwa von der Art des Arbeitsprozesses, dem Schwierigkeitsgrad der Arbeit, vor allem aber von der Länge der Arbeitszeit im Ausgangszeitpunkt. Wesentlich scheint heute allerdings angesichts der schon kurzen täglichen Arbeitszeit, daß Senkungen der Normalarbeitszeit Rationalisierungsreserven der Betriebe mobilisieren." (Aus einer Beschäftigungspolitik-Studie des Wirtschaftsforschungsinstitutes, 1978)

Aktuelle Diskussion: Arbeitszeitverkürzung

Fortsetzung von Seite 3

lichen Arbeitskräfteangebotes in der Höhe von 10.000 ist allerdings arbeitslos."

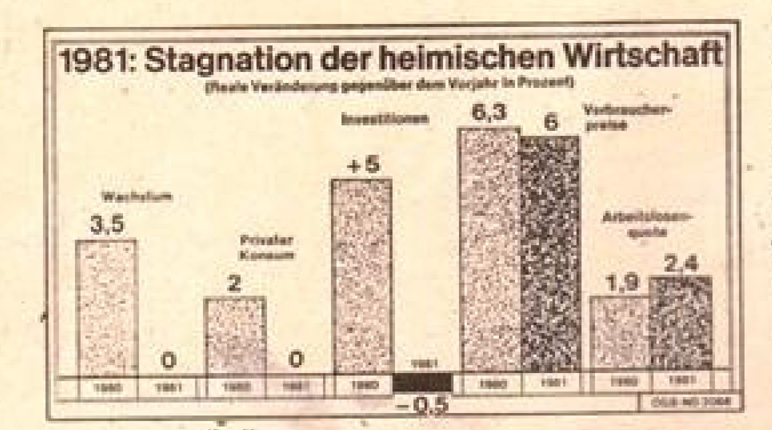
Darüber hinaus scheinen die "versteckt" Arbeitslosen in der Statistik nicht auf: Die Zahl der Kurzarbeiter stieg von 800 im Jahr 1974 im ersten Halbjahr 1975 auf 6.500 an;
Zuschüsse erhalten Betriebe, wenn sie "unterbeschäftigte" Arbeiter "schulen" und auch, wenn sie überschüssige Arbeitskräfte über eine gewisse Zeit halten; Arbeitslose werden individuell in "Schulungsprogramme" einbezogen und sind damit nicht arbeitslos.

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG - ERFAHRUNGEN AUS DER VERGANGENHEIT

"Reduktionen der Normalarbeitszeit haben (...) mehrmals stattgefunden. 1959 wurde die Normalarbeitszeit von wöchentlich 48 auf 45 Stunden gesenkt und 1965 die dritte Urlaubswoche eingeführt. Der nächste Verkürzungsschub begann 1970 mit einer Reduktion auf 43 Wochenstunden, 1972 auf 42 und schließlich 1975 auf 40 Wochenstunden. Ab 1977 wurde der Mindesturlaub um eine weitere Woche erhöht. Eine erste Betrachtung der Daten zeigt, daß Reduktionen der Normalarbeitszeit nicht zur Gänze oder zumindest nicht sofort realisiert werden. Den Arbeitgebern steht ja in begrenztem Umfang gleichfalls die Möglichkeit offen, Überstunden leisten zu lassen. Das gilt vor allem kurzfristig.

So wurde beispielsweise die dreistündige Arbeitszeitverkürzung von der Industrie 1959 zunächst effektiv nur knapp zur Hälfte vollzogen, weil die Reduktion in einen beginnenden Aufschwung fiel. Die Unternehmer wollten das Arbeitsvolumen nicht zu stark reduzieren und nahmen deshalb lieber eine Kostenerhöhung (für Überstunden, Red.) in Kauf. 1960 und 1961 blieb die Arbeitszeit im wesentlichen unverändert. Erst 1962, im Konjunkturtiefpunkt, wurde die durchschnittliche Effektivarbeitszeit erneut um etwas mehr als eine Stunde reduziert. Ähnlich verhielt es sich 1970 und 1972. 1975 wurde aufgeholt und sogar mehr gekürzt, als der Normalarbeitszeitveränderung entsprochen hätte. (Unsere Grafik zeigt die Gegenüberstellung von Normalarbeitszeit und tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden in der Industrie in den Jahren 1956 - 1977.)

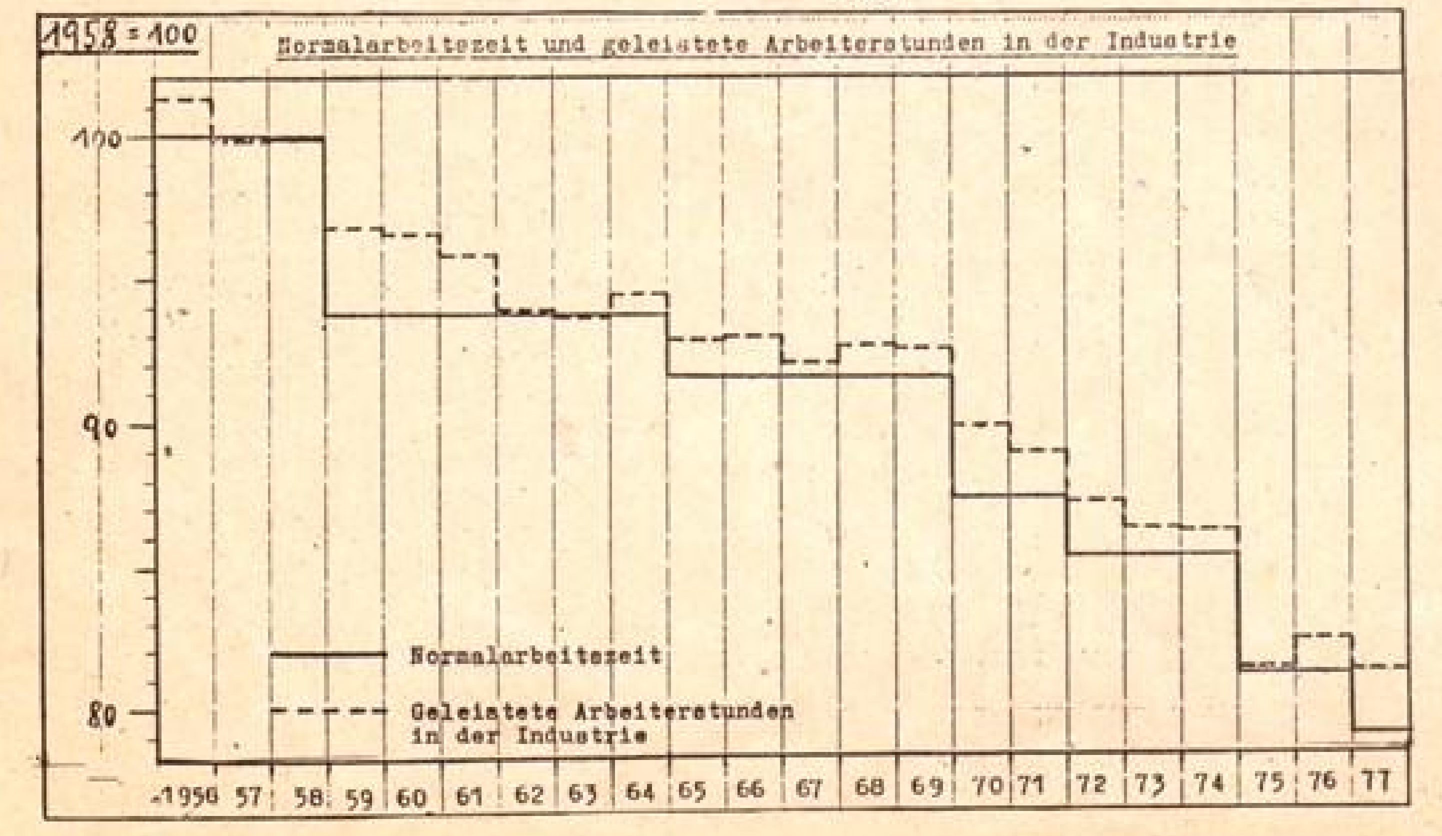
Aufgrund der Wirtschaftsprognosen für 1981 wäre also analog zu diesem Bericht eine Arbeitszeitverkürzung angebracht und würde auch schnell effektiv wirken, denn von einem beginnenden Aufschwung kann keineswegs die Rede sein (siehe Kasten "1981: Stagnation der heimischen Wirtschaft").



Aber selbst die volle Arbeitszeitverkürzung bringt nicht die gleiche Beschäftigungskompensation wie in einem "Normaljahr". Die Antwort darauf liegt darin, daß Arbeitszeitverkürzungen im allgemeinen produktivitätssteigernd wirken. (4) (...) Unter Ausschaltung des Konjunktureinflusses - der durch das Brutto-Nationalprodukt ausgedrückt wird - ergibt sich daher, daß die Arbeitszeitsenkung eine Beschäftigungssteigerung von 50% bewirkt. Danach würde also eine Arbeitszeitreduktion von einer Wochenstunde (2,5%) eine Beschäftigungsausweitung von rund 20.000 im laufenden und etwa ebensoviel im folgenden Jahr bewirken." (5) Da ist also die so gerne von Sozialminister Dallinger zitierte Zahl von 20.000, die er sich durch seine Arbeitszeitverkürzungs-Vorschläge erhofft. Allerdings brächte die Erhöhung des Mindesturlaubes auf fünf Wochen lediglich eine Arbeitszeitreduktion von knapp 2%.

(4) Das ist auch das Argument dafür, Arbeitszeitverkürzungen nur bei vollem Lohnausgleich auszuhandeln. Es wird darauf zu achten sein, daß bei zukünftigen Arbeitszeitverkürzungen nicht ein bestimmter Prozentsatz dafür bei Lohnverhandlungen in Abzug gebracht wird.

(5) Aus der Beschäftigungspolitik-Studie des Wirtschaftsforschungsinstitutes, 1978



ARBEITSZEITVERKÜRZUNGEN UND ZUKUNFT

Nichts gegen die möglicherweise dadurch "geschaffenen" neuen Arbeitsplätze - den Arbeitern ist mit einer Arbeitszeitverkürzung auf alle Fälle gedient, auch wenn sie nicht aus den für sie vorrangig relevanten Gründen erfolgt. Für ein Arbeiterleben ist es wichtig, nicht grenzenlos ausgebeutet zu werden, Zeit und Kraft für gesellschaftliche Aufgaben zu gewinnen. Wenn der eingangs zitierte GPA-Informationsdienst darauf hinweist, daß eine Arbeitszeitverkürzung, *"die eine entfremdete Situation am Arbeitsplatz gegen ein zunehmend entfremdetes Leben im Freizeitbereich eintauscht"*, nicht erstrebenswert sei, dann ist das ein richtiger Hinweis auf den Charakter unserer Produktionsverhältnisse. Nur einen Ausweg zeigt er nicht auf; kann er auch nicht, denn der müßte revolutionär sein. Statt dessen kommt Gefasel von "Verbesserung der Lebensqualität" und "Mitbestimmung am Arbeitsplatz." (6) Trotz allem ist es eine gute Sache, wenn jetzt die Gewerkschaft selbst in Sachen Arbeitszeitverkürzung aktiver wird. (Wenn vor zwei Jahren noch ein Betriebsratsorgan Vorschläge in dieser Richtung vor bevorstehenden Kollektivvertragsverhandlungen gebracht hat, so wurde das sehr rasch abgetan, z.B. mit der Frage nach der Höhe des Organisierungsgrades - Verhältnis der Gewerkschaftsmitglieder einer Belegschaft zur Gesamtzahl der Beschäftigten in diesem Betrieb.)

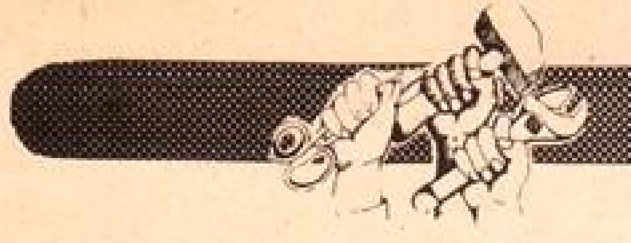
Entfremdung der Arbeit aber bedeutet unter anderem für den Arbeiter - um einige Merkmale aufzuzählen -, daß er keinen Überblick über die Produktion aufgrund der fortgeschrittenen Teilung in Kopf- und Handarbeit (und deren weiteren Zerteilung selbst) hat und daher nur einen winzig kleinen (meist noch dazu immer gleichen) Teil des Produkts schafft, daß er Anhängsel der Maschinerie ist, daß er nicht beeinflussen kann, was und wie für welche Bedürfnisse produziert wird, daß seine Fähigkeiten - schon von der Ausbildung her - beschnitten werden, usw.

Entfremdung der Freizeit wiederum heißt unter anderem, daß er eingespannt wird in die Konsumtion der Produkte einer "Freizeitindustrie", die genauso abläuft wie sein Arbeitsleben. Die Familie hat nur mehr die Funktion, Arbeitskräfte zu reproduzieren und ihre unselbständig erwerbstätigen Mitglieder arbeitsfähig zu erhalten: ein äußerst eingeschränkter wirtschaftlicher und sozialer Aspekt vor allem - alte, kranke, aus der Produktion ausgeschiedene oder behinderte Menschen können hier kaum mehr einen Platz finden. Da springt der bürgerliche Staat ein und - verwaltet sie.

Arbeitszeitverkürzung ja, aber nicht vordergründig um des "sozialen Friedens" willen, sondern um dem Kapital einmal bestimmte Schranken zu setzen und daß sich die Arbeiterklasse die Voraussetzungen und den freien Kopf schaffen kann, ihr Geschick in die eigenen Hände zu nehmen.

-usb-

(6) "Die Arbeitszeitverkürzung ist auch ein Mittel zur Verbesserung der Lebensqualität und muß daher Hand in Hand mit einer Humanisierung des Arbeitslebens, mit der Mitbestimmung am Arbeitsplatz verwirklicht werden.
Hier müssen die einzelnen Arbeitnehmer selbst, aber auch über ihre Interessensvertreter und -vertregungen, aktiv werden und Vollbeschäftigung durch eine größere Verteilung der Arbeit bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Kaufkraft fordern." (GPA-Informationsdienst 4/80)



Kollektivvertragsabschluß der Handelsangestellten: Mindestbetrag nach Streikdrohung durchgesetzt - aber mehr wäre noch möglich gewesen.

Am Mittwoch, den 26.11.1980, um 5 Uhr früh, nach 20-stündigen pausenlosen Verhandlungen, unterzeichnete das "Große Verhandlungskomitee" (etwa 50 Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre) der Sektion Handel der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) mit Zentralsekretär Freytag an der Spitze den Kollektivvertrag für die etwa 270.000 Handelsangestellten, der am 1.1.1981 in Kraft getreten ist. Die Hauptpunkte:

- o Erhöhung der kollektivvertraglichen Mindestgehälter um 6,8%, mindestens S 530,-. Der Mindestbetrag ist bis zu einem Gehalt von brutto S 7.794,- wirksam; mehr als die Hälfte der Frauen und etwa ein Fünftel der Männer verdienen weniger.
  Für die Anfangsgehälter der Verwendungsgruppe II, in der die meisten anfangen, bedeutet das eine Erhöhung von 11,49%, sogar für eine Verkäuferin etwa im 12. Dienstjahr noch 7,17%. Da sich in vielen Bereichen des Handels die tatsächliche Bezahlung (Istgehalt) dem kollektivvertraglichen Mindestgehalt annähert, bedeuten die Kollektivvertragserhöhungen praktisch Ist-Gehaltserhöhungen für viele Kollegen.
- o Die Gehaltserhöhungen bei den Kaufhäusern betragen um 15% mehr, bei den Angestellten im Eisenhandel und bei allen Salzburger Handelsangestellten um 5% mehr (diese Gruppen haben eigene Gehaltstafeln).
- o Es wird ein 18. Dienstjahr eingeführt (2% mehr als im 15. Jahr); bisher gab es für die älteren Kollegen nach dem 15. Verwendungsgruppenjahr keine Vorrückungsmöglichkeiten mehr. Gegen diese Forderung hatten sich die Handelskapitalisten genauso gestemmt wie gegen den Mindestbetrag.
- o Es wurde die Regelung beibehalten, daß die Lehrlingsentschädigungen vom ersten bis zum dritten Lehrjahr 45 bis 65% der Anfangsgehälter der Verwendungsgruppe II betragen müssen. Die Kapitalisten wollten ursprünglich die Bindung der Lehrlingsgehälter an die Gehälter der ausgelernten Fachkräfte abschaffen.
- o Es wurde bindend festgelegt, daß für die Zeit nach 13 Uhr an Samstagen ein Überstundenzuschlag von 100% bezahlt werden muß, was den Kapitalisten die Möglichkeit nimmt, etwa an den langen Verkaufssamstagen vor Weihnachen Teilzeitbeschäftigte zum normalen Stundenlohn zu verwenden. Wegen dieser Regelung hätten die Kapitalisten beinahe die Verhandlungen abgebrochen.
- o Außerdem wurden bindende Regelungen über Reisekosten, Messezuschläge u.ä. getroffen, die die Kapitalisten ebenso zunächst nicht unterschreiben, sondern "einem Unterkomitee für spätere Verhandlungen" zuweisen wollten (mit dieser Taktik haben sie die Erfüllung dieser Forderung bisher jahrelang verschleppt).

Im Vergleich zur Ausgangsforderung (9,4%, mindestens S 650,-) haben die Verhandler kräftig nachgegeben. Auch im Vergleich zum Stand beim ersten Abbruch der Verhandlungen am 19.11. (Gewerkschaftsforderung 8,3%, mindestens S 590,-, Treueprämie von 4% ab dem 18. Dienstjahr; Unternehmerangebot durchschnittlich 6,4%, d.h. 6,2% bis 7,5% für die Anfangsgehälter, kein Mindestbetrag, keine Treueprämie), ist auch noch einiges nachgelassen worden.

Trotzdem haben die am 26. und 27.11. abgehaltenen Betriebsrätekonferenzen dieses Ergebnis mit großem Beifall und ohne nennenswerte Kritik gutgeheißen.

WAS HABEN DIE HANDELSANGESTELLTEN ERREICHT?

Der Mindestbetrag greift bis zu einem Betrag, der über dem Durchschnittsgehalt der Frauen, die die Mehrheit (61%) der Handelsangestellten bilden, liegt. Drei Viertel der Frauen verdienen brutto weniger als S 8.439,-, ein Viertel der Männer verdient unter S 8.o93,- (Daten der Tiroler Arbeiterkammer). Vor allem für die Schlechterverdienden ist eine deutliche Erhöhung herausgekommen (die Abschlüsse 1978 und 1979 haben ihnen etwa S 260,- bis 280,- gebracht!). Erstmals konnten die Handelsangestellten einen Mindestbetrag durchsetzen, gegen den sich die Kapitalisten seit Jahren entschieden gewehrt haben. Auch heuer hatte der Obmann der Sektion Handel der Bundeswirtschaftskammer, Seidl, wiederholt erklärt, daß ein Mindestbetrag nicht in Frage komme.

Heuer ist endlich durchgesetzt worden, daß die Benachteiligung der älteren Kollegen, die nach dem 15. Verwendungsgruppenjahr (= anrechenbare Gesamtdienstzeit, die nicht unbedingt bei ein und demselben Kapitalisten abgedient werden muß), bisher keine Aufstiegsmöglichkeit mehr hatten, eingeschränkt wurde. Gerade die Kolleginnen und Kollegen, die noch weniger als die jüngeren die Möglichkeit haben, durch Wechsel in einen anderen Betrieb ein höheres Gehalt herauszuholen, haben heuer mehr bekommen.

Heuer konnten auch eine Reihe von arbeitsrechtlichen Forderungen durchgesetzt werden, nachdem im Vorjahr die Vertreter der Kapitalisten 20 von 21 arbeitsrechtlichen Forderungen der Gewerkschaft als indiskutabel abgelehnt hatten.

Im Vergleich zu den Abschlüssen im Handel der letzten zwei Jahre und auch im Vergleich zu den Lohnabschlüssen anderer Branchen heuer haben also die Handelsangestellten wirklich nicht schlecht abgeschnitten. In ganz entscheidenden Fragen (Mindestgehalt, Erweiterung des Gehaltsschemas über das 15. Dienstjahr hinaus, Überstundenregelung) sind echte Durchbrüche erzielt worden, die bisher jahrelang vergeblich angestrebt wurden.

ERREICHT WURDE DAS NUR DURCH DIE WARNSTREIKS UND DIE STREIKDROHUNG FÜR DEN ERSTEN ADVENTSAMSTAG

Am ersten Verhandlungstag (18.11.) hatten die Kapitalisten noch höhnisch die gewerkschaftlichen Verhandler aufgefordert, sie sollten doch die Verhandlungen abbrechen und mit der Aufforderung zu Kampfmaßnahmen in die Betriebe zurückgehen: die Angestellten würden ihnen was pfeifen. Nicht zum ersten Mal haben sie der Gewerkschaft den niedrigen Organisationsgrad (in einzelnen Bundesländern, wie z.B. in Tirol, unter 10%) unter die Nase gerieben. (Praktisch beruht die Kampfkraft der gewerkschaftlich organisierten Handelsangestellten fast ausschließlich auf den Kaufhauskonzernen, wie Gerngroß und den großen Handelsketten, wie Konsum oder Meinl.)

Als am 25.11. die Verhandlungen wieder aufgenommen wurden, schauten die Herren Handelskapitalisten ganz anders drein. Von der Arroganz, mit der sie am Anfang 4,5% und sonst nichts geboten hatten, war nicht mehr viel übrig. An die Stelle der Arroganz war Wut über die erfolgreichen Kampfmaßnahmen der Handelsangestellten getreten.

Nach der ersten Verhandlungsrunde (18./19.11.) nämlich hatte es Betriebsrätekonferenzen in allen Bundesländern gegeben, die die - reduzierte - Gewerkschaftsforderung von 8,3% und mindestens S 590,- nachdrücklich unterstützten. In Wien waren 700 Betriebsräte zusammengekommen, deren Forderung nach Durchführung einer sofortigen Protestdemonstration vom Zentralvorstand der Gewerkschaft nur durch den - in Wirklichkeit lächerlichen - Hinweis darauf, daß keine Demonstration angemeldet worden war, zurückgewiesen werden konnte. In Linz führten die Betriebsräte nämlich eine nur kurzfristig telefonisch angemeldete Protestdemonstration durch und veranstalteten eine zweieinhalbstündige Kundgebung vor der Handelskammer. Zwischen 19. und 24.11. fanden in vielen Handelsbetrieben Betriebsversammlungen während der Arbeitszeit - praktisch also Warnstreiks - von bis zu zwei Stunden statt. Allein in Oberösterreich, wo die Bewegung am stärksten war, waren 91 Handelsbetriebe dadurch mitten in der Einkaufszeit geschlossen. Wie breit die Bewegung zur Unterstützung der Gewerkschaftsforderung war, zeigt sich z.B. daran, daß etwa in Innsbruck 21 von 60 Handelsbetrieben, die überhaupt einen Betriebsrat haben, Protesttelegramme an die Bundeswirtschaftskammer schickten. Auch in Tirol und Vorarlberg, gewöhnlich wirklich keine Bundesländer mit gewerkschaftlicher Kampftradition, gab es in mehreren Betrieben Betriebsversammlungen während der Arbeitszeit.

Daß das gewerkschaftliche Verhandlungskomitee, gedrängt vom Druck aus den Betrieben, sich schließlich sogar während der letzten Verhandlungen mit der Herstellung von Transparenten für Protestdemonstrationen und von Streikpostenkarten und ähnlichen, sonst eher ungewöhnlichen Tätigkeiten befaßte, hat den Kapitalistenvertretern auch vor Augen geführt, daß hinter diesem Verhandlungskomitee eine Bewegung stand, die dem Spielraum für die bisher gewohnten Rückzüge recht enge Grenzen setzte - auch wenn in diesem Verhandlungskomitee genug Kollegen saßen, die unermüdlich erklärten, daß sie eigentlich einen ordentlichen Schrecken vor Streikmaßnahmen haben.

VIELEN HANDELSANGESTELLTEN HAT ES HEUER GEREICHT

Das Lohnniveau im Handel liegt deutlich unter dem Angestelltendurchschnitt. Die Arbeitsbelastung wird immer ärger. In Großmärkten wie bei Löwa und PamPam kommen nach Gewerkschaftserhebungen nur mehr 1,5 Angestellte auf 240 m2 Verkaufs-

Fortsetzung Seite 6



GEWERKSCHAFTLICHER KAMPF

Handels-KV: Mindestbetrag durchgesetzt

Fortsetzung von Seite 5

fläche. In etlichen Betrieben sind die Personalkosten schon auf unter 3% vom Umsatz gesunken (vor wenigen Jahren noch galten 5% als "Alarmgrenze" für unzumutbare Arbeitsbelastung). Das Gehaltsniveau im Handel wird immer mehr in Richtung der kollektivvertraglichen Mindestgehälter gedrückt. Das Erpressen von unbezahlten Überstunden ist "normal", unter dem Vorwand der "Arbeitsvorbereitung" bzw. des "Aufräumens nach Geschäftsschluß". Für Angestellte in Mittel- und Kleinbetrieben, also für die Mehrheit gilt: Offenhaltezeit = Arbeitszeit - und in Tirol z.B. ist die gesetzliche Offenhaltezeit derzeit 66 Stunden in der Woche. Dazu kommt noch, daß in verschiedenen Bundesländern derzeit Bestrebungen im Gange sind, die Offenhaltezeiten zu verlängern. In Tirol liegt ein Antrag beim Landeshauptmann, für die Zeit der Fremdenverkehrs-Hochsaison, praktisch fünf Monate im Jahr, das Offenhalten am Samstag Nachmittag und am Sonntag Vormittag zu genehmigen.

Die Stimmung: "Jetzt reicht's aber - einmal muß Schluß sein!" war daher weit verbreitet. Vor diesem Hintergrund mußten auch die führenden Gewerkschaftsfunktionäre radikaler auftreten. Daß SPÖ-Nationalräte, wie der Tiroler GPA-Landessekretär Egg, oder GPA-Sekretäre, wie Kollege Reichelt, zu Kampfmaßnahmen aufrufen, erlebt man schließlich nicht alle Tage. Diese Leute haben sich natürlich nicht geändert; was sich geändert hat, das ist die Haltung der Angestellten, der Betriebsräte, der kleinen Gewerkschaftsfunktionäre.

Das war auch - ganz abgesehen vom relativ guten Abschluß - ein wichtiges Ergebnis dieser Verhandlungen: Die Kollegen, die auf den Betriebsrätekonferenzen dem Abschluß applaudierten, haben in Wirklichkeit einem deutlichen Schritt zur Entfaltung ihrer eigenen Kraft Beifall gezollt und das in vielen Redebeiträgen auch zum Ausdruck gebracht: nur die Warnstreiks und anderen Protestschritte, die die Drohung mit dem Streik am 29.11. zu einer realistischen Bedrohung für die Kapitalisten machten, haben diesen Abschluß erst ermöglicht. Ohne die Kampfmaßnahmen wären mehr als 6,4% (und ein Mindestbetrag) nicht herauszuholen gewesen.

WAS DIE KAPITALISTEN AM MEISTEN FÜRCHTEN, IST AUCH EINIGEN GEWERKSCHAFTSFÜHRERN EIN DORN IM AUGE

Zur vollen Entfaltung ist die Kraft der Handelsangestellten allerdings nicht gekommen. Es ist eine Tatsache, daß nicht alle Handelsbetriebe, die zum Warnstreik bereit waren, auch dafür organisiert wurden. Es gibt führende GPA-Funktionäre, die es zu verantworten haben, daß Betriebsräte streikbereiter Belegschaften heimgeschickt wurden mit der Aufforderung, es lieber bleiben zu lassen, man müsse sich die Kraft "für später" aufsparen.

Es ist auch eine Tatsache, daß z.B. Kollege Reichelt von der GPA-Zentrale in Vertretung von Zentralsekretär Freytag noch am Wochenende vor den letzten Verhandlungen das damals stehende Unternehmerangebot von 6,4% eine "unvorstellbare Provokation" nannte und bekräftigte, daß ein Mindestbetrag, der bis weit in die Verwendungsgruppe III hinein über 7% bringt, durchgesetzt werden muß. Das war bis Mittwoch früh vergessen.

Es ist auch eine Tatsache, daß die Wiener Betriebsrätekonferenz vom 19.11. noch gefordert hatte, mindestens S 590,- durchzusetzen oder die Verhandlungen abzubrechen und den Stand einer neuerlichen Betriebsrätekonferenz zur Beratung vorzulegen. Trotzdem wurde bei S 530,- abgeschlossen und erst nachträglich wurden die Betriebsräte um ihre Zustimmung "gebeten".

In Wirklichkeit haben die Gewerkschaftsspitzen alles getan, damit es nicht zu einem Streik am 29.11. kam. Was ein solcher Streik - auch nur schwerpunktmäßig in Großbetrieben durchgeführt - gebracht hätte, wenn schon bloß die Drohung damit die Unternehmervertreter zu einigem Nachgeben drängte, das kann sich jeder selber ausrechnen.

Offenbar gab es Druck von seiten der allerhöchsten ÖGB-Funktionäre, unter allen Umständen den Streik zu vermeiden, um nur ja nicht die heilige Sozialpartnerschaft zu stören und vor allem nicht das Beispiel aufkommen zu lassen, daß durch gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen deutlich mehr zu holen ist als ohne. Daß 270.000 Handelsangestellte mit vergleichsweise wenig Großbetrieben und einem recht niedrigen Organisationsgrad etwa den Metallarbeitern "vorführen", was drin wäre - auf dieses Beispiel waren Benya & Sekanina sicher nicht neugierig. Man kann darauf wetten: in der Nacht vom 25. auf den 26.11. erhielten nicht nur einige schon weich geschossene Verhandler der Handelskammer "Zuspruch" von Sallinger und anderen Spitzen der Kapitalisten, nur ja nicht umzufallen; "Ermahnungen" aus der ÖGB-Zentrale, die von Benya diktierte Lohnleitlinie einzuhalten, hat es wohl auch für die Handelsangestelltengewerkschafter gegeben.

Und die leitenden Sozialdemokraten der GPA haben sicher auch kein Interesse daran gehabt, die Verhandlungen bzw. gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen in der Zeit nach den Nationalratsbeschlüssen über die neuerlichen Tariferhöhungen und Steuerausplünderungsmaßnahmen fortzusetzen. Diese neue Belastungswelle in Ruhe über die Bühne zu bringen, das war sicher ein Motiv für einen für viele unerwartet schnellen Abschluß.

Aber trotzdem: daß der Einfluß der zu jeder Kapitulation und jedem Ausverkauf bereiten Leute an der Spitze der Gewerkschaft nicht unangefochten ist, das haben die Handelsangestellten bewiesen. Daß sich der Gedanke durchsetzt, daß der gewerkschaftliche Zusammenschluß der Verteidigung der Interessen der Lohnabhängigen und sonst gar nichts zu dienen hat, dazu haben die letzten Wochen beigetragen.

-gef/Ibk.-

DIE LÖHNE DER HANDELSARBEITER wurden Anfang Jänner um 6,8%, mindestens jedoch um S 530,- monatlich erhöht. Die Mindestlöhne für Jugendliche wurden um 8,9% angehoben. Weiters wurden Akkordsätze, Spesenzuschüsse, Kilometergeld und Nachtzuschläge verbessert.
(Nach ÖGB-Nachrichtendienst v.18.12.80)

BANKANGESTELLTEN-KOLLEKTIVVERTRAG

Keine Einigung konnte die Sektion Geld und Kredit der GPA bei der 3. Runde der Gehaltsverhandlungen für die Bankangestellten am 4. Dezember 1980 mit dem Verhandlungskomitee der Verbände der Geldinstitute erzielen. Die Gewerkschaft forderte einen Mindestbetrag von S 750 monatlich und eine um 2,5% über der Jahresinflationsrate (=6,4%) liegende Gehaltserhöhung (=8,9%).

Die Arbeitgeberseite bot eine Gehaltserhöhung um 6,3%, etwas höher für die Gehälter unter S 8.000,-, an. Daraufhin fanden in allen Bundesländern Betriebsrätekonferenzen statt, um die Verhandlungsgrundlage für die 4. Runde am 15. und 19. Dezember zu beraten und die Kampfbereitschaft der Angestellten auszudrücken.

Schließlich wurden die Gehälter der Sparkassen- und Bankangestellten mit 1. Jänner 1981 um 6,75%, mindestens jedoch S 590,- monatlich, erhöht. Außerdem wurden arbeitsrechtliche Verbesserungen erzielt, auch die Kinder- und Haushaltszulagen wurden angehoben.
(Nach ÖGB-Nachrichtendienst 18.12.80 und 8.1.81)

7% FÜR REISEBÜROANGESTELLTE. Die Gewerkschaft der Privatangestellten schloß Mitte Dezember für die Angestellten der Reisebüros einen neuen Kollektivvertrag ab, der eine Gehaltserhöhung um 7%, mindestens aber S 550,- monatlich, vorsieht. Die Jubiläumsgelder wurden erhöht. (Nach ÖGB-Nachrichtendienst vom 18.12.1980)

VERSICHERUNGSANGESTELLTEN-KV.

Zeitlich parallel zu den Handelsangestellten-Verhandlungen begannen auch die Versicherungsangestellten ihren neuen Kollektivvertrag auszuhandeln. Die ursprüngliche Gewerkschaftsforderung lautete auf 8,7%, mindestens aber S 760,- monatlich. Das erste Angebot des Versicherungsverbandes hingegen lautete auf lächerliche 5,3%, die für Angestellte mit längerer Dienstzeit (25 Jahre) geforderte Verlängerung des Urlaubs wurde abgelehnt.

In eine Verhandlungspause fiel die Streikdrohung der Handelsangestellten, und so nahm die Sektion Versicherung der GPA wieder Verbindung mit dem Versicherungsverband auf, welcher jedoch sein Angebot nur um 0,2% erhöhte. Daher kam es Mitte Dezember zu einer Betriebsrätekonferenz in Wien-Rudolfsheim (Haus der Begegnung), bei der beschlossen wurde, eine weitere Konferenz im Wiener Radstadion abzuhalten. Dort kam es zu dem Beschluß, ab 8.1. in den unbefristeten Streik zu treten, falls kein seriöses Unternehmerangebot komme. Darüber hinaus wurde praktisch ein Warnstreik durch die Abhaltung einer weiteren Betriebsrätekonferenz an einem Arbeitstag in der Woche darauf beschlossen. Daran nahmen 7.000 Betriebsräte teil.

Im Zuge seiner Einsetzung als Sozialminister griff GPA-Vorsitzender Dallinger insofern in die Verhandlungen ein, als er bereits am 18. Dezember die Verantwortung dafür übernahm, daß ein 6,9%-Angebot des Versicherungsverbandes von der Sektion Versicherungen angenommen werde. Der Sektionsvorstand war jedoch - aufgrund der großen Unzufriedenheit der Versicherungsangestellten, die sich fragten, wozu dann der Warnstreik gut gewesen sei - nicht sofort dafür zu haben. Am 7.1. jedoch wurde die Zustimmung des Sektionsvorstandes gegeben, der ab 8.1. ins Auge gefaßte Streik fand also nicht mehr statt.

Das Ergebnis: 6,9% Gehaltserhöhung bei einem Mindestbetrag von S 600,- monatlich, der für einen Großteil der Gehaltsstufen wirksam wird und in den unteren Stufen Erhöhungen von 7,3 und 7,5% bringt; erst in den höheren Verdienstbereichen (=besondere Bezugsklasse) wird die 6,9%-Erhöhung allein wirksam.

-usb-

Zur Lage der ausländischen Arbeiter

Im letzten "Klassenkampf" (19/8o, November 1980) berichteten wir über die Arbeitsbedingungen und das Lohnniveau (anhand eines Vergleiches mit inländischen Arbeitern in einem Wiener Betrieb der Metallindustrie im Juni 1980) der in Österreich beschäftigten ausländischen Arbeiter. Wir setzen fort und schließen wie folgt:

(s. auch unseren Bericht auf S 2. - Wien: Gründung eines Komitees für die Gleichberechtigung der in- und ausländischen Arbeiter)

Die ausländischen Arbeiter stellen den überwiegenden Teil der Hilfsarbeiter (56%), nur einen geringen Teil der Facharbeiter und gar keine Obermonteure (Poliere und Arbeiter mit Leitungs- und Aufsichtsfunktion). Bei den Facharbeitern liegt der Durchschnittslohn der Ausländer um ca. S 2,- unter den Inländern. Im gesamten Lohndurchschnitt liegen die ausländischen Arbeiter aufgrund unterschiedlicher Qualifikationseinstufungen um ca. S 10,- pro Stunde unter den inländischen Arbeitern.

Ein Teil der Ausländer arbeitet, um den Behördenschikanen beim Antrag auf Beschäftigungs- und Aufenthaltsbewilligung zu entgehen, schwarz zu diedrigsten Löhnen bei zügelloser Ausbeutung. Ein Beispiel: Hilfskraft im Gemüsehandel, ca. 60 Stunden pro Woche, S 1.000,- Wochenlohn.

Die gesetzlichen Grundlagen für die besondere Rechtlosigkeit ist das Ausländerbeschäftigungsgesetz (derzeit geltende Fassung aus dem Jahr 1975) und das Fremdenpolizeigesetz (Fassung aus dem Jahr 1954). Eine Reihe weiterer Gesetze und Verordnungen enthalten jedoch Bestimmungen, welche die politischen Rechte der Ausländer einschränken. So ist etwa nach den gesetzlichen Bestimmungen für die Betriebsratswahlen die Kandidatur ausländischer Arbeiter und Angestellter zu Betriebsratsfunktionen nicht zulässig.

Das Ausländerbeschäftigungsgesetz schreibt vor, daß ein Ausländer nur beschäftigt werden darf, wenn ihm eine Beschäftigungsbewilligung erteilt wurde. Für Ausländer, die seit acht Jahren ununterbrochen in Österreich gearbeitet haben oder die mit einem österreichischen Staatsbürger verheiratet sind, kann ein "Befreiungsschein" ausgestellt werden, der die Beschäftigungsbewilligung ersetzt. Von den 182.000 im August 1980 in Österreich beschäftigten Ausländern verfügten ca. 24.000 über einen solchen Befreiungsschein.

Das Behördenverfahren für die Beschäftigungsbewilligung wird im allgemeinen vom Arbeitgeber durchgeführt, d.h., daß dieser dabei auch Einblick in alle Angaben bekommt, die dabei gemacht werden müssen. Zu diesen Angaben gehört unter anderem: Größe und Ausstattung der Unterkunft, Zahl der Mitbenützer, Benützungsentgelt. Weiters gehört dazu ein ärztliches Zeugnis, in dem bestätigt sein muß, daß "der Ausländer nicht an einer solchen Krankheit leidet oder einen körperlichen Zustand aufweist, wodurch er offensichtlich in seiner Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt ist." (§5, Abs. 2 AuslBG) Ein Ausländer, der durch die kapitalistische Ausbeutung gesundheitlich verschlissen oder durch einen Arbeitsunfall verstümmelt wurde, wird damit auf demütigende Weise durch Entzug der Arbeitsbewilligung aus dem Produktionsprozeß ausgesondert. Für die Kapitalisten sicher ein bequemes Verfahren.

Die Beschäftigungsbewilligung wird längstens für die Dauer eines Jahres erteilt und gilt nur für einen bestimmten Arbeitsplatz. Mit der Kündigung durch den Arbeitgeber verliert die Beschäftigungsbewilligung automatisch ihre Gültigkeit, was die Position der ausländischen Arbeiter gegenüber dem Arbeitgeber beträchtlich schwächt. Die Beschäftigungsbewilligung kann vom Arbeitsamt widerrufen werden, wenn "wichtige Gründe in der Person des Ausländers vorliegen" - eine Formulierung, die jede Auslegung zuläßt. (Sicher kann die Beteiligung an einem Streik oder politische Tätigkeit ein "wichtiger Grund in der Person des Ausländers" sein.)

Das Ausländerbeschäftigungsgesetz enthält weiters Bestimmungen, wonach "im Falle der Verringerung der Arbeitsplätze die Beschäftigungsverhältnisse der Ausländer vor jenen der inländischen Arbeiter zu lösen sind" (§8 Abs. 2a), was bei Kämpfen gegen Entlassungen von vornherein eine Spaltung der Arbeiter in In- und Ausländer bewirken muß. Die Bestimmung, "in einem von Streik oder Aussperrung betroffenen Betrieb dürfen keine Beschäftigungsbewilligungen erteilt werden", nützt dagegen dem Klassenkampf der Arbeiter, weil sie verhindert, daß ausländische Arbeiter aufgrund ihrer Rechtlosigkeit zu Streikbrecherdiensten eingesetzt werden können.

Mit dem Fremdenpolizeigesetz sind eine Reihe von Bestimmungen festgelegt, nach denen gegen Ausländer ein Aufenthaltsverbot ausgesprochen werden kann, mit der Folge einer möglichen Abschiebung. Die Bestimmungen bedeuten durchwegs eine Einschränkung der politischen Rechte der Ausländer. Schon aus dem geringfügigen Grund einer Übertretung von Vorschriften des Paß- oder Melderechtes (z.B. vorübergehend unangemeldet bei Bekannten zu wohnen) oder des Arbeits- und Gewerberechtes ("Pfusch") kann ein Aufenthaltsverbot ausgesprochen werden (§3 Abs. 2a). Eine gerichtliche Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten kann ebenfalls ein Aufenthaltsverbot nach sich ziehen (§3 Abs. 2b). Die politische Betätigung von Ausländern wird eingeschränkt durch die Bestimmung, daß gegen Fremde, "die sich durch Wort und Schrift gegen die Republik Österreich und ihre Einrichtungen betätigt oder eine solche Tätigkeit unterstützt oder gefördert haben", ein Aufenthaltsverbot erlassen werden kann (§ 3 Abs. 2d). Ein weiterer Grund für ein Aufenthaltsverbot ist, daß man keine ausreichenden Geldmittel für den Lebensunterhalt vorweisen kann.

Ein Aufenthaltsverbot kann auf die Familie (Ehegatte und minderjährige Kinder) ausgedehnt werden, ohne daß für diese Familienmitglieder besondere Gründe vorliegen. Im Zusammenhang mit einem Aufenthaltsverbot kann eine "Schubhaft" bis zur Höchstdauer von drei Monaten verhängt werden. Ausländer können "durch zwangsweise Beförderung unter Begleitung von Sicherheitsorganen" abgeschoben werden, "wenn eine Überwachung ihrer Ausreise aus Gründen der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit notwendig erscheint."

Eine ganze Abteilung des Polizeiapparates, die Fremdenpolizei, ist damit beschäftigt, diese besonderen Unterdrükkungsgesetze gegen die Ausländer zu exekutieren. Allein in der Bundespolizeidirektion Wien umfaßt die Fremdenpolizei 27 Beamte, 32 Vertragsbedienstete und 18 Kriminalbeamte. Im Jahr 1978 wurden 146.000 Personen durch das fremdenpolizeiliche Büro erfaßt. Einige Fälle von offensichtlich politisch motivierten Ausweisungen (wie z.B. der Fall des türkischen Arbeiters Erol Sever) wurden in der Öffentlichkeit bekannt und es wurde dagegen ein demokratischer Kampf geführt. Die Strafverfolgungen und Ausweisungen aufgrund des Fremdenpolizeigesetzes betreffen jedoch unmittelbar sehr viele ausländische Arbeiter: 1978 wurden durch die Fremdenpolizei in Wien 968 Aufenthaltsverbote, 702 Fälle von Schubhaft und 730 Abschiebungen exekutiert. 2.732 Strafverfahren nach dem Fremdenpolizeigesetz, 157 Strafverfahren nach dem Paßgesetz, 220 nach dem Meldegesetz und 15 nach dem Grenzkontrollgesetz wurden eingeleitet und dabei Strafgelder in Höhe von 496.135 Schilling eingehoben.

-pkl/Wien -

VOR KOLLEKTIVVERTRAGSVERHANDLUNGEN DER BAU- UND HOLZARBEITER. Bei der letzten Sitzung des Lohnunterausschusses stand auch der Antrag der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter auf Kollektivvertragsverhandlungen für die rund 256.000 Bau- und Holzarbeiter auf der Tagesordnung. Wegen der "volkswirtschaftlichen Bedeutung" wurde dieser Antrag an die große Paritätische Kommission weitergeleitet.
(Nach ÖGB-Nachrichtendienst vom 22.1.81)

LOHNABSCHLUSS FÜR ARBEITER IM GÜTERBEFÖRDERUNGSGEWERBE. Anfang Dezember wurden einer neuer Kollektivvertrag für die Arbeiter im Güterbeförderungsgewerbe von der Gewerkschaft Handel, Transport, Verkehr mit Wirksamkeit 5.1. 1981 abgeschlossen: Die Kollektivvertragslöhne wurden um 6,9% erhöht; eine Neuregelung in der Lohnordnung sieht vor, daß bereits ab dem ersten Dienstjahr jener Stundenlohn gebührt, der nach dem alten Kollektivvertrag erst mit Beginn des zweiten Dienstjahres vorgesehen war.

Außerdem [illegible]de eine neue Lohnkategorie für Berufskraftfahrer, die eine Ausbildung nach dem Gefahrengütergesetz-Straße (GGST) haben und überwiegend zum Transport gefährlicher Güter eingesetzt werden, geschaffen, die eine zusätzliche Erhöhung des Kollektivvertragslohnes bringt. Die Entfernungszulagen wurden ebenfalls erhöht, und für jene Kollegen, die bei der Müllabfuhr verwendet werden, wird eine Schmutzzulage von 10% eingeführt.

Durch eine textliche Änderung des Kollektivvertrages wurde klargestellt, daß nun Entlohnungsformen nach zurückgelegten Fahrtstrecken oder nach der Menge der beförderten Güter in Form von Prämien oder Zuschlägen nur dann statthaft sind, wenn die geleisteten Arbeitsstunden (Stundenlöhne und Überstundenzuschläge) ordnungsgemäß abgerechnet und außerdem die gebührenden Zulagen bzw. Reisekostenentschädigungen gesondert verrechnet werden.
(Nach ÖGB-Nachrichtendienst vom 11.12.80)

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Druck: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Kristijan Schellander, alle 1020, Krummbaumgasse 1/2.

Die folgende Zusammenfassung der Erfahrungen der Oktoberarena/Oktobrski Tabor 1980 und Vorschläge für 1981 wurden von einer Genossin verfaßt, die an den Vorbereitungen der letzten Veranstaltung teilgenommen hat. Zugleich sollte der Artikel Anlaß für eine weitere Ausarbeitung und Konkretisierung der Linie der Kommunisten in der Minderheitenfrage sein.

Oktoberarena/ 1980

Der 11.Oktober 198o liegt nun schon 4 Monate zurück; da ging -nun schon zum 4.Mal- die Großveranstaltung der OA/OT gegen den chauvinistischen Kärntner Landesfeiertag über die Bühne. Die kleineren und größeren Wellen der Aufregung sind nun bereits auch wieder fast geglättet und verschiedene Resumees werden von verschiedenen Seiten gezogen. Sie reichen von Einschätzungen wie daß es"nun bewiesen ist, daß die OA eine kommunistische Veranstaltung ist" (Kärntner Ideologieausschuß der SPÖ, der auf der OA/OT nachgeforscht hat, allerdings ohne mit jemand von den Veranstaltern zu reden oder auch nur die Publikationen der OA/OT zur Hand zu nehmen), bis zu solchen, daß die diesjährige OA/OT eine ziehmlich unpolitische Veranstaltung war, die politischen Inhalte durch die Werbung für Heller und Danzer verdrängt waren, eine -eh schon kennen- Alternativveranstaltung im schlechten Sinne.
Der Vorbereitungsausschuß der OA/OT hat nun leider noch keine einheitliche Einschätzung erarbeitet; auf der Arbeitskonferenz am Tag nach der Veranstaltung wurden erst Eindrücke, spontane Meinungen und Kritiken gesammelt. Ich kann also hier nur meine recht persönlich beschränkte Meinung zur vergangenen OA/OT zum besten geben, weiters einige Anregungen für 1981 machen und letztlich einige Bemerkungen, was denn die Kommunisten in einer solchen Bewegung wie der OA/OT sollen oder wollen.

Nochmals zur Einschätzung der OA/OT

Die OA/OT hat erstmals 1977 in der Nähe von Klagenfurt/Celovec als zweisprachige Veranstaltung gegen die nationalistischen Landesfeiern am 1o.Oktober stattgefunden. Hauptelemente schon dieser ersten Veranstaltung waren die Herstellung einer Aktionseinheit zwischen deutsch-und slowenischsprachigen Kärntnern sowie Freunden der Kärntner Minderheit aus den Bundesländern; Unterstützung der Veranstaltung durch bekannte und weniger bekannte Kulturschaffende; Öffentlichkeitsarbeit und Auseinandersetzung mit sowie in den Kärntner Medien. Die allgemeinen Hauptparolen waren: Gegen den Chauvinismus, für Völkerverständigung und Frieden...
Die hauptsächlichen ideologischen Auseinandersetzungen v.a. im aktiven Kern der Bewegung gingen um Fragen der unmittelbaren und weiteren Ziele der OA/OT und deren Vermittlung in der Kärntner Öffentlichkeit (was sich ausdrückte in der sehr allgemeinen Hauptparole und der damals von KB-Mitgliedern propagierten Losung "Weg mit dem Landesfeiertag am 1o.Oktober!"); Fragen einer guten Strategie und Taktik und einer effektiven Aktionseinheit waren in der OA/OT noch weitgehend ungeklärt.
1978 fand die OA/OT bereits in Klagenfurt statt, zwar noch am Rande der Stadt, mit rund 7oo Teilnehmern. Das war etwa dieselbe Zahl wie im Jahr davor, jedoch war die Zusammensetzung etwas anders: mehr Jugendliche aus aus deutschsprachigen Kreisen, dafür sah man weniger ältere Slowenen. Bei dieser Veranstaltung wurde bereits inhaltlich durch einen Diavortrag auf die Geschichte des 1o.Oktober eingegangen. Nachdem sich gezeigt hatte, daß die OA/OT keine Eintagsfliege war, bildete sich aus der Nachbereitung der Veranstaltung und im Bewußtsein der Bedeutung des "Jubiläumsjahr 198o" eine Gruppe von Leuten heraus, die sich kontinuierlich mit der OA/OT beschäftigten, und zwar v.a. Parteilose sowie Leute aus den linkssozialistischen, christlichen und kommunistischen Organisationen (nicht aus der KPÖ, deren Mitglieder bis 198o nicht teilnahmen).
1979 stand nun bereits ganz im Zeichen der Vorbereitung auf das Jahr 198o. Den inhaltlichen Schwerpunkt bildete die Kritik am Haupthetzer gegen die Kärntner Slowenen, dem Kärntner Heimatdienst(KHD). "Für die Rechte der Minderheit! Gegen den VerRuf der Heimat!Für einen neuen Oktober!" waren und sind nach wie vor Losungen, die sowohl Kritik an der Kärntner Situation als auch positive Ziele des Kampfes um die Rechte der Minderheit treffend zusammenfassen.
1979 ist es der OA/OT erstmals gelungen, in den Medien, v.a. im ORF, z.T. recht positiv erwähnt zu werden. Die Kärntner Medien freilich hetzten (KHD-FPÖ-Hauptvorwurf: titkommunistische Veranstaltung, die dem Kärntner Herzen den geliebten 1o.Oktober herausreißen will), schwiegen tot (SPÖ- nicht einmal einen Beistrich über eine Veranstaltung, bei der immerhin über 1ooo Besucher anwesend waren), oder waren sehr verwirrt (auf einen recht objektiven Bericht folgten rasch einige Hetzartikel).
Die Parole "Für einen neuen Oktober!" gab erstmals einen positiven Rahmen der Ziele der Bewegung an. Schon 1979 hatte der Vorbereitungsausschuß diskutiert, daß es notwendig wäre, nicht nur eine Großveranstaltung um den 1o.Oktober herum zu machen, sondern die ganze Zeit im Oktober zu nutzen, um in Diskussionen und Veranstaltungen über die Kärntner Geschichte , die Lage der Kärntner Slowenen und ihre Rechte zu informieren und so gegen den chauvinismus aufzutreten. 1979 konnten diese Pläne aus Mangel an Zeit und Kräften noch nicht in die Tat umgesetzt werden.

Der Vorbereitungsausschuß arbeitete nun bald an den Plänen für 198o. In diesem Zusammenhang brachte das "Konzept der OA/OT" wesentliche Fortschritte. Eine Rolle spielten damals die Abgrenzungen gegenüber Vorstellungen von einer "Alternativfeier am 1o." einerseits, andrerseits von der Haltung, daß man, da nun einmal der 1o.Oktober ein nationalistischer Feiertag sei, am besten diesen "abwertet", indem man einen neuen Feiertag für Kärnten aufbaut, etwa den 8.Mai oder den 26.Oktober. Erstere Abgrenzung gelang recht gut durch die Auseinandersetzung mit der Landesregierung um die Anerkennung der OA/OT als offizieller Teil der Landesfeiern unter für die Kärntner SPÖ tragbaren Bedingungen (zu diesen Bedingungen s.Fußnote am Ende).
Die Landesregierung lehnte die Bedingungen ab, mußte sie ablehnen und demonstrierte damit recht gut, daß ihr eigener Chauvinismus ihr kaum einen Verhandlungsspielraum läßt. Spielfeld und "Spielwiese" wurde dann das "Wissenschaftliche Symposion" an der Klagenfurter Universität. Hier durften - ganz im Unterschied zum Tenor der pompösen Feiern - auch einige recht gute Beiträge von Wissenschaftlern über den 10. Oktober und die Kärntner Geschichte geliefert werden; hier war ja auch die Kärntner Öffentlichkeit (die angeblich so chauvinistische "Kärntner Volksseele") zum hauptsächlichen Teil ausgeschaltet. Aber sogar mit dieser - gelungenen - Spielwiese der Wissenschaftlichkeit mußte Landeshauptmann Wagner einen kleinen Rückzieher machen: Trat er noch 1978/79 vehement gegen eine "Neubewertung der Jahre 1918-20" auf, so mußte er sich wohl einige solche "Neubewertungen" in Form von Diskussionsbeiträgen am Symposion gefallen lassen. Der KHD, in Form seines Kärntner Geschichtsvereins, verweigerte überhaupt die Teilnahme am Symposion, was ihm auch einige (zaghafte) Kritik einbrachte.

Die zweite Abgrenzung gelang mit Hilfe der durchgeführten Grundsatzdiskussion durch die mannigfaltigen Aktivitäten der OA/OT im Oktober, letztlich auch durch die Veranstaltung am 11. in Klagenfurt/Celovec. Eine offene Auseinandersetzung über diesen Problemkreis wurde der OA/OT mehr oder weniger einen Monat vor der Veranstaltung aufgezwungen durch die Kritik und Aufforderung einiger KPÖ-Mitglieder, die OA/OT nicht am 11. zu machen, sondern den Schwerpunkt auf den 26.Oktober zu legen, an dem auch die Antifa-Komitees Sternfahrten nach Mauthausen organisiert hatten. Ihr Motto: "Nicht der 10. sondern der 26.Oktober ist unser Feiertag". Der Vorbereitungsausschuß lehnte damals eine ausführliche Diskussion und auch eine endgültige Klärung über diese Frage zu diesem Zeitpunkt ab und hielt fest, dies nach den OA/OT-Veranstaltungen gerne durchzuführen.
1980 gelang es der OA/OT, nicht nur eine Großveranstaltung in Klagenfurt/Celovec zu organisieren (rund 3000 Leute); es wurden insgesamt 10-15 Veranstaltungen v.a. im gemischtsprachigen Gebiet Kärntens durchgeführt, auf denen die Ideen der OA/OT verbreitet wurden. Rund 500-1000 Leute wurden dabei angesprochen und viele neue Erfahrungen gesammelt; Abschluß bildete eine Veranstaltung "Minderheiten in Österreich", an der etwa 200-300 Leute teilnahmen.
Es wäre wichtig und nützlich für 1981, wenn genaue Berichte über diese Erfahrungen zusammengetragen und diskutiert würden, denn 1981 wäre es zielführend, gerade auf die Förderung solcher "dezentraler" kleinerer Veranstaltungen den Schwerpunkt zu legen. Ich meine das aus folgenden Gründen:
+ 1981 ist kein "Jubiläumsjahr" wie 1980, an dem Kräfte irgendwo in größerem Maßstab konzentriert werden, der KHD wird wieder die Alltagsarbeit der Feiern bis 1990 übernehmen.
+ Es ist daher wirksamer und effektvoller, "zu den Menschen zu gehen", in ihre Orte und ihre Zentren die Ideen der OA/OT zu tragen, indem mit den lokalen Kräften zusammen verschiedenste Aktivitäten organisiert werden.
+ Wirksamer und effektiver heißt auch, daß mit dieser Methode mehr Menschen für die OA/OT aktiviert werden können als mit der Methode der Organisierung einer weiteren Großveranstaltung.
+Großveranstaltungen um den 10.Oktober herum sollten von der OA/OT eher spärlich eingesetzt werden, sie sind ja nur <u>ein ganz spezielles Mittel</u> in der Erreichung der Ziele der OA/OT: Chauvinismus und Geschichtsfälschungen entgegenzutreten, indem eine breite Öffentlichkeit über den tatsächlichen Gang der Geschichte, die tatsächliche Lage der Kärntner Slowenen und überhaupt der ganzen Kärntner Bevölkerung hergestellt wird.

WAR ES RICHTIG, 1980 EINE GROSSVERANSTALTUNG ZU MACHEN, UND WIE IST SIE EINZUSCHÄTZEN?

Meiner Meinung nach war es 1980 ganz richtig, sich auf eine Großveranstaltung zu konzentrieren. Gründe dafür:

+ 1980 war ein "Jubiläumsjahr", der Konzentration der Kräfte beim offiziellen "Umzug" mußten wir etwas in Klagenfurt entgegensetzen - das war die OA/OT.
+ Schon seit 1978 haben wir richtigerweise auf eine solche Großveranstaltung im politischen Zentrum Kärntens Kurs genommen und sie systematisch vorbereitet. Diese "zentralen" Veranstaltungen haben den Boden dafür bereitet, 1980 bereits etliche "dezentrale" zu organisieren.
+Es ist nützlich und aufbauend, von Zeit zu Zeit (und zu richtigen Zeitpunkten) die demokratischen Kräfte Kärntens, die Freunde der Kärntner Minderheit und Teile der Minderheit selbst an einem Ort zusammenzubringen - es nützt nicht nur den Kärntner Slowenen, sondern vielen anderen demokratischen Initiativen, Gruppen und Bewegungen und schafft punktuell eine demokratische "Gegenöffentlichkeit".

Oktobrski Tabor: einschätzen - 1981 vorbereiten!

Meiner Meinung nach war die Großveranstaltung auch im wesentlichen erfolgreich, d.h. sie hat im wesentlichen ihre Ziele erreicht: Herstellung einer demokratischen Öffentlichkeit anläßlich des 10.Oktober, Förderung des Verständnisses über Geschichte und Lage der Kärntner Slowenen und Solidarität für die Rechte der Minderheiten. Ich sage "im wesentlichen", weil die Hauptschwäche der Veranstaltung - die sehr schlechte Akustik - die Erreichung dieses Ziels doch recht behindert hat. Es gibt noch eine Reihe anderer Kritiken und Schwächen, die ich hier gar nicht aufzählen, geschweige denn auf sie eingehen will. Kurz beschäftigen möchte ich mich noch mit den zwei in der Einleitung benannten Resumees:
OA = kommunistische Veranstaltung bzw.
OA = unpolitische Pop-Veranstaltung.

Ersteres Resumee ist nicht neu: Seit es die OA/OT gibt, gibt der KHD derlei Einschätzungen von sich. Neu ist freilich, daß der "Ideologieausschuß der SPÖ" nun endlich als Resultat einer "Untersuchung" auf dieses Ergebnis kommt. Die "Wissenschaftlichkeit" dieser Untersuchung ist eine Bemerkung wert: belegt wird nämlich das "Ergebnis" mit Zitaten aus Publikationen, die n i c h t von der OA/OT stammen, und mit dem Faktum, daß einige linke Gruppen sowie auch AKW-Gegner, Katholiken, Frauen etc. Standeln gehabt haben und ihre Publikationen vertrieben haben (manchmal freilich etwas aufdringlich). Man könnte ja solcherlei "Resumees" mit einem Witz abtun, wenn sie nicht Auswirkungen haben sollen und haben. Traurig genug, daß nun auf der Nudelsuppe des in Kärnten traditionell starken Antikommunismus nun auch die SPÖ daherschwimmt und versucht, die OA/OT zu denunzieren; und da alte und neue Resentiments gegen "Kommunismus" und "Kommunisten" eben stark sind, zeigt sowas Wirkungen bei Freunden und potentiellen Freunden. Zum Beispiel wird die OA/OT begrüßt, aber irgendwie zum Ausdruck gebracht, daß man ja auch nicht so zufrieden damit sei, daß da Kommunisten mitmachen. So etwas macht natürlich eine Solidarität lau - und das ist wohl Sinn und Zweck solcher "Ergebnisse" von SPÖ-Ideologieausschüssen: Spalten und Uneinigkeit schaffen, bzw. natürlich auch verängstigen.(Ein bestimmter Teil einer bestimmten "Angst" gegenüber "Kommunisten" und "Kommunismus" ist sicherlich auf Fehler und tatsächliche Entwicklungen z.B. in den sogenannten kommunistischen Ländern zurückzuführen). Im Vorbereitungsausschuß selbst wurden auch fallweise (meist aus gegebenem Anlaß) Antworten auf Kommunismus-Vorwürfe diskutiert. Als Grundhaltung hat sich praktisch eher eine "Offensiv-Strategie" ergeben, d.h. die Antworten setzten meist die Ziele der OA/OT den Negativ-Schlagworten entgegen. Und in bezug auf die OA/OT 1980 wissen nun zumindest jene 3000 Teilnehmer, mit welchen Methoden solcherlei Ideologieausschüsse arbeiten. Wir sollten bei der Kärntner SPÖ ernsthaft nachfragen, welche Leute in diesem Ausschuß sitzen - vielleicht findet sich sogar eine Personalunion mit jener Organisation, die seit Jahren dieselben Sachen behauptet, und die im letzten "Ruf der Heimat" die Arbeit dieses Ideologieausschusses als "einzigen Lichtblick" bezeichnet.

Das zweite Resumee wurde meines Wissens ziemlich ausschließlich von engeren Freunden der OA/OT gezogen. Ich bin nicht der Meinung, daß ein solches Resumee über die OA/OT stimmt. Es ist richtig, daß mit Heller und Danzer und den Schmetterlingen und, und,...geworben wurde. Ja aber wozu? Zu einer Veranstaltung, deren Losungen "Zweisprachig in die 80er Jahre, gegen den minderheitenfeindlichen Dreiparteienpakt, für einen neuenOktober" klar und zweisprachig sicht- und hörbar waren. Es stimmt, daß Jugendliche "nur" wegen Heller und Danzer gekommen sind. Ich habe mit einem solchen selbst geredet. Er war den Tag vorher beim Umzug im Kärntneranzug mitgegangen und ist Mitglied einer Unterorganisation des KHD. Ihm hat die OA gefallen, besser als der Umzug, und er hat viel diskutiert. Es sind sicherlich einige solcher Leute zur OA/OT gekommen, v.a. Jugendliche. Die OA/OT 80 war überhaupt schwerpunktmäßig eine Jugendveranstaltung, vom ganzen Programm her. Das hat Vor- und Nachteile, denn die "Alten" sind auch nicht unwichtig. Jedenfalls hat mir die Tatsache, daß wir solche Jugendliche ansprechen konnten und zum Nachdenken und Zuhören motiviert haben, gezeigt, daß der Ablauf der OA/OT schon richtig war.

EINIGE VORSCHLÄGE FÜR 1981

Ich möchte nur zwei grundsätzliche Gesichtspunkte für die Vorbereitung der OA/OT 81 vorschlagen, die nicht besonders neu sind, über die aber noch keine Einigkeit hergestellt wurde; konkrete Pläne gibt es wahrscheinlich in Kärnten bereits genug.

1. Der inhaltliche Schwerpunkt für 1981 sollte auf eine Kernfrage des Minderheitenschutzes gelegt werden: das Volksbildungswesen. Damit meine ich Kindergärten, Pflichtschulen, Berufsausbildung, Höhere Schulen. Da gibt es ja bereits unglaublich viel konkretes Material: Aufarbeitung der Geschichte des Volksbildungswesens in Kärnten, Untersuchungen in Schulen, aktuelle Daten und Beispiele, Vorschläge und Forderungen , etc. All dieses Material, die Aktivisten und potentiellen Mitarbeiter, müßte vom Vorbereitungsausschuß gesammelt, gesichtet und ein inhaltliches "Wunschprogramm" für den Oktober erstellt werden.

2. Organisatorischer Schwerpunkt auf die "dezentralen" Veranstaltungen, Abbau der zentralen Großveranstaltung. Rund 20 (oder mehr?) größere und kleinere Veranstaltungen v.a. im gemischtsprachigen Gebiet, aber auch schon unbedingt Versuche im deutschsprachigen Gebiet. Auch die Leute aus den Bundesländern sollten nicht mehr an einem Tag in Massen anreisen, sondern eher überall dort, wo Freunde sind, auch Veranstaltungen (mit Referenten, Chören, Gruppen etc. aus Kärnten) organisieren. In Klagenfurt/Celovec selbst kann ich mir auch vorstellen, daß nicht eine große, sondern eher 2-3 kleine Veranstaltungen organisiert werden können. Hinter dieser organisatorischen Schwerpunktsetzung steckt der Gedanke, daß es so leichter möglich ist, mehr Leute anzusprechen und ev. auch in Organisationen und Vereine hineinzuwirken, mit denen wir heute noch nicht zusammenarbeiten, die aber wichtig sind: Gewerkschaft, Elternvereine, Schülerverbände, etc.

WAS WOLLEN BZW. SOLLEN DIE KOMMUNISTEN IN DER OA/OT ?

Es wird "den Kommunisten" oft vorgeworfen, daß sie in solchen Bewegungen wie z.B. der OA/OT "nur ihre eigene Suppe kochen" wollen. Nun, daß Kommunisten - falls sie solche wirklich sind - in demokratischen Bewegungen tatsächlich selbständige Aufgaben wahrnehmen und erfüllen sollen, das meine ich, ist durchaus richtig, letztlich fruchtbar für jede demokratische Bewegung und legitim. Diese selbständigen Aufgaben bestimmen sich aus der gesamten Klassenkampfsituation im Land und dem nächsten Ziel, das die Kommunisten haben: eine öffentliche Meinung für die soziale Revolution zu schaffen und die werktätigen Massen dabei zu unterstützen, diese Revolution auch einmal erfolgreich durchführen zu können. Dieses nächste Ziel der Kommunisten ist nun auch kein Dogma, sondern es ergibt sich aus wirklichen Entwicklungen und in gewissem Maß aus einer konsequenten Feindschaft gegenüber Kriegen, die der Imperialismus immer wieder hervorbringt, gegenüber der Ausbeutung durchs Kapital, die ein lebenswertes und menschenwürdiges Leben verhindert, und gegenüber jenen Kräften (Staat, Parteien, etc.), die zum Zweck der Sicherung ihrer Herrschaft unsere Gesellschaftsordnung als die beste aller möglichen hinzustellen versuchen. In diesem Sinne hier einige Gedanken, was unsere "speziellen" Aufgaben in der OA/OT-Bewegung wären:

1. Es ist aus den Prognosen für die 80er Jahre deutlich sichtbar geworden, daß die weitere Wirtschaftsentwicklung nicht besonders rosig einzuschätzen ist, stärkere Krisen als 1975 werden prognostiziert. Schon 1975 schuf die Krise Arbeitslosenraten, die gebietsweise bis zu 10% anstiegen (Kreis Völkermarkt/Velikovec), die übrigens im Gesamtdurchschnitt seither auch kaum zurückgegangen sind. Rechberg/Rebrca war nun ein Beispiel dafür, daß der Chauvinismus dort punktuell überwunden wurde, wo ein Zusammenschluß für die Sicherung von Arbeitsplätzen nötig war. Doch welche negativen Einflüsse hat die Minderheitenkonflikt auf die Kärntner Arbeiterbewegung? Was kann man gegen die sehr schädliche nationalistische Haltung der Kärntner Gewerkschaftsführung tun? Was gegen das - daher verständliche - große Mißtrauen der slowenischen Werktätigen gegen die Gewerkschaft? Eine OA/OT, die die sozialen Fragen,die in den nächsten Jahren wieder brisant werden, ausklammert bzw. nichts dazu zu sagen hat, kann nicht stark sein. Das wäre schlecht.

2. Man muß schon realistisch sehen, daß die Kriege, die sich derzeit noch auf die 3.Welt bzw. Randzonen um Europa konzentrieren, irgendwann einmal auf Europa übergreifen können - Gottvertrauen bzw. Vertrauen auf die beiden Supermächte als "Friedensengel" werden da nichts nutzen. Die Einschätzung des KB ist bekannt, daß wir die SU als derzeit aggressivste Macht einschätzen: Und hier ergeben sich bereits einige Schwierigkeiten und Aufgaben: Gegen die Politik der SU z.B. in der CSSR, in Kampuchea, in Afghanistan, etc. sind in Kärnten bisher zweierlei Arten von Gruppen aufgetreten. Solche, die ich als fortschrittlich bezeichnen würde (einzelne Journalisten verschiedener Parteien, Katholische Verbände, Slowenenorganisationen, KB, Amnesty International etc.) und solche, die ich als extrem reaktionäre Kräfte bezeichnen würde (Faschisten, deren rassistischer Antislawismus sich eben nicht nur gegen Jugoslawien, sondern auch gegen die SU in gewissem Maß richtet,z.B. der KHD, bestimmte FPÖ-Kreise, etc.). Diese scheinbar einheitliche Meinung von reaktionären und fortschrittlichen Kräften stiftet in demokratischen Bewegungen oft Verwirrung. Unsere Aufgabe hier ist es, durch gute Informationen Klärung zu schaffen und die Fronten abzustecken.
Aber nicht nur auf der ideologischen Ebene schafft die internationale Entwicklung

Fortsetzung S.13

Der Kampf der polnischen Werktätigen für wirtschaftliche Forderungen und politische Rechte ist neuerlich in ein schwieriges Stadium getreten. Die Durchsetzung der Zugeständnisse, die die polnische Regierung im Abkommen von Gdansk(Danzig) im letzten August machen mußte ist noch nicht weit fortgeschritten: Die Haltung der polnischen Staats- und Parteiführung schwankt in den letzten drei Monaten zwischen Verhandlungsbereitschaft und offenen politischen und propagandistischen Angriffen auf die Massenbewegung und ihre Führung, die Gewerkschaft "Solidarnosc". Jüngste Konfliktpunkte sind die Einführung der Fünf-Tage-Woche und die Gründung der "Bauernsolidarität", einem Zusammenschluß der ländlichen Massen nach dem Vorbild von "Solidarnosc".

Im Hintergrund dieser Konflikte steht als Bedrohung der ganzen polnischen Nation die sozialimperialistische Sowjetunion, die sich auf eine Invasion in Polen für dne Fall vorbereitet, daß die polnischen Massen ihr die Hegemonie über das Land aus der Hand schlägt.

Polen: Die Soziali

In den letzten Wochen seit Mitte Dezember waren die Entwicklungen in Polen durch vielfältige Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und der Bewegung der polnischen Werktätigen geprägt. Gegenstand dieser Auseinandersetzungen ist nach wie vor die Erfüllung der Abkommen von Danzig zwischen der Regierung und der Führung der damaligen Streikkommitees.

Mitte Dezember hatte es noch so ausgesehen, als würde es Einigung geben: Eine Kommission zur Ausarbeitung eines neuen Gewerkschaftsgesetzes konnte sich auf generelle Abmachungen einigen. Demnach sollte die Hauptaufgabe der Gewerkschaft der Schutz der Rechte und Interessen der Arbeiter sein. Das Streikrecht sollte garantiert werden und zugleich an bestimmte Schlichtungsregelungen gebunden werden. Zwei verbindliche Schlichtungsregelungen und eine freiwillge unter Vorsitz eines Richters (dessen Beschluß letztlich verbindlich sein sollte) hätten garantiert, daß die polnischen Werktätigen ihr Recht auf die Verteidigung ihrer sozialen Interessen wahrnehmen können und daß zugleich die Regierung gezwungen wäre sich mit den Forderungen der Massen auseinanderzusetzen. Ferner räumt dieser Entwurf den freien Gewerkschaften das Recht auf Stellungnahme zu allen Gesetzen ein, andrerseits sollten die Arbeiter aber nicht die Betriebe selbst verwalten, um die Verantwortlichkeit der Betriebsleitungen nicht zu schmälern. Diese Regelung hätte den polnischen Werktätigen wesentlich mehr gewerkschaftliche Rechte als bisher eingeräumt, zugleich jedoch die Möglichkeit geboten soziale und gewerkschaftliche Konflikte im innerpolnischen Rahmen zu lösen, soweit sie auf die Forderung der Werktätigen eingehen.

Schon damals war aber die Regierung offensichtlich nicht bereit, irklich auf die Forderungen der Arbeiter einzugehen. Sie lehnte die gleichzeitig erhobene Forderung nach vier Regimekritikern ab.

Seither hat die polnische Partei- und Staatsführung ihren Kurs eher verschärft. die Forderungen nach Gewerkschaftsfreiheit sind noch immer nicht Gesetz. Dagegen wurde die Zensur neuerlich verschärft. Das angekündigte Zensurgesetz liegt noch immer nicht der Öffentlichkeit vor. Auch die angekündigte öffentliche Diskussion über die Reform der polnischen Wirtschaft fand bisher nicht statt. Und zuletzt waren es eben die Frage der Fünf-Tage-Woche bzw. des freien Samstags sowie die "Bauernsolidarität", bei der sich die bürgerlichen Führer in Polen den berechtigten Forderungen der Massen widersetzte. Zu allem Überdruß mehren sich in den letzten Wochen Stellungnahmen von seiten der Parteiführung wie jene Kanias, der die Führer und Organisatoren der "Bauernsolidarität" pauschal zu "Konterrevolutionären Kräften" erklärte. Er stieß damit in genau dasselbe Horn wie die sozialimperialistischen Oberherren Polens schon seit Wochen.

Ganz offensichtlich erlangen innerhalb der polnischen Führung wieder jene Scharfmacher die Oberhand, die es am liebsten sehen würden, daß die Sowjetunion lieber heute als morgen mit diesem "Spuk" in Polen Schluß macht. Leute wie Wronski, ein ZK-Mitglied treten jetzt wieder auf dem Plan und ergehen sich in der "Prawda" in Angriffen auf die Volkesbewegung und die Gewerkschaft "Solidarnosc", die von "antisozialistischen Elementen" durchsetzt sei sowie in Bekenntnissen zum "unerschütterlichen Bruderbund" mit der Sowjetunion. Heute stellt sich heraus, daß die Aufnahme von Parteifunktionären wie dem Gdansker Sekretär Fiszbach eher der Versuch waren, die Volksbewegung auf "gütlichem" Weg einzudämmen, als deren Forderungen ernsthaft zu erfüllen.

Diese Aktionen zeigen die ganze Widersprüchlichkeit auf, in der die polnische Bourgeoisie heute steckt: Auf der einen Seite entstand für sie die Hoffnung im Windschatten der polnischen Massenbewegung ihre Abhängigkeit von den Sozialimperialisten etwas lockern zu können. Zum anderen läßt es ihre prinzipielle Gegnerschaft zu den gewerkschaftlichen und demokratischen Forderungen nicht zu, der Bewegung voll nachzugeben. Das würde letztlich auch ihre eigene Herrschaft in Frage stellen. Prompt bekamen sie die Rechnung für ihr Zurückweichen von den Forderungen der Arbeiterklasse präsentiert: Bei einer COMECON-Ratstagung wurde die polnischen Delegation regelrecht"vorgeführt". Und als die polnische Regierung bei ihren sozialimperialistischen"Brüdern" über vermehrte Erdgaslieferungen ansuchte, kppelten diese ihre Zusage an einen 700-Millionen-Dollar Kredit, der zu einer neuerlichen Verschuldung Polens an die Sowjetunion beiträgt.

Diesem Schwanken der polnischen Bourgeosie steht heute auf Seiten der Gewerkschaft "Solidarnosc" eine Politik gegenüber, die neben der Erfüllung der gewerkschaftlichen und politischen Forderungen der polnischen Arbeiterbewegung - als ihr derzeitiges Hauptziel - auf die nationale Unabhängigkeit des Landes bedacht ist. Mehrmals erklärte der Vorsitzende von "Solidarnosc", daß die Gewerkschaft an einer Lösung der wirtschaftlichen Probleme "ohne äußere Einmischung" anstrebe. In der praktischen Politik ist sie auch bereit im Interesse der nationalen Einheit Kompromisse einzugehen. So zeigte sie sich ursprünglich bereit, nicht auf der sofortigen Erfüllung der Forderung nach allen freien Samstagen zu beharren und beschränkte sich vorerst darauf, daß nur an einem Samstag - bisher drei - gearbeitet werden sollte. Die Regierung hat nicht einmal dieser reduzierten Forderung zugestimmt.

Die polnische Gewerkschaft liegt mit ihrer Politik durchaus richtig, sieht man, wie sich die eigentlichen Herren des Landes, die Sozialimperialisten auf eine militärische Intervention des Landes vorbereiten:

- Militärisch hat die Sowjetunion ihre Truppen an der gemeinsamen Grenze zu Polen auf 33 Divisionen aufgestockt. Weitere fünf Divisionen sollen in die DDR verlegt worden sein.
- Immer wieder erscheinen in den sowjetischen Zeitungen Artikel, in denen auf Aktivitäten eines "antisozialistischen Abschaums" in Polen hingewiesen wird, der eine "neue politische Regierung vorbereite", einen "faschistischen Putsch" im Auftrag des "internationalen Imperialismus". Damit sind verschiedene Oppositionskräfte wie das "Komitee für die gesellschaftliche Selbstverteidigung" (KOR) gemeint. Offen wird in diesem Zusammenhang auf die sozialimperialistische Okkupation der CSSR 1968 verwiesen, wo es gelungen sei, die Übernahme der Macht durch solche Kräfte zu verhindern. Gleichfalls mit deutlichem Hinweis auf diese Okkupation werden immer wieder angebliche "Kräfte" in der polnischen Arbeiterpartei berufen, die über diese Entwicklung besorgt seien. Um solche subversiven Aktionen zu "beweisen", schrecken die sozialimperialistischen Medien nicht vor offenen Lügen zurück: So log z.B. die TASS einen Produktionsstillstand in einer Fabrik in Bielec, der durch einen Stromausfall hervorgerufen wurde, in eine subversive Aktion "antisozialistischer Kräfte" um.
- In bewährter - und bekannter - Manier stellen die sowjetischen Medien einen Zusammenhang zwischen den Aktivitäten der Gewerkschaft "Solidarität" und den Aktivitäten des US-Imperialismus her: So richtete die TASS am 11. Jänner aus Anlaß des Streiks um weitere freie Samstage für die polnischen Werktätigen die deutliche Warnung an Walesa, die polnische Wirtschaft mit solchen Streikaktionen nicht ins Chaos zu treiben und fügte gleich hinzu, daß solche Aktionen nur auf dem Hintergrund der antisozialistischen Subversion des US-Imperialismus möglich seien. Man ist dabei an die Konstruktion erinnert, die die Sozialimperialisten bereits 1968 verwendeten, um ihre Unterdrückung der tschechoslowakischen Volksmassen zu rechtfertigen.
- Ähnliche Aktionen, wie sie seit Anfang Dezember aus der Sowjetunion bekannt wurden, werden in den beiden Nachbarländern Polens - der DRR und der CSSR - gesetzt. Sowohl verschiedene Pressekampagnen gegen die polnische Gewerkschaftsbewegung wie auch Verschärfungen in der DDR und der CSSR im gemeinsamen Reiseverkehr dienen der Verschärfung des Nervenkrieges gegen Polen und damit der Vorbereitung einer Intervention in Polen durch Truppen des Warschauer Paktes.

Es ist nicht allzu schwer hinter die Gründe zu kommen, die die Sozialimperialisten zu solchen und ähnlichen Aktionen treiben. Die Bewegung des polnischen Volkes hat den Sozialimperialisten deutlich gezeigt, daß ihre eigenen Interessen gefährdet sind. Immerhin handelt es sich bei Polen um das volkreichste und wirtschaftlich stärkste Land im sowjetischen Herrschaftsbereich - sieht man von der Sowjetunion selbst ab. Mit 35 Millionen Menschen hat Polen mehr Einwohner als die RGW-Länder CSSR, Bulgarien und Ungarn zusammen. Wirtschaftlich gehört das Land zu den reichsten Industrieländern der Welt. V.a. aber liegt die militärstrategische Bedeutung Polens für die Sozialimperialisten auf der Hand. Seine Lage auf dem Weg zwischen Rußland und Westeuropa machte das Land nicht nur in der Geschichte schon mehrmals zu einem militärischen Durchmarschgebiet (von Napoleon bis Hitler) es wird auch in einem Dritten Weltkrieg dieselbe Bedeutung haben. Diesmal als Durchmarschgebiet und Hinterland für die sowjetischen Truppen in der DDR. Die sowjetische Militärzeitung "Roter Stern" hat diese Tatsache im Zusammenhang mit den Kämpfen der polnischen Massen bereits angedeutet, als sie angesichts einer Streikdrohung der polnischen Eisenbahner schrieb, daß eine solche Aktion nicht nur "die Verteidigungsinteressen der VR Polen, sondern auch den sowjetischen Transitverkehr durch Polen" stören würde!

Darüber hinaus steht aktuell für die Sozialimperialisten noch mehr auf dem Spiel. Die konsequente Durchsetzung demokratischer Forderungen des polnischen Volkes bis hin zur Umwälzung der herrschenden gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in Polen wäre mit einer zunehmenden Unab-

POLEN

mperialisten spekulieren mit Invasion

hängigkeit Polens vom sozialimperialistischen Einflußbereich gleichzusetzen. Ganz zu schweigen von möglichen beispielhaften Wirkungen auf andere Länder Osteuropas und die Völker in der Sowjetunion selbst.

Wenn auch die polnische Massenbewegung derzeit eine gewerkschaftliche ist, die ihre politischen Forderungen in erster Linie aufstellt, um die wirtschaftlichen besser durchsetzen zu können - und keine umfassend politische Bewegung im eigentlichen Sinn, die sich die Umwälzung der politischen Verhältnisse in Polen zum Ziel setzt - so sind solche Entwicklungen in Polen durchaus angelegt. Dabei sind es nicht nur die politischen Forderungen wie jene nach Streik- und Versammlungsfreiheit, die den Sozialimperialisten Sorge bereiten müssen. Es ist auch der zunehmende Zusammenschluß aller Klassen und Schichten Polens im Kampf, wie er sich in der Zusammenarbeit zwischen "Solidarnoŝc" und der"Bauern - solidarität" ausdrückt. Es ist die Organisierung anderer Teile des polnischen Volkes wie die der Taxifahrer, der Studenten etc. Und nicht zuletzt ist es der wachsende polnische Nationalismus, der sich bisher am deutlichsten bei der Enthüllung jenes Denkmals in Gdansk gezeigt hat, das zum Gedenken an die ermordeten Arbeiter von 197o errichtet wurde.

Besonders dieser Nationalismus kann zu einem einigenden Faktor für die polnischen Werktätigen gegen die sozialimperilistischen Oberherren werden. Dieser polnische Nationalismus hat tiefe geschichtliche Wurzeln und reicht auf die Besetzung Polens durch das zaristische Rußland bis zum 1.Weltkrieg zurück. Und auch heute können jene, die Gelegenheit haben, mit den Menschen in Polen zu reden, feststellen, daß dieser Nationalismus im Anwachsen ist und sich in zunehmendem Maß gegen den großrussischen Chauvinismus richtet. Zwar gelingt es heute noch reaktionären Kräften wie der katholischen Kirche sich als Träger die Nationalismus aufzuspielen und hat streckenweise durchaus chauvinistische Züge. Auch gibt es heute noch keine Organisation, die in Polen, diesen Nationalismus als Programm der nationalen Unabhängigkeit Polens massenhaft und konsequent vertreten könnte. Es ist baer klar, daß die Sozialimperilisten eine solche Entwicklung fürchten müssen wie der Teufel das Weihwasser, besonders dann wenn sich diese natior listische Strömung mit den Forderung nach politischen Rechten für das gesamte polnische Volk verbindet.

Daß sich derzeit noch keine nationale Bewegung Polens zur Befreiung vom sozialimperialistischen Joch herausgebildet hat, ist sicherlich ein wichtiger Grund dafür, daß die Sozialimperialisten sich derzeit auf die Drohung mit der Intervention beschränken und noch nicht danach handeln. Es deuten heute noch andere Tatsachen darauf hin, daß die Sozialimperialisten mit mehr Schwierigkeiten rechnen müssen, als dies 1968 in der CSSR der Fall war:

+ Derzeit ist die sowjetische Armee sicherlich noch nicht in der Lage eine Okkupation durchzuführen. Zwar wurden in den letzten Wochen und Monaten die Truppen an der polnisch-russischen Grenze auf 33 Divisionen(rund 500.000 Mann) verstärkt und zusätzliche Truppen in die DDR verlegt. Aber selbst diese große Zahl von Truppen dürfte nicht ausreichen um Polen wirklich besetzen zu können. 1968 "genügten" 100.000 Mann zur Besetzung der CSSR. Polens Territorium ist aber um das doppelte größer und v.a. müssen die Sozialimperialisten mit mehr militärischen Widerstand rechnen als vor 13 Jahren. 35 Millionen Polen hätten für die Russen "35 Millionen Molotow-Coktails bereit", fomulierte das ein polnischer Journalist. Von den militärischen Vorbereitungen her dürfte daher eine Invasion Polens nicht vor einem halben Jahr wahrscheinlich sein.

Bei der Tagung des Warschauer Paktes Anfang Dezember vorigen Jahres wurde der polnischen Parteiführung seitens der Sozialimperialisten, das "volle Vertrauen" für die Bewältigung der inneren Probleme Polens ausgesprochen. Nach dieser Gipfelkonferenz wurde jedoch von sowjetischen Truppenkonzentrationen an der polnisch-sowjetischen Grenze berichtet. Ein sowjetisches onderkommando wurde errichtet und andere wichtige Maßnahmen für eine Invasion in Polen wurden eingeleitet.



Die Karte zeigt deutlich die militärstrategische Rolle, die Polen für die Sozialimperialisten hat.

Würde durch den Kampf der polnischen Volksmassen der Einfluß der Sozialimperialisten empfindlich geschwächt, wäre den Sozialimperialisten der Zugang zu den strategisch wichtigen Gebieten der BRD und dem Atlantik weitgehend versperrt.

Bis jetzt sieht es allerdings nicht so aus. Als etwa am 24. Jänner die Regierung noch immer zu keinen Zugeständnissen in Sachen Arbeitszeitverkürzung bereit war, rief "Solidarnoŝz" zu einem Streik an diesem Samstag, der in weiten Teilen des Landes befolgt wurde, auf. Eine Weiterentwicklung der Arbeiter- und Volksbewegung um die Erfüllung der Forderung von Gdansk ist demnach auch die einzige Möglichkeit, die den polnischen Massen heute zur Verfügung steht, um eine echte Verbesserung ihrer Lebenslage und mehr politische Rechte zu erreichen. Dabei wird ihnen und ihrer Führung "Solidarnoŝz" sicherlich zugute kommen, daß die eigentlichen Herren des Landes, die Sozialimperialisten, nicht direkt und v. a. militärisch intervenieren können.

Und dennoch ist die Volksbewegung mit einem komplizierten Problem konfrontiert, das sich gleichfalls aus der sozialimperialistischen Bedrohung ergibt. Angesichts dieser Bedrohung sind auch die Führer der Gewerkschaften gezwungen, trotz aller hartnäckigen Weigerung der polnischen Partei- und Staatsführung nicht alle Brücken zu dieser abzubrechen. Eine Spaltung der polnischen Nation, die heute von der PVAP-Führung betrieben wird, würde letztlich nur den Sozialimperialisten nützen. So ist z.B. auch die "allzu" kompromißbereite Haltung der freien Gewerkschaften in verschiedenen Fragen zu verstehen. So müssen auch die Versuche Walesas verstanden werden, überall dort Streiks und Aktionen einzuschränken, wo die Kraft der Bewegung verpuffen würde, ohne sie ihrem Ziel näher zu bringen. Angesichts der schlechten Wirtschaftslage Polens wären solche"ungezielten" Aktionen letztlich Wasser auf die sozialimperialistischen Mühlen.

Es ist heute noch nicht abzusehen, ob den polnischen Massen ihr Vorhaben gelingen kann. Ist dies jedoch der Fall, so hätte dies große Bedeutung für die Arbeiterklasse ganz Osteuropas und letztlich für die Völker der Welt: Damit wäre der praktische Beweis erbracht, daß der Kampf

Derzeit können die Sozialimperialisten nur hoffen, daß sich die Bewegung in Polen "totläuft". Gelänge es der polnischen Staatsführung ohne nennenswerte Zugeständnisse an die polnischen Massen der Bewegung in Polen die Spitze abzubrechen, so entspräche dies am ehesten den heutigen Interessen und heutigen Möglichkeiten der sozialimperialistischen Supermacht.

+ Zusätzlich hätte ein polnischer Widerstand noch wietere militärische Konsequenzen für die Sowjetunion. Obwohl man heute einen solchen militärischen Konflikt noch nicht abschätzen kann, so steht eines fest: würden die Sozialimperialisten in einen Kleinkrieg mit dem polnischen Widerstand verwickelt werden, so wären auch die Verbindungswege in den Westen - v.a. zur DDR in Gefahr.

+ Ein weiterer Faktor, der die Sozialimperialisten sicherlich vor einer Invasion in Polen zurückschrecken läßt, dürften die zahlreichen inneren Schwierigkeiten sein, in denen die Sozialimperialisten heute stecken. Nicht nur Volksbewegungen wie die der estischen Schüler, sondern auch Produktionsrückschläge und Wirtschaftskrisen, wie sie Breschnew erst kürzlich eingestehen mußte, würden sich durch eine Invasion eher verschärfen.

+ Nicht zuletzt müßte die Sowjetunion mit einer zunehmenden Isolierung in internationalem Maßstab rechnen. Dabei wäre vielleicht weniger mit Aktionen seitens der USA oder den westeuropäischen Imperialisten zu rechnen (bei diesen ist es fraglich , ob sie ihre "guten" wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion aufs Spiel setzen), als vielmehr durch eine Reihe von Ländern der Dritten Welt. Eine solche Entwicklung wäre aber gleichbedeutend mit einem Verlust wesentlicher Einflußgebiete für die östliche Supermacht.

Alle diese Faktoren führen zu einer Situation, die für die Sozialimperialisten in den letzten 10 Jahren ziemlich neu ist: Sie sind gezwungen einer Entwicklung im eigenen Einflußbereich zuzusehen, die sich zu einer Gefahr für ihre Hegemoniepläne ausweiten kann, sie können jedoch nur in beschränktem Maß unmittelbar eingreifen ohne sich beträchtliche Schwierigkeiten einzuhandeln

um gewerkschaftliche und demokratische Rechte in einem vom Sozialimperialismus unterdrückten Land eine wesentliche orausetzung für den Kampf gegen den sozialimperialistischen Hegemonismus sein kann.(Z-wik)

Solidarität mit Kampuchea oder Kapitulation

Seit Dezember 1978 steht das kampucheanische Volk in einem erbitterten Kampf gegen die vietnamesischen Okkupanten, in dem es um das physische Überleben der kampucheanischen Nation geht. Zwei vietnamesische Trockenzeitoffensiven sind gescheitert, die dritte Trockenzeit seit Beginn des vietnamesischen Überfalls begann vor fast zwei Monaten. Die militärischen Kräfte des kampucheanischen Volkes haben sich nach anfänglichen schweren Verlusten konsolidiert und wachsen. Es ist eine Situation des strategischen Gleichgewichts eingetreten, in der Vietnam das Demokratische Kampuchea militärisch nicht mehr besiegen kann, aber noch stark genug ist, Teile des Landes - vor allem Städte und Überlandstraßen - besetzt zu halten. Neben der relativen militärischen Niederlage mußte Vietnam außenpolitisch Niederlagen einstecken: Trotz größter Anstrengungen Vietnams und seiner Hintermänner, der SU, ist das Heng Samrin-Regime von Hanois Gnaden international im wesentlichen isoliert.

Der vietnamesischen Aggression ging ein jahrelanges politisch-ideologisches Trommelfeuer gegen das Demokratische Kampuchea voraus. Eröffnet wurde es vom US-Imperialismus und zuguterletzt von der sozialimperialistischen SU und Vietnam verstärkt und als ideologische Grundlage der militärischen Aggression genommen.

Während des Kriegs des US-Imperialismus gegen die Völker Indochinas entwickelte sich auch in Österreich eine Bewegung zur Unterstützung dieser Völker, in der weit mehr Kräfte agierten, als die revisionistische KPÖ mobilisieren konnte. Doch heute sind jene Kräfte, die in unserem Land politisch gegen die Aggression Vietnams auftreten können, zahlenmäßig viel schwächer als die 1975 gegen den US-Imperialismus mobilisierten Kräfte, als der letzte US-Soldat aus Indochina hinausgeworfen wurde. Und gewissermaßen als Draufgabe sind diese Kräfte auch noch äußerst zersplittert. Woher kommt es zum Beispiel, daß sich unsere Organisation im letzten [illegible] in der Frage der Solidarität mit Kampuchea auf Artikel im "Klassenkampf" beschränkte? Wieso waren wir selbst 1979, als der KB noch nicht gespalten war, nicht in der Lage, auch nur ansatzweise eine Solidaritätsbewegung für das Demokratische Kampuchea aufzubauen? Hatten wir ein "schlechtes Gewissen"? Hatten wir Angst vor der Öffentlichkeit? Sind wir einfach "dem ideologischen Druck der Bourgeoisie unterlegen"?

Daß wir noch keine organisierte Öffentlichkeitsarbeit zur Verteidigung Kampucheas gegen die vietnamesische Aggression geleistet haben - das ist nun einmal eine Tatsache, um die wir uns nicht herumdrücken können und auch nicht herumdrücken wollen. Es ist eine unentschuldbare Tatsache. Daß der KB nach zwei Abspaltungen im Vorjahr nur einen Bruchteil jener Kräfte umfaßt, die ursprünglich den Kern einer Solidaritätsbewegung für Kampuchea hätten bilden sollen und müssen; daß im Gefolge dieser Abspaltungen der KB fast zur Gänze allein einen Schuldenberg abzutragen hatte, der aus der Zeit vor den Abspaltungen stammte; daß als Resultat dieser Abspaltungen und der großen finanziellen Belastung der Genossen die Moral der Genossen einen Tiefpunkt erreicht hatte - das alles sind wichtige Gründe dafür, daß wir im letzten Jahr in der Öffentlichkeit keinen Beitrag zum Kampf gegen die vietnamesische Aggression geleistet haben, daß auf unserem Kampuchea-Spendenkonto noch kein namhafter Betrag liegt. Es sind wichtige Gründe, aber noch nicht einmal entscheidende Gründe. Denn sie sagen nichts über unser Versagen in der Solidaritätsarbeit für das Jahr 1979 aus. Sie sind letzten Endes Resultat tieferliegender Gründe.

Anfang 1980 gab es in der Organisation solche Kräfte, die den kampucheanischen Widerstandskampf als Kampf zur Verteidigung sozialistischer Errungenschaften betrachteten und vergangene Übergriffe und Fehler von Regierung und Partei des Demokratischen Kampuchea leugneten; dann wieder solche Kräfte, die aufgrund dieser Übergriffe und Fehler soweit gingen, daß sie die Existenz einer führenden Kraft in diesem Widerstandskampf leugneten; und es gab Kräfte, die trotz aller vergangenen Fehler es für notwendig und möglich hielten, das Demokratische Kampuchea gegen den vietnamesischen Aggressor zu unterstützen, ohne deshalb alle Ereignisse der Jahre 1975-78 kritiklos zu verteidigen. Diese grundverschiedenen Auffassungen hatten sich bereits 1979 herauszukristallisieren begonnen und waren eingebettet in einer ganzen Reihe von widersprüchlichen Auffassungen, Zweifeln und Unsicherheiten in verschiedenen Fragen, die letzten Endes zum Zerfall des alten KB führten, ohne deshalb auch nur eine einzige Frage wirklich zu klären.

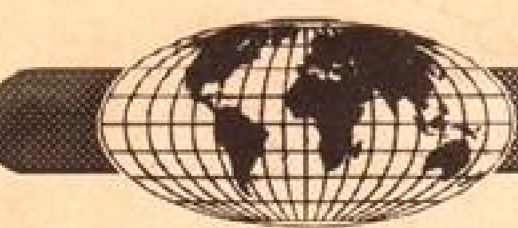


Eine Guerrilla-Einheit der Armee des Demokratischen Kampuchea

Somit beruht unser Versagen in der Kampuchea-Frage darauf, daß die Organisation insgesamt nicht richtig begriffen hatte, wen bzw. was es in diesem Widerstandskrieg zu verteidigen gilt, bzw. hatten wir eine falsche - oder besser gesagt: keine einheitliche - Einschätzung bezüglich der historischen Etappe, in der sich die kampucheanische Gesellschaft befand. Das ehrliche Zugeben von Übergriffen und Fehlern, die beträchtliche Opfer gekostet hatten, sowie die strategische Neuorientierung (wie sie von der Regierung des Demokratischen Kampuchea im September 1979 im "Entwurf des politischen Programms der patriotischen und demokratischen Front der grossen nationalen Einheit Kampucheas" dargelegt wurde), mußte daher angesichts dieser Unklarheiten und Unsicherheiten bei den einen die Fragezeichen in ihren Köpfen vergrößern und bei anderen falsche Schlüsse aufkommen lassen. Diese Ehrlichkeit und Offenheit der Regierung des Demokratischen Kampuchea und die von ihr gezogenen Folgerungen aus vergangenen Fehlern haben die Vereinheitlichung des Kampfes gegen die vietnamesischen Aggressoren ein gutes Stück weitergebracht - der KB war aber damals nicht in der Lage, diese Ehrlichkeit und Offenheit dafür zu nutzen, um aus den Fehlern unserer politischen Vergangenheit die für die politische Arbeit in Österreich notwendigen Schlüsse zu ziehen.

Kurz nach Beginn der Invasion Kampucheas hatte der KB in Wien eine Demonstration veranstaltet, gab es eine Solidaritätsveranstaltung, auf der auch ein kampucheanischer Patriot sprach, wurde ein Kampuchea-Komitee zu initiieren versucht. Wir gingen also von der an sich richtigen Vorstellung aus, daß erstens der Widerstandskampf Kampucheas propagiert werden muß, und daß zweitens zu diesem Zweck unter anderem ideologische Arbeit unter den Massen geleistet werden muß. Um den zweiten Punkt zu erfüllen, hätten wir aber vorher uns selbst entsprechende Klarheit verschaffen müssen, verschiedene Fragen aufwerfen und ihnen auf den Grund gehen und somit Unklarheiten beseitigen müssen. Wir hätten uns also durch selbständige Untersuchung mit dieser Frage beschäftigen müssen, und zwar nicht erst seit Dezember 1978, sondern schon beträchtliche Zeit vorher. Und genau das haben wir nicht getan. Wir haben nacherzählt, was uns geeignet erschien, "um Kampuchea zu verteidigen", haben bereits aufgebrochene Widersprüche ignoriert oder beiseitegewischt. Die bürgerliche Propaganda wurde in jeder Detailfrage "als Lüge entlarvt". Und wie sie doch tatsächlich gelogen hatten, die Herren der Welt vom Weißen Haus bis zum Roten Platz! Da gab's Fotos über "brutale Niedermetzelung von Gegnern Pol Pots" durch Khmer Rouge, die sogar von einigen bürgerlichen Journalisten als Fälschungen erkannt wurden. Oder die Praktiken des CIA in thailändischen Flüchtlingslagern, wobei dem CIA genehme Aussagen von kampucheanischen Flüchtlingen gemacht wurden, die nachweislich Lügen gegen Geld oder ein Visum in die USA eintauschten. Dann gab's schließlich noch "die drei Millionen Opfer Pol Pots", die am häufigsten kolportierte Lüge.

Als sich dann herausstellte, daß tatsächlich im Zusammenhang mit der Evakuierung Phnom Penhs und anderer Städte Menschen ums Leben gekommen waren, Familien auseinandergerissen wurden, viele Stadtbewohner die harte Feldarbeit physisch nicht durchstanden und an Erschöpfung starben, da waren wir nicht einmal ansatzweise in der Lage, in der bürgerlichen Berichterstattung zu erkennen, was Lüge ohne Grundlage und was bombastische Aufbauschung tatsächlicher Ereignisse war. Vor allem aber hatten wir die Intentionen des Sozialimperialismus im südostasiatischen Raum, die viele Jahrhunderte existierenden Widersprüche zwischen Vietnamesen und Khmers (die der Sozialimperialismus ausnützen konnte) unterschätzt. Indem wir uns also nicht selbst durch gründliches Studium der Widersprüche in Indochina bzw. der Widersprüche zwischen dem Imperialismus (insbesondere der Supermächte) und Indochina und des Zusammenwirkens dieser beiden Arten von



vor den Fehlern der Vergangenheit

Im Juli 1979 ist der ehemalige Vorsitzende der vietnamesischen Nationalversammlung und Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Vietnams, Genosse Hoang Van Hoan, ein enger Mitarbeiter des verstorbenen Präsidenten Ho Chi Minh, in die VR China geflüchtet und hat in mehreren Presseerklärungen die Unterwerfung Vietnams unter die Sowjetunion angeprangert und die Politik der herrschenden Le-Duan-Clique verurteilt (vgl. Klassenkampf Nr. 31/79).

Im Herbst 1980 ist der ehemalige Justizminister der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams Truong Nhu Tang aus Vietnam geflohen. Er hielt sich zuerst in Paris auf und ist jetzt, auf Einladung von Genossen Hoang Van Hoan und des chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang, in der Volksrepublik China, wo er mit Vertretern der nach China geflüchteten Vietnamesen, mit Vertretern des kampucheanischen und laotischen Widerstands sowie mit Mitgliedern der chinesischen Regierung zusammentraf. Nach seiner Rückkehr aus China erklärte er in Paris vor der Presse:

In nächster Zeit wird ein "Komitee zur Rettung der Nation" gegründet werden, das "alle Strömungen zusammenschließt, die mit dem diktatorischen Regime Hanois gebrochen haben; die Türe steht allen offen, die gegen den herrschenden Totalitarismus kämpfen wollen." Truong Nhu Tang ist für den Zusammanschluß aller, auch derer, die früher gegeneinander gekämpft haben, "denn heute geht es um eine Sache unter Vietnamesen, nicht mehr um einen Krieg einer fremden Macht."

"Wir suchen die Hilfe aller Länder, die gegen den sowjetischen Hegemonismus und gegen den Regionalhegemonismus von Hanoi kämpfen, darunter auch die Hilfe Chinas. Unser erster Freund ist China, unter den gegebenen Umständen zählen wir aber auch auf die Hilfe der USA, Japans und Europas. Die USA sind der Schlüssel, um mit den ASEAN-Staaten (Indonesien, Malaisya, Philippinen, Singapur, Thailand) und insbesondere mit Thailand in Kontakt zu kommen." Eine erste wichtige Aufgabe wird es sein, die zahlreichen Flüchtlinge bzw. auch Deserteure aus der vietnamesischen Armee in den südostasiatischen Staaten bzw. in den von den Widerstandskämpfern befreiten Gebieten von Laos und Kampuchea zu sammeln unter der Fahne von "Vaterland und "Freiheit". Truong hat jedenfalls die Absicht, nach Südostasien zurückzukehren, um für den Aufbau einer Einheitsfront für nationale Unabhängigkeit und Demokratie zu arbeiten. Sein Ziel ist jenes, für das schon die FNL (Nationale Befreiungsfront Südvietnams) und die Provisorische Revolutionäre Regierung, in der er Mitglied war, gearbeitet haben: nationale Unabhängigkeit aller Völker Indochinas, Demokratie, Frieden durch Vertreibung aller Imperialisten.

Truong Nhu Tang erklärte, er steht in Verbindung mit der FULRO, der Befreiungsfront der Bergstämme des vietnamesischen Hochlandes, die schon seit Jahren bewaffneten Widerstand gegen das prosowjetische Regime in Hanoi führen, mit der für die Unabhängigkeit von Vietnam kämpfenden laotischen Opposition sowie mit allen für die nationale Unabhängigkeit eintretenden Kräften Kampucheas: mit der Regierung des Demokratischen Kampuchea, mit Prinz Sihanouk sowie mit den "Khmer Serei" unter der Führung Son Sanns.

Truong unterstrich, daß die Befreiung Indochinas von den Vorherrschaftsgelüsten der Le-Duan-Clique und ihrer sowjetischen Oberherren eine Aufgabe ist, zu deren Erfüllung viele Jahre notwendig sein werden. Zur Unterstützung durch die VR China sagte Truong: "Die Chinesen haben uns bedingungslos Hilfe versprochen. Wir wollen aber vor allem auf unsere eigenen Kräfte bauen und nicht nur auf einen einzigen Freund zählen." "Die Chinesen haben schon Tausende von Flüchtlingen der vietnamesischen Bergstämme an der Grenze politisch und militärisch organisiert. Sie hätten alle Voraussetzungen, den Widerstand in diesem Gebiet zu organisieren. Aber sie wollen das nicht tun. Sie werden niemals Hanoi einen Vorwand liefern, um sich als Vertreter des vietnamesischen Patriotismus aufspielen zu können.

(Quelle: Le monde, 14.1.1981)

GF/Innsbruck

---

bestimmte Aufgaben. Bei zunehmender krisenhafter Entwicklung würden sich auf der militärischen Ebene besondere Aufgaben stellen, die in engem Zusammenhang mit Jugoslawien und auch der Kärntner Minderheitenfrage stehen. Österreichs Südgrenze kann - wenn überhaupt - nur in enger freundschaftlicher Verbindung mit dem südlichen Nachbarland verteidigt werden. Werden nun aufgrund einer reaktionären Minderheitenpolitik freundschaftliche Beziehungen getrübt, schadet das der Verteidigungsposition. Wann diese letztgenannten Fragen aktuell werden, weiß ich nicht, aber daß wir sie uns heute schon stellen müssen, um im geeigneten Moment bereits Lösungen zu haben, davon bin ich überzeugt. Über die unmittelbaren nächsten Aufgaben der OA/OT hinaus gäbe es also genug zu tun, und wir Kommunisten sollten hier auch einige Beiträge liefern.

Zum Schluß möchte ich noch kurz darstellen, was wir in der OA/OT gelernt haben, bzw. unseren bisherigen Hauptfehler charakterisieren.

Gelernt haben wir in der Minderheitenfrage überhaupt und insbesondere in der OA/OT, von unserer etwas bornierten realitätsfremden Haltung "abzuweichen"; wir sind auch (wahrscheinlich wie in der AKW-Frage) dazu gezwungen worden,denn entweder wir leisten was für die Bewegung, dann müssen wir wirklichkeitsentsprechende gute Politik machen, oder wir stehen daneben. Gesehen haben wir auch, daß Phantasie in der Politik besser ist als Phrasen. Hauptsächlicher Fehler war und ist aber nach wie vor, daß wir noch immer hin- und hergerissen sind zwischen einem "Aufgehen in der Bewegung" (also nur mehr unmittelbare Aufgaben und Ziele der OA/OT zu sehen und daran zu arbeiten) und einem "abseitsstehen" (alles "links liegen" lassen und nur mehr "den Sozialismus propagieren und sich auf die Arbeiterklasse konzentrieren"). Erstere Haltung führte immer dazu, daß wir keine besonderen Vorschläge in der Bewegung selbst mehr machten, nicht wußten, wo es weitergeht; zweitere Haltung brachte uns eventuell auch den Vorwurf ein, "nur die eigene Suppe kochen" zu wollen; denn dann waren wir in solchen Bewegungen nur anwesend, um unsere Zeitung, Broschüren oder Ähnliches zu verkaufen.

Verantwortungsbewußt in solchen Bewegungen mitzuarbeiten und die eigenen Aufgaben tatsächlich erfüllen - das wäre das Richtige.

hr,wien

Widersprüchen rechtzeitig das nötige Wissen angeeignet hatten, konnten wir auch keine ernsthafte politische Arbeit unter den Massen leisten. Indem wir bei der "Verteidigung des Demokratischen Kampuchea" wie in anderen Fragen vorher den "einfachen Weg" gingen, konnten wir tatsächlich keinen wirklichen Beitrag zur Unterstützung des kampucheanischen Volkes gegen die vietnamesische Aggression leisten.

Wir dürfen nicht ängstlich sein, uns diese Fehler einzugestehen. Die Ernsthaftigkeit einer politischen Organisation ist unter anderem daran zu messen, wie sie zu ihren Fehlern steht, welche Konsequenzen sie aus ihnen zieht. Es besteht kein Grund, die Fehler der kampucheanischen Revolution in der Periode 1975-78 zu verschweigen oder zu verniedlichen. Es besteht aber genausowenig Grund dafür, jetzt in ein Lamentieren über vergangene Fehler zu verfallen und darüber die damaligen objektiven Bedingungen zu vergessen: Phnom Penh war durch den Krieg 1970-75 ein "Wasserkopf", bedroht von einer akuten Hungersnot, Seuchen, Konterrevolutionären im Untergrund, der immer größer werdenden Gefahr einer vietnamesisch-sowjetischen Intervention. Man soll nicht vergessen, daß sich das Demokratische Kampuchea trotz gigantischer Verwüstungen des Landes innerhalb von drei Jahren (ohne bedeutende Hilfslieferungen von außen!) mit den wichtigsten Nahrungsmitteln selbst versorgte; daß 1978 wieder die Städte bevölkert wurden, die Wiederzulassung von Geld vorbereitet wurde, Familien gefördert wurden; daß also mit der Korrektur von Fehlern ernsthaft begonnen wurde. Und vor allem dürfen wir nicht vergessen, daß durch die seit nunmehr mehr als zwei Jahre dauernde Aggression Kampucheas durch Vietnam ein Volk von Ausrottung bedroht ist. Demgegenüber sind vergangene Fehler und Übergriffe der Regierung des Demokratischen Kampuchea ein Faktor, der das Zusammenwirken aller patriotischen Kräfte Kampucheas gegen den gemeinsamen Feind in diesem oder jenem Maß nicht so schnell vorankommen läßt, wie es notwendig erscheint. Es hat sich aber bereits herausgestellt, daß der Zusammenschluß aller patriotischen Kräfte vorankommt, was umso mehr ein Grund für uns ist, das Volk von Kampuchea und seine legitime Regierung - die Regierung des Demokratischen Kampuchea - gegen die vietnamesische Aggression zu unterstützen. So wie die Selbstkritik dieser Regierung bereits dazu beigetragen hat, Kräfte im Land für den gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind zusammenzuschließen, so muß unsere Selbstkritik Ausgangspunkt für die Entwicklung einer richtigen Politik in Österreich zur Unterstützung des kampucheanischen Volkes sein.

Das Volk von Azania

Anläßlich eines Kurzbesuchs von Genosse Phillip Mokgadi, Vertreter des Pan Afrikanist Congress (PAC) in der BRD, in Wien im vergangenen November stellten wir Genossen Mokgadi einige Fragen zur Entwicklung der gegenwärtigen Lage in Azania. Auf diese und andere Fragen ging Genosse Mokgadi auch auf einem vom Komitee Südliches Afrika veranstalteten Diskussionsabend ein. Aktueller Anlaß für die Reise dieses PAC-Vertreters nach Wien waren Gespräche mit Beamten des Außenministeriums. Aus Platzgründen können wir dieses Interview erst jetzt veröffentlichen. Einige Passagen der Ausführungen von Genossen Mokgadi mußten gekürzt werden.

ZUR GEGENWÄRTIGEN LAGE IN AZANIA

Das politische Bewußtsein der Volksmassen in Azania scheint einen Punkt erreicht zu haben, wo es jederzeit zu einer Explosion kommen kann. Das kann man an einzelnen Ereignissen ablesen. So kam es z.B. anläßlich der Fahrpreiserhöhungen für öffentliche Verkehrsmittel in Crossroads zu Demonstrationen. Als die Polizei mit Gewalt einschritt, kam die aufgestaute Wut zur Explosion. Dabei mußten auch einige Polizisten ihr Leben lassen. Jetzt gibt es einige Straßen in Crossroads, die 'no good territory' für die Polizei sind. So ist das im ganzen Land, auch auf den Farmen. Das Bewußtsein der schwarzen Farmarbeiter ist so gestiegen, daß es z.B. nördlich von Pretoria einige Farmen gibt, deren weiße Eigentümer nicht mehr auf ihren Farmen zu übernachten wagen.

Frage: Meinen Sie einen bewaffneten Aufstand, wenn sie sagen 'zur Explosion kommen' ?

P.M.: Ja, aber damit meine ich auch das Einhergehen einer gewissen Unkontrollierbarkeit mit diesem bewaffneten Aufstand. Es wird eine Art spontaner Aufstand sein, wie er von keinem gewünscht wird. Wir würden es lieber sehen, wenn der bewaffnete Kampf bestimmten Prinzipien folgt. Doch die Lage ist derzeit so, daß es jederzeit losgehen kann. Vielleicht ist es nur deshalb noch nicht zur Explosion gekommen, weil die Menschen noch nicht in einem ihnen notwendig erscheinenden Maß bewaffnet sind. Die Siedler beginnen zu spüren, daß die Atmosphäre ziemlich geladen ist; daß der Afrikaner nicht mehr alles, was dem weißen Herrenmenschen gefällt, mit sich machen läßt. Neulich las ich eine Geschichte im "Spiegel": Der Reporter fuhr in einem Überlandbus. Als es eine Fehlzündung gab, sind alle Passagiere in Deckung gegangen, weil sie glaubten, jetzt gehe es los. Das zeigt, wie der 'Normalverbraucher' unter den Weißen die Spannung spürt. Das Regime versucht, die Weißen in Wehreinheiten einzuteilen: Schießübungen werden langsam zu Pflichtübungen, langfristig solle jede dieser Einheiten eventuell einen Panzer in eigener Regie bekommen. Das zeigt, wie gespannt die Lage ist. Das zeigen auch die verschärften Repressionsversuche: Heute werden viel mehr Leute verhaftet oder verbannt als früher; das Regime geht sogar soweit, Leute auf Transitflügen aus dem Flugzeug heraus zu verhaften. Als vor einiger Zeit ein Flugzeug aus Botswana auf dem Flug nach Lesotho in Südafrika notlanden mußte, da erschien die Polizei und holte jemanden von ihnen schon lange gesuchten aus dem Flugzeug raus. Erst nach massivem Druck internationaler Organisationen wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt.-Soweit allgemein zur jetzigen Lage.

Frage: Kann man in letzter Zeit einen verstärkten Einfluß des PAC und anderer Befreiungsorganisationen feststellen?

P.M.: Ohne die Befreiungsbewegungen wäre die Politisierung, die Sensibilisierung der Bevölkerung nicht in diesem Ausmaß möglich gewesen. Gehen wir zurück bis zum Jahr 1963: Damals hatte sich der Justizminister des Rassistenregimes, Vorster, angeschickt, das Rückgrat der Befreiungsbewegungen, insbesondere des PAC, zu brechen. Viele Tausende Mitglieder des PAC wurden verhaftet.Er ließ ein Gesetz durchpeitschen, wonach der Gründungspräsident des PAC, M.Sobukwe, "bis kurz vor der Ewigkeit" inhaftiert bleiben sollte, und glaubte, den Spuk der Befreiungsbewegungen ein-für allemal gebannt zu haben. Die meisten unserer Kader wurden zu 5 Jahren Haft verurteilt; es gab über 200 Todesurteile, die vollstreckt wurden. Ende der 60er Jahre kamen die zu 5 Jahren Verurteilten aus dem Gefängnis. Sie durften sich nicht frei bewegen, mußten sich regelmäßig bei der Polizei melden, um zu zeigen, daß sie nicht mehr politisch tätig sind. Damals begann das politische Bewußtsein wieder anzuwachsen. Damals begann die Bewegung des Schwarzen Bewußtseins (BCM) und ist ständig angewachsenbis zum Aufstand vom Juni 1976. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß wir die Gründer der BCM sind. Im Gegensatz zu anderen Organisationen haben wir das nie gesagt, sagen das auch heute nicht und werden es nie sagen. Wenn wir diese Entwicklung aufzeigen, so wollen wir nur darauf hinweisen, daß wir die politische Entwicklung nicht an uns vorbeigehen ließen, sondern daß wir regelrecht mitten drin standen. Wir haben zwar in Dar es Salam unser nominelles Hauptquartier, aber das ist eine externe Mission; der PAC selbst ist in Azania.

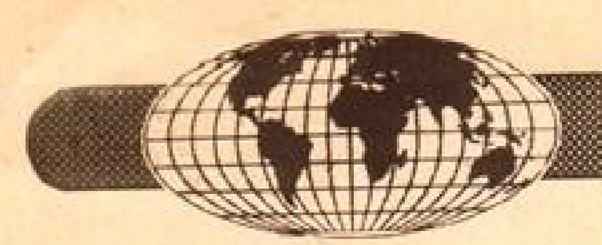
RASSISTENREGIME UND DIE FRAGE DER GEWERKSCHAFTLICHEN ORGANISIERUNG

Gehen wir jetzt zur Frage der Gewerkschaften und der Beziehungen zwischen schwarzen und weißen Arbeitern über. Es ist uns bewußt, daß das Kapital genauso die Arbeitskraft von Weißen ausnützt, wie es dies mit der billigeren Arbeitskraft der Schwarzen macht. Aber es ist uns auch gleichzeitig bewußt, daß die Weißen in dem Maße gekauft worden sind, daß wir sie schwerlich als Arbeiter akzeptieren können. Denn im Grunde genommen sind sie eher eine Art Werkspolizisten als Arbeiter. Bekannt ist ja der Job Reservation Act, wonach bestimmte Arbeiten, sofern man die als solche betrachten kann, für Weiße reserviert sind. Dieses Gesetz wurde im Zuge einer gewißen "weißen Sanierung" unter dem Zeichen des "Problems der armen Weißen" eingeführt. Es garantiert einem Weißen einen viel höheren Minimal-Lebensstandard als einem Schwarzen (d.h., das Regime verhindert das Absinken Weißer in die völlige Verelendung). Man muß dabei nicht nur die Rolle der Weißen als Werkspolizisten, als Privilegierte usw. betrachten, sondern das Wesen ihres Daseins in der sogenannten Republik Südafrika. Wie sind sie hergekommen, unter welchem Vorzeichen, was wollten sie ? Ihre Politiker - ich nenne diese lieber "ihre Hauptrassisten" - haben immer wieder betont: Das Problem ist einfach: Der weiße Mann will und wird Herr bleiben; er versucht mit allen Mitteln, Herr zu bleiben. So ist eine Interessensdivergenz entstanden bzw. wurde fortgeführt. Diese war schon ganz am Anfang da, als Weiße zum ersten Mal herkamen. Sie wollten uns ausnützen, unser Land rauben, unsere Ressourcen ausplündern usw. Und wir wollten unser Land verteidigen, uns selbst, unsere Ressourcen, unsere Produktionsmittel usw. Bis heute hält diese Interessensdivergenz an und sieht eben so aus, daß die Weißen ihr Interesse darin sehen, auf Kosten der Schwarzen ihr Leben so komfortabel wie möglich zu machen; hingegen beinhalten die Interessen der Schwarzen u.a. die Tatsache, daß sie sich ihrer Haut wehren müssen. Von daher wurden die weißen Arbeiter so aufgepäppelt, daß sie zur Arbeiteraristokratie wurden; mit dem Erfolg, daß eine Konvergenz zwischen schwarzen und weißen Arbeitern unmöglich wird, weil deren Interessen einander ausschliessen. Die weißen sogenannten Arbeiter wollen Schwarze arbeiten sehen und soviel wie möglich verdienen. Wir Schwarzen wollen uns von diesem Joch befreien und soviel verdienen wie jeder andere Arbeiter auch. Diese beiden Interessenslagen schließen einander aus, sodaß wir in der jetzigen Phase keine Identifizierungsmöglichkeiten der zwei Seiten sehen können. Später vielleicht, im Schmelztiegel der Revolution, wird die weiße Arbeiteraristokratie sich besinnen und dann einsehen, daß sie auf der falschen Seite kämpfen. Dann wird es vielleicht möglich sein, daß sie auf unsere Seite übergehen. Geht man von dieser Analyse aus, so wird klar, daß im weißen Lager Gewerkschaften entstehen können, die sich auf rein ökonomische Fragen beschränken. Doch im Lager der Schwarzen ist es vollkommen ausgeschlossen, daß sich eine Gewerkschaft auf sozialen Frieden, Lohnerhöhungen usw. beschränken kann. Das gilt insbesondere für die Frage des sozialen Friedens: Die Gewerkschaft wurde in sozialem Unfrieden gegründet und kann sich nicht dem sozialen Frieden verpflichten. Sie entstand inmitten ökonomischer Ausplünderung und kann sich nicht auf ökonomische Verbesserungen beschränken, sondern muß sich über ökonomische Umwälzungen Gedanken machen. Sie kann sich nicht darauf beschränken, Arbeitsbedingungen zu humanisieren, wo die Gewerkschaftsgründer selbst sehen, daß die ganze Gesellschaft inhuman ist. In einer inhumanen Gesellschaft kann es keine humanen Arbeitsbedingungen geben. Also muß sich die Gewerkschaft Gedanken zur Umwälzung der Gesellschaft machen. Wir haben jetzt Gewerkschaften, die sich nicht im westeuropäischen Sinn auf Gewerkschaftsfunktionen beschränken, sondern politisch mitdenken.

Wir haben verschiedene Arten von Gewerkschaften. Es gibt einen Gewerkschaftsbund der Weißen, der auch die Schwarzen zu vertreten vorgibt;doch die Schwarzen in ihr werden wie Kinder behandelt und können nicht mitreden. Bei Lohnverhandlungen wird von ihm der Lohn der Weißen ausgehandelt, und wieweit die Lohnschere zwischen Weißen und Schwarzen auseinanderklaffen darf. Er nennt sich Trade Union Congress of South Africa (TUCSA). Der South African Congress of Trade Unions (SACTU) ist ein Versuch eines Gegenpols und ist gemischtrassig, praktiziert Rassendemokratie usw. Doch die Erfahrung in Südafrika zeigt, daß man mit einem Gebilde, das weder Fisch noch Fleisch ist, leicht Schiffbruch erleiden kann. Entweder vertritt eine Organisation die Interessen der weißen Siedler oder die der schwarzen Eingeborenen. Ein Interessensausgleich ist nicht nur in unseren, sondern auch in den Augen der Bevölkerung nicht möglich, sodaß die SACTU nie stärker Fuß fassen konnte.

Mit dem Entstehen der BCM gab es auch einige Gewerkschaftsgründungen (Textilindustrie, Transport,...). Diese Gewerkschaften verstanden sich in erster Linie als Interessensvertretungen der Schwarzen; sie haben sich in der Black and Allied Workers Union (BAWU) zusammengeschlossen. Die BAWU gehört zu den politisch am fortgeschrittensten Gewerkschaften. Nach den Streiks von 1973 gab es gewisse Konzessionen durch das Regime. Sie ließen Gewerkschaften zu- Die BAWU hatte keinen legalen Status gehabt. Das Regime hatte zwar schwarze Gewerkschaften nicht verboten, diese aber nicht anerkannt.

Nach unserer Auffassung ist diese Legalisierung schwarzer Gewerkschaften nur eine Tarnung, um die schwarzen Arbeiter in Südafrika zu reglementieren, um aufzupassen, was diese Gewerkschaften eigentlich zu sagen haben. Konstituiert sich nämlich eine Gewerkschaft, so muß sie registriert



INTERNATIONALES

'Interview mit einem Vertreter des PAC

will nicht mehr warten

werden, muß angeben, in welcher Branche sie arbeitet, welche Ziele sie hat, wieviele Mitglieder sie hat, welches Geldaufkommen sie erwartet, welche Spenden vom Ausland und von wem kommen. Ferner muß sie sich verpflichten, sich nur mit Lohnkämpfen und dem sozialen Klima im Betrieb zu beschäftigen. Sie muß sich, wenn es in einer Lohnfrage zu keiner Einigung kommt, an vom Regime eingerichtete Schiedsstellen wenden und eine 3-6 monatige Frist abwarten, bis sich die Schiedsstelle mit dem Unternehmer in Verbindung gesetzt hat. Sie kann also nicht einfach beschließen: Machen wir einen Streik, um den Unternehmer unter Druck zu setzen. Außerdem wird die Gewerkschaftskasse vom Staat kontrolliert. Diese sogenannte Liberalisierung ist also nur ein Versuch, die schwarzen Gewerkschaften kampfunfähig zu machen und dabei der ganzen Welt zu zeigen: Was wollt Ihr denn, wir haben ja schwarze Gewerkschaften.-Nur wenige Gewerkschaften haben sich registrieren lassen; die anderen verlangen die Abschaffung dieser Bedingungen, bevor sie sich registrieren lassen, und deren Führungen haben im Untergrund zu kämpfen gelernt. Seit 1973 gab es sehr viele Streiks, deren Führer die Polizei nie finden konnten.

DIE POLITIK DER UMSIEDLUNGEN

Vor einigen Monaten gab es einen Streik städtischer Bediensteter von Johannesburg. Nach langer vergeblicher Suche nach den Streikführern entschloß sich die Stadtverwaltung, kurzerhand alle Streikenden aus Johannesburg rauszuschmeißen. Vom Streikposten weg wurden sie in mit Polizei besetzte Lastwagen und Busse verfrachtet und in eines dieser "Homelands" abtransportiert; mit der Auflage, sich nie wieder in Johannesburg sehen zu lassen. Ich führe dieses Beispiel an, weil die Umsiedlungen so oder so die "Homelands" betreffen. "Homelands"-das ist nichts anderes als die Fortführung der Apartheid-Politik. "Homelands" wurden schon von den Kolonialeroberern erfunden, nicht erst jetzt. Es sind ländliche Ghettos. Zunächst hießen sie "Native Reserves". Heute ist man von diesem Namen abgekommen. Denn jede Kolonialverwaltung hatte stets Schwierigkeiten, den Eingeborenen glaubhaft zu machen, daß alles mit dem Kolonialismus Einhergehende eine gute Sache ist. Als die Reservate geschaffen wurden, nahm man das ganze Land, ließ ein Stückchen davon zurück und sagte:"Das gehört Euch, der Rest gehört uns." Im Laufe der Zeit wurden viele Worte zur Umschreibung von "Kolonial-Verwaltung" erfunden - Apartheid, Bantustan, Homeland und viele andere Worte mehr. Das Ministerium, das die Eingeborenen verwalten soll, hieß zunächst Ministry of Native Administration, dann Ministry of Bantu Administration, und heute heißt es Ministry of Plural Affairs. Sie müssen also immer wieder neue Worte erfinden. Heute hat man die Homelands-Politik soweit getrieben, daß man sagt, die Homelands sollen unabhängig werden (Transkei, Bophuthatswana,..). In einem unabhängigen Homeland verlieren die Menschen des Stammes, der dem Homeland zugeordnet ist, automatisch die Staatsbürgerschaft der sogenannten Republik Südafrika.-Wird Land, auf dem viele Schwarze wohnen, für "weiß" erklärt, kommt es zur Zwangsumsiedlung. Weiß man nicht, wohin mit den Leuten, so schaut man einfach nach, in welches Reservat, zu welcher Sprache die Leute gehören; und dann ab dorthin. Seit 1976 waren schon mehr als 2 Mio. Menschen von solchen Umsiedlungen betroffen, in den nächsten zwei Jahren sollen noch einmal mehr als 1 Mio. drankommen. Dabei sollen die Vorstädte von Familien gesäubert werden. Wird der Familienvorstand krank oder erwerbsunfähig, so wird die Familie zwangsumgesiedelt. Wird einer der Unruhestiftung bezichtigt, wird er umgesiedelt. Der Plan sieht vor, daß die Vorstädte nicht von Familien bewohnt werden dürfen. Wenn das Familienoberhaupt Minenarbeiter ist, so wohnt er im Barackenlager der Mine; die Frau ist Putzfrau und wohnt im Barackenlager für Putzfrauen; das erste Kind ist Büroangestellte und wohnt im Barackenlager für Büroangestellte. Wollen sie einander treffen, dann, bitteschön, nur im entsprechenden Homeland. Da dürfen sie Ferien nehmen und in "ihr" Homeland fahren. So hofft man, unliebsame Elemente aus den Vorstädten rauszuhalten. Durch die Einführung von Saisonarbeit will man das gleiche Resultat auf den Farmen erzielen.

DIE SCHÜLERBEWEGUNG

Diese Frage ist eigentlich Teil der aktuellen Lage und betrifft auch die Entwicklung der BCM. Für die ganze Welt sichtbar wurde die Schülerbewegung am 16.Juni 1976. Initiiert wurde sie 1959 kurz nach der Gründung des PAC. Sie wurde ziemlich massiv unterdrückt, doch die Entstehung der Organisationen der BCM belebte wieder die Aktivitäten der Schüler massiv. Viele Organisationen wurden in- und außerhalb der



Schulen unter Anleitung der SASO (South African Student Organisation) gegründet. So wurde die SAYO (South African Youth Organisation) und viele andere Organisationen gegründet. Auch in ländlichen Gebieten. Nach dem Verbot der Organisationen der BCM 1978 glaubte man, das sei alles tot. Dann merkte man, daß sich die Schüler noch immer bewußt sind, daß ihre Hauptforderung noch nicht erfüllt ist, und daß sich die Lage nicht ändern wird, solange dieses Regime noch das Ruder in der Hand hält. Diese Hauptforderung lautet: Gleiche Erziehung für alle Kinder. Nicht, daß weiße Kinder diese, schwarze Kinder diese, farbige Kinder diese Erziehung bekommen. Die Schule soll gleichförmig sein, was Lerninhalte und -bedingungen anbelangt; und jeder Schüler soll in die Schule seiner freien Wahl gehen dürfen. Jetzt lernen unsere Kinder fast gar nichts im Vergleich zu ihren Altersgenossen in den weißen Schulen. Der Protest gegen dieses Erziehungssystem hat nicht aufgehört. Meiner Meinung nach wird diese Schülerbewegung bis zum totalen Sturz dieses Systems anhalten. Derzeit kann man nicht sagen, welche Organisation in der Schülerbewegung die Führung innehat, wie man das etwa vor zwei Jahren von der SASO oder SAYO sagen konnte. Auch die Schüler haben im Untergrund zu operieren gelernt.

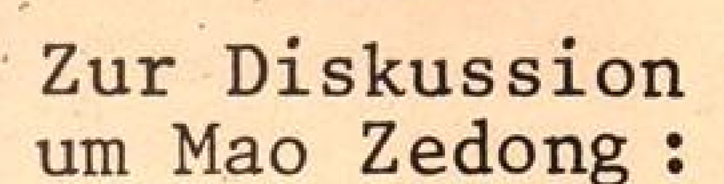
ZU DEN BEZIEHUNGEN DES PAC ZU ANDEREN BEFREIUNGSBEWEGUNGEN

Die drei hauptsächlichen Befreiungsbewegungen sind unserer Meinung nach derzeit der PAC, der ANC und die BCM. Die BCM ist nicht so alt wie die anderen beiden, doch spielt sie bis zu einem gewissen Grad eine wichtige Rolle. Wir vom PAC haben keine grundsätzlichen Widersprüche zur BCM entdeckt. Nach unserer Meinung ist die BCM eine sehr aktive Bewegung bezüglich der Mobilisierung und Sensibilisierung der Bevölkerung. Wenn man überhaupt von Problemen reden sollte, so vielleicht bezüglich des ANC. Wir haben aber gesagt, daß trotz der politischen Unterschiede es doch möglich sein sollte, daß wir eine gewisse Einheitsfront gegen den gemeinsamen Feind bilden. 1964 haben wir unsere Vorstellungen über eine solche Einheitsfront dargelegt, und 1964/65 gab es sogar eine Einheitsfront mit dem ANC.Aber uns kommt es so vor, als hätte irgendjemand - wir wissen nicht genau wer - den ANC zurückgepfiffen; darauf hat der ANC die Einheitsfront abgeblasen. Wir stehen noch immer zu unserem Vorschlag einer Einheitsfront mit BCM und ANC, wobei die BCM in dieser Frage viel zugänglicher war als der ANC. Wir mußten immer wieder die Enttäuschung erleben, daß der ANC ein als Kongreßallianz bezeichnetes Gebilde, in dem alle möglichen nicht existierenden Kongresse zusammengeschlossen sind, als Einheitsfront bezeichnet, der man sich anschließen muß, wenn man eine Einheitsfront haben will.Fast jedes Jahr wird bei den Treffen der OAU immer wieder die Frage aufgeworfen,wie es mit der Einheitsfront steht.Wir müssen immer wieder auf unsere zu Papier gebrachten Ideen verweisen, der ANC verweist immer nur auf diese Kongreßallianz.Oft hat diese Allianz versucht, uns von der OAU die Anerkennung entziehen zu lassen. 1980 haben sie den größten Versuch in dieser Richtung unternommen und die größte Niederlage einstecken müssen. Danach hat O.Tambo, der Chef des ANC, kundgemacht, er wird nicht mehr den Antrag auf Aberkennung des PAC stellen.

ZUR INTERNATIONALEN STELLUNG DES PAC

Der PAC hat immer seine Haltung zum Kolonialsystem in Südafrika ganz offen dargelegt. Angefangen von der sogenannten Republik Südafrika und ausgebreitet über viele Kanäle, die alle dem PAC gegenüber feindlich eingestellt waren, wurde ein Märchen aufgebaut: Der PAC sei rassistisch, er sei dies und das. Heute wissen wir, daß die SU eine Spitze in dieser Kampagne war, die den Versuch machte, den PAC zu diskreditieren, und die versucht hatte, den ANC als die einzig legitime und authentische Organisation der afrikanischen Massen in Azania hinzustellen. Übrigens redet die SU nicht von Azania, sondern von Südafrika. Der PAC hat immer die Wahrheit gesagt, mit dem Erfolg, daß wir international in den schwarzen Büchern stehen, und zwar im östlichen Lager, angeführt von Moskau, genauso wie im westlichen Lager, angeführt von Washington. Wir können sozusagen auf keinen Block verweisen und sagen:"Diesind unsere Freunde." Können und machen wir auch nicht, weil das eine Lüge wäre. Wir wissen nur, daß wir die Wahrheit auf unserer Seite haben. Egal, wer gegen uns ist - Wir haben ein Abkommen mit der Geschichte getroffen; ein Abkommen, daß wir unserem Volk die Befreiung erkämpfen wollen. Und wenn es ein Abkommen auf unserem Planeten gibt, das der PAC einhalten wird, dann ist es dieses Abkommen mit der Geschichte.

INTERNATIONALES



In den letzten Wochen hat es einiges Aufsehen um Umbesetzungen in der Führungsspitze der KP-Chinas gegeben. Mitte Dezember wurde der gegenwärtige Vorsitzende Hua Guofeng in der chinesischen "Volkszeitung" im Zusammenhang mit einer Kritik am Führungsstil der Partei, am verbreiteten Personenkult, angegriffen. Auf der Neujahrssitzung des Zentralkomitees der KP-Chinas scheint Hua Guofeng nicht einmal auf der Anwesenheitsliste auf. Diese traditionelle bedeutende Sitzung der Parteiführung leitete Hu Yaobang.

Hu Yaobang wurde auf dem 5.ZK-Plenum im Feber 1980 gemeinsam mit Zhao Ziyang ins Politbüro der Partei gewählt und gleichzeitig mit der Leitung des ZK-Sekretariats betraut. Er wird in der westlichen Presse als Protektionskind Deng Xiaopings gehandelt, der wiederum - seit er vor einigen Monaten seine Funktion als stellvertretender Ministerpräsident zurücklegte - als geheimer Drahtzieher aller dieser Veränderungen in der KP-Führung gilt.

Hua Guofeng ist als von Mao Zedong persönlich auserwählter Nachfolger für die chinesische Partei- und Staatsführung bekannt: "Wenn Du die Sache in die Hand nimmst, dann kann ich beruhigt sein..." Mittlerweile hat Hua wie auch Deng sein Amt in der Staatsführung zurückgelegt und an Zhao Ziyang übergeben. Vieles deutet nun darauf hin, daß Hua auch die Parteiführung verlieren wird. Wird damit der "Maoismus" in der VR China endgültig zu Grabe getragen? Der Generalsekretär des ZK Hu Yaobang verteufelt die Jahre 1966-1976, die 10 Jahre der Kulturrevolution, als totale Katastrophe, in denen es "nichts Richtiges und Positives, sondern nur Negatives" gab. "Als positiv kann höchstens gelten, daß wir aus den Fehlern dieser zehn Jahre etwas gelernt haben". (Beijing Rundschau 51/80). Hat die neue Parteiführung der KP-Chinas den revolutionären Weg Mao Zedongs vollständig revidiert?

In den nächsten Monaten findt der XII.Parteitag der KP statt. Es ist dort mit einer umfassenderen Einschätzung der Kulturrevolution und mit einer Beurteilung der Rolle Mao Zedongs im Rahmen der revolutionären Geschichte der Partei und des chinesischen Volkes zu rechnen.

Im folgenden soll dem nicht vorgegriffen werden. Es soll lediglich versucht werden, das, was in der letzten Zeit in allen möglichen Medien unter "Entmaoisierung" in der VR China abgehandelt wurde, einigermaßen systematisch zusammenzufassen. Die Debatte über die Beurteilung der Kulturrevolution, über die Rolle der Verantwortung Mao Zedongs hiefür, wird in China mehr oder weniger offen schon seit Ende 1978 geführt. Führt man sie sich in ihrer Entwicklung vor Augen sollte es leichter fallen, die gegenwärtigen Entwicklungen und den kommenden Parteitag zu beurteilen, und in eine Diskussion darüber zu treten.

Zur Diskussion um Mao Zedong :

Keineswegs möchte ich überhaupt nicht von Genie reden. Genies sind doch nur etwas klügere Menschen. Das Genie stützt sich nicht auf einen oder mehrere Menschen, das Genie stützt sich auf eine Partei, und die Partei ist die Avantgarde des Proletariats. Ein Genie stützt sich auf die Massenlinie, auf die kollektive Weisheit." (Mao Intern, unveröffentlichte Schriften, Reden und Gespräche Mao Zedongs 1949-1971, 1974, S. 197 f.)

Mit dieser ideologischen Abweichung hinsichtlich der Rolle von Führern, ihrer Unfehlbarkeit und Absolutheit wurde nach dem Sturz Lin Biaos nicht gebrochen. Die speziellen Feinheiten der Politik der Viererbande auf dieser ideologischen Grundlage müssen hier beiseite bleiben. Man erinnere sich an die Kampagne gegen den "Empirismus als Hauptkettenglied", die sich gegen die Versuche Zhou Enlais und Deng Xiaoping richteten, ab 1973 nach den Jahren extensiven politischen Massenkampfes in Überbaufragen größeres Gewicht dem Kampf um materielle Fortschritte des revolutionären Aufbaus beizumessen. Die - Zhou und Deng - unterschätzten die revolutionäre Theorie, hieß es damals.

Heute häufen sich in den chinesischen Publikationen Kommentare und Artikel, die diesen Personenkult auf die langjährige feudale Tradition der chinesischen Geschichte zurückführen. Insbesondere wird hervorgehoben, daß der feudale Personenkult für die Zerstörung der innerparteilichen Demokratie und der demokratischen Rechte für das Volk zu machen sind. Nach dem Sturz der Viererbande habe es auf diesem Gebiet zwar Erfolge aber noch keinen Durchbruch gegeben. *"Die Barbarei im Umgang mit den Rechten und der Freiheit der der Menschen konnte inzwischen beseitigt werden. Wenn wir unsere Arbeit nach den Kriterien des modernen Sozialismus beurteilen, müssen wir feststellen, daß die Rechte des Volkes als Herr des Staates nicht ausreichend geltend gemacht werden können, weder in den Fabriken, noch auf dem Land...."* (Beijing Rundschau 45/80, S. 19)

Was die Mao Zedong Ideen betrifft, so lautet die vorherrschende Haltung so, daß ihre Kraft und Wahrheit gerade darin liegen, daß sie unter Anwendung und Weiterentwicklung des Marximus-Leninismus in der konkreten Praxis der chinesischen Revolution entstanden sind. Eine Reihe von grundlegenden Problemen der chinesischen Revolution hat Mao konkret gelöst und damit der revolutionären Bewegung einen richtigen Weg gewiesen. Die Mao Zedong Ideen haben sich damit in der Geschichte und der gesellschaftlichen Praxis bestätigt.

Zugleich beginnt in der KP Chinas die Einschätzung Platz zu greifen, daß Mao vor Beginn der Kulturrevolution eine falsche Einschätzung der Klassenkampfsituation hatte und bezüglich der Linie Fehler beging. Der nächste Parteitag im Frühjahr 1981 wird dazu sicherlich genauere Aufschlüsse geben. Hier sei nur noch ein Zitat aus der "Roten Fahne", dem theoretischen Organ der KP Chinas vom Dezember 1980 angeführt.

"Können das ZK und die verantwortlichen Genossen des ZK Fehler begehen? Zweifellos. Da von einem funktionierenden demokratischen Leben in der Partei und von funktionierender Kritik und Selbstkritik innerhalb der Partei Ende der 50er Jahre nicht mehr die Rede sein konnte, begann der verantwortliche Genosse im ZK von seinen korrekten Auffassungen abzuweichen und beging Fehler. Jahrelang, insbesondere zur Zeit der Viererbande und Lin Biaos, gras-

METAPHYSIK BEI LIN BIAO UND DER VIERERBANDE

Vorweg muß noch eine spezifische ideologische Eigenart von Lin Biao und der Viererbande hinsichtlich ihrer Haltung gegenüber den Mao Zedong Ideen verdeutlicht werden.

Am 30. Jahrestag der Gründung der VR China charakterisierte Ye Jianying, Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, das Hauptmerkmal der ultralinken Linie von Lin Biao und der Viererbande auf ideologischem Gebiet so:
"Sie haben die Beziehungen zwischen dem Subjektiven und dem Objektiven, zwischen Geist und Materie auf den Kopf gestellt und die Rückwirkung des gesellschaftlichen Bewußtseins auf das gesellschaftliche Sein, des Überbaus auf die ökonomische Basis und der Produktionsverhältnisse auf die Produktivkräfte ins Extrem verzerrt." Und in Bezug auf die Mao Zedong Ideen propagierten sie: *"Die Theorie, das Genie entscheidet alles, stellten den Führer der Revolution als allwissenden und allmächtigen hin und behaupteten, jedes seiner Worte sei eine absolute Wahrheit, die allzeit strikt befolgt werden müsse. Sie bestritten, daß das Volk die Geschichte macht und daß die wichtigste praktische Tätitgkeit des Volkes, die Produktionstätigkeit, für die Entwicklung der menschlichen Geschichte ausschlaggebend ist."* (in Beijing Rundschau, 40/79, S.18)

Sich selbst bauten sie als die treuesten Anhänger der Mao Zedong Ideen und als eifrigste Fortsetzer der revolutionären Sache Maos. Als erste Interpreten und Schüler der Worte des Vorsitzenden beanspruchten sie entsprechende politische Autorität und Führungsrolle. Aus den "Weisungen" des Gen.Mao wurden rasch die "Weisungen" des Gen. Lin Biao: *"Die Methodik des Studiums der Werke von Mao Zedong hat den Weisungen des Gen. Lin Biao zu folgen".*

Die theoretischen Erkenntnisse Maos behandelten die Ultralinken als absolute Wahrheiten für alle Zeiten und jedem Ort. *"In die Gedanken und Weisungen des Vorsitzenden müssen wir straken Glauben setzen ohne die geringsten Zweifel, zu allen Zeiten und hinsichtlich aller Folgen."* (Worte Lin Biaos, 1967)

Man sieht, wie hier die Haltung zu einer revolutionären Theorie, die Wahrheitscharakter aufweist, weil und insoferne sie die gesellschaftliche Entwicklung und Bewegung erkennt, zu einem religiösen Bekenntnis wird. Gegenständlicher Ausdruck dieser idealistischen und dogmatischen Denkweise sind die "Worte des Vorsitzenden", die "Mao-Bibel", für die Lin Biao als Herausgeber verantwortlich zeichnete. Mit der "Mao-Bibel" hat sich der inhaltliche Charakter des Studiums der Werke Mao Zedongs in China (und nicht nur dort) entschieden verändert. Nach Sachgebieten geordnetwaren hier aus dem historischem Zusammenhang gerissene Zitate mit allgemeinen Aussagen zusammegestellt, die ganz in moralisierenden Tradition der Konfuzius-Zitate als allgemeine Wahrheiten hingestellt wurden. Die Auswahl umfaßt 426 Einzelzitate, die zu 40% aus neun Schriften Maos stammten. Das Auswendiglernen der Zitate ersetzte das tatsächliche Studium der Mao-Schriften. Dogmatismus neigt stets zu Metaphysik. Die Form dieser "Worte des Vorsitzenden" ist keine Erfindung Lins, sondern erinnert stark an die Praxis verschiedener Militärmachthaber der früheren chinesischen Republikzeit, die handliche Broschüren mit Lebensweisheiten und militärischen Vorschriften an ihre Soldaten zwecks moralischer Aufrüstung verteilten. (Vgl. H.Martin, China ohne Maoismus, S.43).

Unmittelbar nach dem Sturz Lin Biaos entwickelte sich eine Kritik an dem von diesem betriebenen Personenkult um Mao, das Genie und seinen Nachfolger. Mao selbst bemerkte zu dieser Frage 1971:
"Ihr Programm war die Einsetzung eines (neuen) Staatspräsidenten, (die Propagierung) eines Genies, die Gegnerschaft zur Linie des IX.Parteitages...Es gab Leute, die dachten voreilig daran, Staatspräsident zu werden. Sie wollten die Partei spalten und gierten danach, die Macht zu ergreifen. Die Frage des 'Genies' ist ein theoretisches Problem, sie hingen einem idealistischen Apriorismus an. Sie behaupteten, gegen die 'Genie'-Propaganda zu sein, bedeutet eine Auflehnung gegen mich. Doch ich bin kein Genie. Ich habe sechs Jahre lang die Bücher des Konfuzius gelesen danach sieben Jahre lang die Bücher des Kapitalismus. Erst 1918 habe ich mich in den Marxismus-Leninismus eingelesen, wie könnte ich da ein 'Genie' sein? All diese Verben (d.h. genial, allzeitig, krativ), die habe ich doch mehrfach angekreuzt...



"Entmystifizierung" oder Revisionismus?

sierte der Personenkult und eine Einzelperson wurde vergöttert. Alles, was er sagte und tat, galt als 100% richtig und durfte nicht im geringsten angezweifelt werden. Da wurde etwa behauptet, er verstehe alle Dinge im Detail, könne alles durchaschauen und sei unser 'großer Erlöser'. All dies ist offenkundig ein Ausdruck feudalen Gedankenguts und von Ignoranz. Auch nach der Zerschlagung der Viererbande trieb der Personenkult noch eine Zeitlang seine Blüten. Die Folgen waren vielschichtig: Der demokratische Zentralismus, eine Traditions der Partei, war außer Kraft gesetzt; das Prinzip, die Wahrheit in den Tatsachen zu uschen, wurde aufgegeben; und von der 'Befreiung des Denkens' konnte keine Rede mehr sein. So kam es zu Formen des feudalistischen Despotismus, wie, daß eine Einzelperson alles bestimmte und zu patriarchalischem Arbeitsstil. Unter diesem Umständen konnten dann einige schlechte Elemente ungehindert in faschistische Praktiken eingehen. Von daher muß der Personenkult. der mit dem Marxismus gänzlich unvereinbar ist, in aller Form kritisiert werden, damit sich so wetwas in Zukunft nicht wiederholt."





Einen revolutionären Führer in den Himmel zu heben, schadet der Revolution

DIE ETAPPEN DER "ENTMYSTIFIZIERUNG"

Es sollen nun die wichtigsten Schritte im Diskussionsprozeß um die Rolle Maos und der Mao Zedong Ideen dargestellt werden, die oft als "Entmaoisierung" der politischen Linie der KP Chinas interpretiert werden. Richtigerweise müßte man den Prozeß eher als "Entmystifizierung" Maos und seiner Worte sehen. Es wird hier nur die ideologische Ebene behandelt, wie man zu Mao und seinem Denken zu stehen hat, nicht aber einzelne politische Fragen. Der Kampf gegen den modernen Aberglauben - wie die chinesischen Kommunisten heute die Dogmatisierung und Vergottung Maos und seiner Ideen heute bezeichnen - wird unter der Forderung "die Wahrheit in den Tatsachen suchen" und "die Praxis als einziges Kriterium der Wahrheit" geführt. Die erste der beiden Forderungen formulierte erstmals Deng Xiaoping auf dem XI.Parteitag im August 1977: " *das mindeste, das man von einem Kommunisten verlangen muß, ist Ehrlichkeit, Ehrlichkeit in Worten und Ehrlichkeit in Taten. Worte und Taten müssen übereinstimmen, Theorie und Praxis müssen eng verbunden sein. Großsprecherei und jegliche Übertreibung lehnen wir ab, was wir brauchen, ist weniger leeres Gerede und mehr harte Arbeit."* Diese Aufforderungen stießen vorerst auf beträchtlichen Widerstand unter den Parteikadern: Wenn die Praxis über allem steht, und einziges Kriterium der Wahrheit sein soll, wo sind dann die Mao Zedong Ideen und die Worte der Vorsitzenden einzuordnen? Die ziemlich allgemein anerkannten negativen Ergebnisse und Erfahrungen von 10 Jahren Kulturrevolution werfen die Frage nach dem Wahrheitsgehalt der theoretischen Einschätzungen und Aussagen auf, die zur Einleitung der Kulturrevolution unter Mao führten. Gerade sich dieser Frage zu stellen, die natürlich eine Frage der tiefgreifenden theoretischen Bewertung der Vergangenheit ist, widersetzte sich im ZK eine Gruppe von Kadern, in erster Linie Wang Dongxing(stellvertretender Parteivorsitzender), Wu De (Bürgermeister von Beijing) und Chen Xilian(General der Volksbefreiungsarmee). Sie forderten demgegenüber eine strenge Haltung gegenüber dem Konzept Maos und warfen Deng vor, man könne Mao nicht allgemein Mao bejahen, konkret aber verneinen.

Auf der 3. Plenartagung des XI.ZK im Dezember 1978 setzte sich Deng insofern durch, als die Praxis-Diskussion ab diesem Zeitpunk breit und öffentlich geführt wurde. Dong Xiang, eine Zeitschrift aus Hongkong meldete yamals, Hua Guofeng habe während der Konferenz Selbstkritik geübt, weil er bislang diese Debatte nicht besonders unterstützt habe (Vgl. Martin, S.93). In der Folge dieses Plenums verloren Wang und ihm ideologisch nahestehende Kader bedeutende Parteifunktionen. Wang selbst blieb stellvertretender Parteivorsitzender, gab aber die Position als Direktor des Hauptamtes des ZK, die Kontrolle über die Propagandaabteilung des ZK sowie über die Herausgabe der Mao-Werke(formell unter Hua) ab. Stärker in den Vordergrund trat Hu Yaobang, bisher stellvertretender Vorsitzender der Parteihochschule und Direktor der Organisationsabteilung des ZK, jetzt im Politbüro.

Die hauptsächlichen Ergebnässe der Diskussion entnimmt man einem zusammenfassenden Artikel der Beijing Rundschau vom November 1979 (47/79), bei dem es im Vorspann kurz und bündig heißt:*"Der Marxismus-Leninismus und die Mao Zedong Ideen sind die Wissenschaft der proletarischen Revolution. Wissenschaft und Aberglaube sind unversträglich wie Feuer und Wasser. Genosse Mao Zedong war ein großer Marxist, kein Prophet oder Gott."* Über die Praxis-Diskussion und ihre Inhalte gibt der Artikel an: *"Nach dem Sturz der Viererbande rief das ZK der Partei dazu auf, sich das wissenschaftliche System der Mao Zedong Ideen umfassend und gründlich anzueignen. Es bekannte sich zu dem Prinzip, die Wahrheit in den Tatsachen zu suchen, bei allem von der Realität auszugehen und die Theorie mit der Praxis zu verbinden, und würdigte und förderte die Diskussion über die Praxis als einziges Kriterium der Wahrheit. Dies trug bedeutend dazu bei, daß alles ins ichtige Gleis gebracht wurde und daß in Ideologie, Theorie, in Linie und Politik richtig und falsch wieder unterschieden wurde. Aber wir dürfen den schädlichen Einfluß der ultralinken Linie von Lin Biao und der Viererbande nicht unterschätzen. In unserem Land hat jahrtausendelang der Feudalismus gehrrscht und das von Kleinproduktion bedingte Patriarchat war lange Zeit unangefochten. Der moderne Aberglaube hat dort seine gesellschaftliche und historische Grundlage. Obwohl nach dem Sturz der Vier bereits drei Jahre vergangen sind, gibt es noch ziemlich viele Genossen, deren Denken völlig oder halb verknöchert ist."* Sie gingen nicht von der Realität aus, heißt es weiter, und führten nicht vom marxistischen Gesichtspunkt aus und nicht mit entsprechenden Methoden Untersuchungen, sondern versuchten, aus Büchern fertige Antworten zu finden. Sie beurteilten eine Sache nicht nach dem praktischen rgebnis, sondern berufen sich einzig und allein auf Bücher. Sie brächten nicht den Mut auf, wiederherzustellen, was früher kritisiert, aber - wie die Praxis bewiesen hat - zu Unrecht befürwortet wurde. Auch wenn eine Sache, eine Politik, eine Maßnahme oder eine Losung den konkreten Verhältnissen entsprächen; sie zweifelten daran, weil sie nicht in den Büchern stehen oder nicht ganz mit den Büchern übereinstimmen. Das zeige, daß es keine leichte Aufgabe ist, mit dem Aberglauben fertig zu werden und das Denken zu befreien.

Über Mao und die Mao Zedong Ideen sei folgendes zeitiert: *"Wir betonen, daß die Mao Zedong Ideen als Ganzes ein wissenschaftliches System sind. Sie dürfen nicht zurechtgestutzt werden und es dürfen nicht einzelne Worte aus dem Zusammenhang gerissen werden. Andrerseits darf nicht gefordert werden, daß jede Schlußfolgerung und jede Anweisung von Genossen Mao Zedong absolut korrekt und perfekt ist. Ob ein Wort oder eine These wahr sind, bestimmt sich nicht daher, von wem Wort oder These stammen. Das einzige Kriterium für die Wahrheit ist die Praxis. Es ist Aberglaube, wenn man meinst, jedes Wort und jede Schlußfolgerung eines Marxisten müsse korrekt sein. Durch verschiedene Umstände beschränkt, kann ein Führer der Revolution nicht ganz zutreffende und unvollkommene Schlußfolgerungen ziehen und Entscheidungen treffen. Der Grund dafür kann neben der Beschränkung durch die historischen Umstände auch darin liegen, daß der Führer der Revolution sich zu gewissen Zeiten oder in gewissen Fragen von der Praxis, von den Massen und dem kollektiven Führungsgremium losgelöst hat und seine Denkweise vom dialektischen Materialismus abgewichen ist. Solche Beispiele gab es in der Geschichte der kommunistischen Weltbe-*



"Entmystifizierung" oder Revisionismus?

wegung, und das ist auch nicht verwunderlich."

Zugleich mit dieser ideologischen Auseinandersetzung um das Kriterium der Wahrheit setzte auch in zunehmenden Maß eine Auseinandersetzung um die Person Maos in der chinesischen Revolutionsgeschichte überhaupt ein. Aus dieser Zeit um die Jahreswende 1978/1979 stammen die Zeitungsmeldungen um die Anti-Mao-Wandzeitungen in China u.ä.

Diese Wandzeitungen hat es tatsächlich gegeben. Sie warfen v.a. die Frage nach dem Stellenwert der engen Zusammenarbeit zwischen Mao und der "Schanghai-Fraktion" der Kulturrevolution und der Verantwortung Maos für die Machtposition Lins ab 1969 auf. Diese offenen Angriffe auf die politischen Fehler Maos verschwanden aber bald wieder.

Fortgesetzt wurde die Entmystifizierung der Worte und Schriften des Vorsitzenden Maos, indem die "Volkszeitung" im März 1979 zugab, daß beträchtliche Teile der "Ausgewählten Werke" in den Nachdrucken seit der Kulturrevolution revidiert worden waren. Ganze Dokumente, Fußnoten und Stellen mit der Namensnennung Liu Shaoquis seien eliminiert worden. Die offene Kritik richtete sich auch gegen die Redaktion des Bands V unter der Leitung von Hua Guofeng und Wang Dongxing.

Im Jänner 1980 veröffentlichte die "Volkszeitung" schließlich einen Artikel, in dem die "Mao-Bibel" als Vulgarisierung des Mao Zdong Denkens verurteilt wurde. Der theoretische Wert von Zitaten außerhalb eines räumlichen und zeitlichen Zusammenhangs wurde bezweifelt und die Forderung erhoben, die Chinesen dürften nie wieder ihrem Hang zur religionsähnlichen Verehrung von Zitaten nachgehen. Am 29.September 1979 hielt der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, Ye Jianying, anläßlcih des 30.Jahrestags der VR China vor einer Versammlung des ZK, des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses und des Staatsrates eine Rede, die in unserem Zusammenhang zwei wesentliche Passagen enthielt. Die Mao Zdong Ideen wurden als kollektive Errungenschaft des chinesischen Volkes und seiner Partei bezeichnet und nicht mehr als ausschließliches Verdienst Maos. Ye sagte: *"Eben unter Führung des ZK mit Genossen Mao Zedong an der Spitze gelang es uns, zahlreiche Schwierigkeiten und Hindernisse auf dem Weg vorwärts zu überwinden, die starken inneren und äußeren Feinde zu besiegen und den vollen Sieg in der neudemokratischen Revolution und dann in der sozialistischen Revolution und beim sozialistischen Aufbau große Erfolge zu erringen. Wenn die chinesischen Kommunisten den Marxismus-Leninismus in der chinesischen Revolution als Mao Zedong Ideen bezeichnen, wenn sie meinen, daß all unsere Siege unter Anleitung der Mao Zedong Ideen das heute nicht gäbe, so entspricht dies der historischen Wahrheit. Natürlich sind die Mao Zedong Ideen nicht allein Produkte der Weisheit des Genossen Mao Zedong, sondern zugleich Produkte der Weisheit seiner Kampfgefährten, der Partei und der Massen. Wie Genosse Mao Zedong sagte, sind die Mao Zedong Ideen 'im kollektiven Kampf der Partei und des Volkes' entstanden. Die Mao Zedong Ideen sind die Kristallisation der Erfahrungen eines halben halben Jahrhundert Revolutionskampf und Aufbau einer neuen Gesellschaft, sind Kristallisation der kollektiven Weisheit der KP Chinas. Genosse Mao Zedong war der hervorragendste Repräsentant der großen KP Chinas und des großen chiensischen Volkes. Das chinesische Volk wird seine unvergänglichen Dienste nie vergessen und das wissenschaftliche System der Mao Zedong Ideen entschlossen verteidigen und weiterentwickeln."*

Weiters wurde die Einschätzung der politischen Lage und die dementsprechende Linie, die zur Einleitung der Kulturrevolution führte, als falsch kritisiert. Wie auch beim gegenwärtigen Strafprozeß gegen die Viererbande wurde zwischen den politischen Fehlern der Partei unter Mao einerseits und den verbrecherischen konterrevolutionären Aktionen Lin Biaos und der Viererbande scharf unterschieden. Ye sagte: *"In den zehn Jahren der Kulturrevolution beginnend mit 1966 erlebte unser Staat einen großen Kampf zwischen Revolution und Konterrevolution. Die Kulturrevolution wurde mit dem Ziel entfaltet, den Revisionismus zu verhüten und zu bekämpfen. Eine proletarische Staatsmacht in der Hand hat, muß sich natürlich jederzeit davor hüten, den revisionistischen Weg der Unterdrückung des Volkes im Innern und des Strebens nach Hegemonie nach außen einzuschlagen. Aber die Sache war die, daß bei der Auslösung der Kulturrevolution die Einschätzung der Situation in der Partei und im Land mit der Realität nicht übereinstimmte, keine zutreffende Definition des Revisionismus gegeben wurde und eine vom Prinzip des demokratischen Zentralismus abweichende falsche Kampfpolitik und -methode angewendet worden.*
Von konterrevolutionären Zielen geleitet, nützten Lin Biao, die Viererbande und andere Verschwörer und Karrieristen diese Fehler aus, trieben sie ins Extrem und fabrizierten und verfolgten eine ultralinke Linie. Sie handelten nach der Losung 'Alles niederschlagen, allseitiger Bürgerkrieg', versuchten die Partei- und Staatsmacht an sich zu reißen und planten einen Staatsstreich. Ihr Ziel war, unser sozialistisches System von Grund auf zu vernichten, die Diktatur des Proletariats zu stürzen, die Führung der KP zu beseitigen, den Marxismus-Leninismus und die Mao Zedong Ideen zu verfälschen und das Land aufs Neue in Chaos - einen Zustand, den das Volk verabscheut - und in blutigen Terror zu stürzen. Ihre zehn Jahre währende schwerwiegende konterrevolutionäre Sabotage brachte eine große Katastrophe über unser Volk und fügte unserer sozialistischen Sache den schwersten Rückschlag seit der Gründung unserer Republik zu. Ihre konterrevolutionären Machenschaften und die von unserer Partei begangenen Fehler sind in ihrem Wesen cöllig verschieden. Diese Leute waren Erzfeinde des gesamten chinesischen Volkes und ihre Frage konnte nicht durch einen innerparteilichen Kampf gelöst werden. Mit der Zerschlagung der Viererbande retteten wir Partei und Staat aus der Gefahr, räumten das größte Hindernis aus unserem Weg, brachten unsere Arbeit auf die korrekte Bahn des Marxismus-Leninismus und der Mao Zedong Ideen zurück und eröffenten eine neue Periode der Entwicklung unseres Landes."

ÄNDERUNG DES KADERSYSTEMS

Das spektakulärste Ergebnis des 5.ZK-Plenums im Februar 1980 stellte die Rehabilitierung des ehemaligen Staatspräsidenten Liu Shaoquis, des prominentestens Opfers der Kulturrevolution, dar.

Die Einschätzung des VIII.ZK der Partei im Oktober 1968 mit der Liu als *"Renegat, versteckter Kollaborateur und Arbeiterverräter"* beschuldigt, aus der Partei ausgeschlossen und aller seiner Ämter enthoben wurde, wurde rückgängig gemacht. Die ZK-Tagung stellte demgegenüber fest, *"daß Liu ein großer Marxist und proletarischer Revolutionär war, der in den vergangenen Jahrzehnten stets loyal gegenüber Partei und Volk war, sich Zeit seines Lebens für die proletarische Revolution eingesetzt hat und in der neudemokratischen und sozialistischen Revolution, sowie zum sozialistischen Aufbau unseres Landes unauslöschliche Beiträge geleistet hat.*
Da die Einschätzung der Lage in Partei und Land am Vorabend der Kulturrevolution völlig zuwiderlief, wurde fälschlicherweise und grundlos die Schlußfolgerung gezogen, innerhalb der Partei herrsche eine konterrevolutionäre revisionistische Linie und sodann, es existierte ein sogenanntes bürgerliches Hauptquartier mit Gen. Liu Shaoqui an der Spitze." (Beijing Rundschau 10/80, S.9)

In unserem Zusammenhang ist auch ein Abänderungsentwurf für das Parteistatut wesentlich, der auf dem Plenum behandelt wurde. Dieser Entwurf enthält detaillierte Bestimmungen über den innerparteilichen demokratischen Zentralismus bzw. neue Bestimmungen zum Kadersystem, so z.B. die Abschaffung der bestehenden Kaderfunktionen auf Lebenszeit. Das neue Statut soll auf dem kommenden Parteitag beschlossen werden.

Das Plenum billigte die "Richtlinien für das innerparteiliche politische Leben", als konkrete Ergänzung des Parteistatuts. Diese "Richtlinien" (Beijing Rundschau 14/80) enthalten die Verpflichtung zum Kampf gegen zwei falsche ideologische Tendenzen in der Partei: nämlich das verknöcherte Denken und die Buchgläubigkeit einerseits und die ideologischen Strömungen, die den sozialistischen Weg, die Diktatur des Proletariats, die Führung durch die Partei und den Marxismus-Leninismus und die Mao Zedong Ideen verneinen andrerseits. Die "Richtlinien" betonen in einem Punkt auch die kollektive Führung und den Kampf gegen die willkürliche Entscheidung einzelner als demokratisch-zentralistisches Parteiprinzip.

Damit sind wir wieder bei der Kritik an Mao Zedong. In einem Interview mit der italienischen Journalistin Fallaci im August 1980 verurteilte Deng Xiaoping die Einsetzung Lin Biaos durch Mao 1969 zu seinem Nachfolger als feudale Praxis. Im selben Sinn kann natürlich auch Maos Weisung über die Nachfolge Huas nach Mao verstanden werden. Die persönliche Einsetzung eines Genossen zu seinem Nachfolger widerspricht dem Prinzip der kollektiven Führung. Diese Kritik scheint allerdings weniger gegen Mao gerichtet zu sein als vielmehr gegen Hua Guofeng, der nach Maos Tod dessen Autorität für seine Führungsposition in Anspruch genommen hat. Man wirft Mao heute vor, eine Reihe von Elementen des Personenkults, den Lin Biao und die Viererbande um Mao aufgebaut haben, auf seine Person umgemünzt zu haben. Dazu gehören die Hua-Porträts - ganz in Anlehnung an die Mao-Bilder. Dazu gehört die Fortführung einer hervorgehobenen und gesperrten Verwendung von Mao- und Huazitaten in allen Zeitungen und Zeitschriften. Dazu gehört auch das Aufstellen von allgemeinen Weisungen, etwa über Modellprojekte in Landwirtschaft und Industrie - eine Tradition, die Hua anfänglich aufgenommen, die sich mittlerweile aber als falsch erwiesen hat.

Die Versuche Huas, an heute als schlechte Traditionen der KP Chinas kritisierte Erscheinungen anzuknüpfen, scheinen die Hauptpunkte der Angriffe gegen dan Parteivorsitzenden zu sein. Sie widersprechen der ideologischen Linie, die Wahrheit in den Tatsachen zu suchen, der Befreiung des Denkens, und sie widersprechen dem Prinzip des demokratischen Zentralismus.

(M.Z., Linz)

SERIE

Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung

Im "Klassenkampf" 15 - 17/80 befaßten wir uns mit den historischen Ereignissen nach der Kapitulation Hitler-Deutschlands: militärische Befreiung Österreichs, Provisorische Regierung, erste Wahlen in der 2. Republik, Koalitionsregierung. Dabei wurden zwar bestimmte Fragen - ausgehend von der These, daß nach Kriegsende in Österreich keine revolutionäre Situation vorhanden gewesen sei - aufgeworfen, aber die notwendigen Untersuchungen dazu konnten im Rahmen dieser Serie nicht geleistet werden. Es wäre daher wichtig, eine solche Arbeit zu leisten, wahrscheinlich am besten über die Untersuchung der Ergebnisse der ersten Wahlen nach dem Krieg. Einer weiteren Untersuchung wert wäre auch die Rolle der KPÖ, ihrer Politik im Zusammenhang mit dem Kominform, im "Kalten Krieg". Die Entwicklung und Politik der SPÖ und der von ihr dominierten Gewerkschaftsbewegung hoffen wir in dieser Serie fürs erste einmal in groben Zügen darstellen zu können.

In den Nummern 17 und 18/80 des "Klassenkampfes" beschrieben wir im Serien-Artikel "Der Wiederaufbau" die Gründung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) und die Unterordnung seiner Politik unter die Koalitionsregierung. Wir setzen nun mit dem Kollektivvertrags- und Betriebsrätegesetz 1947 fort und werden uns in diesem Kapitel - in der nächsten Nummer - auch mit der Verstaatlichungsfrage auseinandersetzen.

Die Beschäftigung in der Industrie erhöhte sich trotz des Mangels an Rohstoffen, Energie und Maschinen vom August 1945 bis Juni 1946 um ca. 33%, das Produktionsvolumen vergrößerte sich, weil die Aufräumungs- und Wiederaufbauarbeiten keinen so großen Raum mehr einnahmen. Mit diesem Produktionsaufschwung einher ging der Aufbau des Verkehrswesens (Ende Juni 1946 waren vom fast 6.000 km langen staatlichen Eisenbahnnetz nur mehr 150 nicht instandgesetzt, ein Großteil der 385 zerstörten Brücken war repariert; nach Fritz Klenner, "Die österreichischen Gewerkschaften", Bd. 2, S. 1408).

Die Preise auf dem offiziellen Markt stiegen, auf dem Schwarzmarkt fielen sie wegen der sinkenden Massenkaufkraft, die Lebensmittelrationen sanken bis auf 700 Kalorien für "Normalverbraucher". Arbeiter brachen an den Maschinen zusammen, in einer Reihe von Betrieben kam es zu Streiks. *"Die Enttäuschung über die neuerliche Restauration des Kapitalismus, die vor allem in der elenden Lage der arbeitenden Bevölkerung spürbar wurde, schlug sich entsprechend der vorherrschenden sozialistischen und demokratischen Illusionen erst spät in gewerkschaftlichen Aktionen nieder. Die ersten Anzeichen einer solchen betrieblichen Protestbewegung waren Generalstreikdrohungen in Salzburg im Sommer 1946, die in einem eintätigen Proteststreik im Pinzgau gipfelten und mit der ersten generellen Lohnerhöhung für ein ganzes Bundesland abschlossen."* (1)

Erste größere spontante "Ernährungsstreiks gab es bereits im Mai 1946, vor allem in der Obersteiermark; im Oktober 1946 folgten eine Reihe von "wilden" Kalorienstreiks im ganzen Bundesgebiet. Das Präsidium des ÖGB sprach bereits am 25.4. 1946 bei Bundeskanzler Figl vor, das Ergebnis war die Bildung eines "Ernährungsdirektoriums", das die Erfassung, Aufbringung und Verteilung aller Lebensmittel durchführen sollte. Im Juni 1946 wurde der Kaloriensatz auf 1200, im November auf 1550 Kalorien für ganz Österreich erhöht. Im Frühjahr 1947 wurde die Ernährungsfrage - "als die Lebensmittelaufrufe, vor allem infolge Ausbleibens der Kartoffellieferungen, nicht voll erfüllt werden konnten und die Nachtragsaufrufe sich verzögerten" (Klenner, Bd. 2, S. 1411) - wieder kritisch.

"Am 5. Mai 1947 demonstrierten über 20.000 Arbeiter vor dem Bundeskanzleramt und dem Gebäude des ÖGB. Am nächsten Tag streikten in Wien und Umgebung 114 Betriebe. Die KPÖ wurde jetzt in der betrieblichen Protestbewegung aktiv, die sich gegen die Nichteinhaltung der Lebensmittelaufrufe, die zunehmende Kluft zwischen Löhnen und Preisen, die 'Nazilohnsteuer' und die allgemeine Mißwirtschaft wandte. 'Die Arbeiter haben es satt, sich ständig mit leeren Versprechungen abspeisen zu lassen.' (Honner, Franz: Der Maistreik der Wiener Arbeiter, in: Die Arbeit, Juni 1947, S. 3)

Die Minister Gruber (für Äußeres, ÖVP) und Helmer (für Inneres, SPÖ) verleumdeten diese Demonstrationen als Aktionen von 'Kommunisten und Ausländern', erreichten aber - aufgrund des Einspruchs des sowjetischen Stadtkommandanten - das angestrebte Einschreiten der amerikanischen Militärpolizei nicht. Die österreichische Exekutive arbeitete bereits mit einer Vorform der Putschlüge von 1950, die Gewerkschaft unterstützte die Streiks nicht. Im November 1947 wurde der Kaloriensatz auf 1700 pro "Normalverbraucher" erhöht.

"Im Winter 1946/47 hatte die Versorgung mit elektrischer Energie - trotz des steigenden Bedarfes - eine Abnahme von 210 Mio. kWh im Oktober auf 190 Mio. kWh im Jänner zu verzeichnen. Die Versorgung mit Kohle stieg nur von 260.000 t im Oktober 1946 auf 270.000 t im Jänner 1947. Durch diese Entwicklung mußten nicht nur alle energieintensiven Produktionsstätten stillgelegt werden, sondern darüber hinaus kam es zu einem zeitweisen Stillstand der gesamten Industrie, mit Ausnahme der lebensnotwendigen Betriebe." (Klenner, Bd. 2, S. 1412)

Aus diesen Gründen kam es zu Bewirtschaftungsmaßnahmen in Form eines neuen Warenverkehrsgesetzes, welches im Juli 1946 beschlossen wurde. Aber erst Ende 1947 hatte sich auf den entscheidenden Wirtschaftsgebieten die Lenkung der Erzeugung und Verteilung der Roh-, Halb- und Fertigwaren durchgesetzt (incl. Kohle- und elektrischer Energiebewirtschaftung).

"Die ersten wirklich großen Gegensätze innerhalb der Arbeitnehmerorganisationen traten mit den Verstaatlichungsgesetzen, dem Betriebsrätegesetz und dem Kollektivvertragsgesetz auf. Diese Gesetze fixieren die Methoden und Ziele der Klassenauseinandersetzung der Nachkriegszeit und sind in ihrer integrationistisch-partnerschaftlichen Tendenz die Anerkennung der kapitalistischen Verfügungsgewalt über die gesellschaftliche Entwicklung. (...) In den ersten Nachkriegsjahren war die Stellung der Arbeiterklasse in den Betrieben so stark, daß die Unternehmer oft erst die Betriebsräte fragen mußten, ob sie wieder die Fabrik betreten durften. Nach den Koalitionsgesetzen zur Regelung der Arbeitsbeziehungen kehrte sich dieses Verhältnis allmählich oder abrupt um: Die Unternehmer hatten jetzt 'Recht und Gesetz' auf ihrer Seite und die Mitbestimmung der Arbeiter, die vorher oft sogar eine Alleinbestimmung war, war geschrumpft. Diese Sozialgesetze waren somit ein Rückschlag in den Rechten und Positionen der Arbeiterbasis." (Prader, S. 26f.)

DAS KOLLEKTIVVERTRAGSGESETZT (KVG), 1947

Seit Jänner 1946 vom Sozialministerium beraten, wurde das KVG erst am 26.2.1947 beschlossen. Bei der Entstehung dieses Gesetzes waren - entsprechend der Linie der Koalitionspolitk, die eine Unterordnung der Arbeiterinteressen unter die des Kapitals mit sich bringt - alle wichtigen Beschlüsse der Arbeiterkammern, der Betriebsversammlungen und des ÖGB-Bundesvorstandes über Bord geworfen worden. Es wurde zwischen ÖVP- und SPÖ-Vertretern ausgehandelt, "ohne daß in den Gewerkschaften und Arbeiterkammern die Ermächtigung eingeholt worden wäre, die die ursprünglichen Entwürfe beraten und die einstimmigen Beschlüsse gefaßt hatten." (Prader, S. 27) Dementsprechend sah das Gesetz auch aus:

- Die Land- und Forstarbeiter wurden nicht einbezogen - die SP-Vertreter hatten vor den Forderungen der ÖVP-Wirtschaftsbündler kapituliert.
- Es wurde akzeptiert, daß der unternehmerabhängige Land- und Forstarbeiterbund die Kollektivvertragsfähigkeit zugesprochen bekam und damit dem ÖGB das Monopol auf die Arbeitervertretung genommen wurde.
- Einigungsämter mit einer obersten Spruchinstanz, dem Obereinigungsamt, wurden wiedererrichtet. *"Die staatlichen Schlichtungsapparate wurden trotz der negativen Erfahrungen mit der faschistischen Funktionalisierung solcher Einrichtungen in der Ersten Republik hingenommen und damit Interventionsinstrumente einer 'klassenfriedlichen' und autoritären Schlichtung geschaffen."* (Prader, S. 28)
- Da die Entscheidung über die Kollektivvertragsfähigkeit von Organisationen an das Obereinigungsamt delegiert wur-

Fortsetzung auf S. 20

---

(1) Hans Prader: "Die Angst der Gewerkschaften vor'm Klassenkampf", erschienen in der Reihe "In Sachen...", 1. Jhg. 1975 - 1. Ausgabe, Heft 1.

Es handelt sich hiebei um Ausschnitte aus einer Dissertation (Politikwissenschaft, Universität Salzburg). Hans Prader wurde 1951 in Roßbach/OÖ geboren? 1970-75 Studium der Politikwissenschaft/Salzburg, ab 1975 Volkswirtschaft in Wien.

SERIE

Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung

Fortsetzung von S. 19:

de, wurde damit der staatliche Eingriff vor allem in die Tarifverhandlungen installiert.

- o Jede Behörde wurde berechtigt, das Einigungsamt aufzufordern, in laufende Kollektivvertragsverhandlungen und in deren Auslegung einzugreifen.
- o Die (im April 1946 auf Initiative der Allierten und der österreichischen Kapitalisten gegründete, paritätisch besetze) "Zentrallohnkommission", welche zwar den im April 1945 eingeführten Lohnstop lockern, aber gegen die steigenden Preise nichts unternehmen konnte (wollte), wurde auch nach Einrichtung des Kollektivvertragsgesetzes beibehalten. Sie hatte (nach Klenner, Bd. 2, S. 1567) "jedoch keine lohngestaltende, sondern nur lohngenehmigende Funktion".

Das KVG 1947 beschränkt die gewerkschaftliche Aktivität zum einen Mal, weil betriebsverfassungsrechtlich geregelte Fragen ausgenommen sind (gesetzliche Einigung über die zugelassenen Themen bei Kollektivvertragsverhandlungen), zum anderen Mal dadurch, daß die freiwillige und die Zwangsschlichtung als Instrument der Regelung von Arbeitskämpfen gegen den gewerkschaftlichen Kampf gerichtet ist (vgl. Trojan, Nikolaus: Die Rolle des österreichischen Gewerkschaftsbundes bei der Restauration des Kapitalismus nach 1945, soziologische Diplomarbeit, Linz 1974).

"Entscheidend ist zudem, daß alle diese Verschlechterungen der Position der Gewerkschaften und die Einrichtung der staatlichen Interventionsinstrumente in die Klassenbewegung erst in den Verhandlungen nach den einstimmigen Beschlüssen der Arbeiterkammern und des ÖGB-Bundesvorstandes zustandekamen. Die Gewerkschaftsführung rechtfertigte diese Kompromisse mit etwas seltsamen, oft sich widersprechenden Argumenten: Es wurde nicht zugegeben, daß der Verzicht auf das Monopol des ÖGB in der Frage der Kollektivvertragsfähigkeit sehr einseitig war und einer freiwilligen Entwaffnung gleichkam. (...)

Gegen die gewerkschaftsloyale und von der Differenz zwischen Gewerkschafcsbeschlüssen und parlamentarischen Kompromissen aus argumentierende Opposition, die hauptsächlich von den Kommunisten getragen wurde, ging Böhm mit pauschalen, abqualifizierenden Angriffen vor. Die Kritik am Kollektivvertragsgesetz sei 'aus mangelhafter Kenntnis der Materie' sowie dem Bedürfnis (...) entsprungen, an allem und jedem Kritik zu üben." (Prader, S. 28f.)

"Im Kollektivvertragsgesetz wurde die Voraussetzung wirksamer Staatseingriffe in die Verlaufsform des kapitalistischen Produktionszyklus geschaffen, indem die schon in der nationalsozialistischen Arbeitspolitik und in der staatlichen Lohnfestsetzung angelegten Elemente der Zentralsisierung und Vereinheitlichung der Lohnverhandlungen sowie der Staatseingriffe in den Klassenkonflikt auf der Ebene der Kooperation der Gewerkschaften modifiziert, aber beibehalten wurde. Zersplitterte, schwache Gewerkschaften und das Fehlen eines einheitlichen Kollektivvertragsrechts hätten den sozialen Frieden und eine staatliche Lohnkontrolle verhindert. Es hätte keine Durchsetzungschance und keine Ansatzmöglichkeit für staatliche Eingriffe gegeben." (Prader, S. 29f.)

DAS BETRIEBSRÄTEGESETZ (BRG) 1947

Auf das KVG folgte am 28.3.1947 das Betriebsrätegesetz (BRG), welches in einem sehr ähnlichen Verfahren wie das KVG zustandekam: Obwohl der Arbeiterkammer-Entwurf im ÖGB-Bundesvorstand einstimmig beschlossen worden war, wurde dieser Beschluß im Parlament von den Abgeordneten der SPÖ und ÖVP durchbrochen und wesentliche Forderungen der Unternehmer und der Regierung angenommen:

- o Ebenso wie beim KVG wurden die Land- und Forstarbeiter nicht einbezogen und damit einheitliche Kampfbedingungen der Arbeiterklasse verhindert.
- o Die im AK-Entwurf enthaltene Mitbestimmung der Betriebsräte bei Aufnahmen, Kündigungen und Entlassungen wurde auf eine bloße Informationspflicht der Unternehmer bei Aufnahmen reduziert.
- o Der Kündigungsschutz der Betriebsräte wurde praktisch auf das Maß von 1919 eingeschränkt: "wirtschaftliche Gründe" oder "Unfähigkeit" des Betriebsrates wurden als Kündigungsgründe eingeführt.
- o Das ursprünglich im Entwurf vorgesehene Recht der Betriebsräte auf Mitbestimmung bei der Führung und Verwaltung der Betriebe wurde auf das der Mitwirkung bei Vorschägen und "Anregungen, (...) mit dem Ziele, zum allgemeinen Nutzen und Interesse des Betriebes und der Dienstinhaber die Wirtschaftlichkeit des Betriebes zu fördern" reduziert.
- o Erst in Betrieben mit mehr als 500 Beschäftigten hat der Betriebsrat Einspruchsrecht bei geplanter Betriebsstillegung.

"Die Einschätzung des Betriebsrätegesetzes darf sich jedoch nicht einfach danach richten, inwieweit es hinter fortschrittliche einstimmige Beschlüsse der Gewerkschaften und Arbeiterkammern - obwohl auch diese selten über schon in den Betrieben erreichte Rechte der Arbeiter hinausgegangen sind - zurückgefallen ist, sondern danach, ob es geeignet war, die Kampfbedingungen der Arbeiter zu verbessern oder auch nur die 1945 und danach - als die Unternehmer sehr schwach waren - errungenen informellen Rechte zu verankern. Dieses Kriterium hat das Betriebsrätegesetz nicht erfüllt.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit hatten die Arbeiter angesichts der Schwäche des Kapitals wichtige Positionen in betrieblichen Vereinbarungen erzwungen, die über das BRG 1919 hinausgingen und durch das BRG 1947 wieder zunichtegemacht wurden: Aufnahmen und Entlassungen durften nur einvernehmlich von Unternehmensleitung und Arbeitervertretern vorgenommen werden. Es gab keine Arbeitsgerichte und Einigungsämter, Eisenbahner und öffentliche Angestellte hatten sich für die Personalvertretungen wichtige Rechte erkämpft. Eine Mitbestimmungsrecht der Arbeiter schien daher selbstverständlich und nur bereits vollzogene Tatsachen gesetzlich zu sanktionieren. Die Enttäuschung über das BRG 1947 war deshalb entsprechend groß." (Prader, S. 30 f.)

Das neue BRG diente also dazu, daß die Unternehmer verlorene Positionen wieder erringen und ihre Macht neu festigen und ausbauen konnten. In den einzelnen Kompromissen drückt sich der Charakter des Gesetzes als beabsichtigtes Instrument der Klassenzusammenarbeit aus. Diese Absicht wird auch klar aus der ablehnenden Haltung des ÖGB, es in Betriebsversammlungen beraten und gestalten zu lassen. Böhm sprach sich im ÖGB-Bundesvorstand "gegen die Hinaustragung in die Masse aus..., man kann über Gesetze nicht in Massenversammlungen beraten" (zit. von Egon Kodicek auf dem 1. ÖGB-Bundeskongreß, Stenographisches Protokoll, Wien 1948, S. 70).

"...Der Zusammenhang zwischen dem Inhalt des BRG 1947 und den Methoden innergewerkschaftlicher Willensbildung ist daher evident.

Die Unternehmer profitierten von diesem Zustand der innergewerkschaftlichen Demokratie und der klassenfeindlichen Politik von SP-Partei- und Gewerkschaftsführung: Denn indem die Gewerkschaftsspitze schon die Diskussion der Arbeitsgesetze in den Betrieben ablehnte, unterblieb erst recht eine Mobilisierung der Arbeitnehmer gegen ein in seinen reaktionären Auswirkungen dem deutschen Betriebsverfassungsgesetz vergleichbares Gesetz. (Die deutschen Gewerkschaften leisteten dem Betriebsverfassungsgesetz Widerstand in Streiks und Massenaktionen.) Die Unternehmer konnten mit Recht und Realismus beanspruchen, daß in der Endfassung des Betriebsrätegesetzes der absolute Herr-im-Haus-Standpunkt der Unternehmer gewahrt blieb. (Die 'Österreichische Volkspresse', 19. April 1947, schreibt, 'der Grundsatz der österreichischen Unternehmer: der Unternehmer muß Herr in seinem Betrieb sein und bleiben, konnte absolut erhalten bleiben.' Zit. n. Hornik, Betriebsrätegesetz, in: Die Arbeit, Mai 1947, S. 2o)" (Prader, S. 31 f., 104)

Wird fortgesetzt

